

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands  
sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Ang. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befehlshof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreieckshaltene Beilage oder deren Raum 20.-.

## Verbandskollegen!

Treffit Vorbereitungen zu der Flugschrift-  
verbreitung und Hausagitation! □ □

Die heutige Nummer umfasst 16 Seiten.

### Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 25. März bis zum 1. April soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugschrift in allen Sälen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr grosse Zahl von Personen notwendig. Wir ersuchen daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorsitzenden und Vertrauensleuten bereitwilligst zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugschrift fernhalten. Jedes Mitglied muss sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

### Theoretische Arbeiterfreunde.“

Kürzlich brachte der „Grundstein“ eine Notiz, die die Art schilderte, wie ein als ein liberales Licht bekannte Oberbürgermeister mit „seinen“, das heißt den Gemeindearbeiten umsprang, als es diese wagten, ihm im Namen der Organisation die Wünsche ihrer Arbeitskollegen zu unterbreiten. Der Fall dürfte noch überall in frischer Erinnerung sein, er spielt sich ab in Breslau, und der Oberbürgermeister heißt Dr. Bender. Ein ähnlicher Fall hat sich kürzlich auch in Halberstadt zugetragen. Hier hatten die Arbeiter des städtischen Gaswertes mancherlei Gründe zur Beschwerde. Sie suchten Abhilfe der sie drückenden Nebelstände durch das Mittel, dessen sich auch andere Arbeiter zu dem Zwecke bedienen, nämlich durch die Organisation. Sobald dies zur Kenntnis der Direktion gelangte, rief der Direktor des Gaswertes „seine Leute“ zusammen, hielt ihnen eine gepeffte Standrede, wobei ihm dann ein Arbeiter mit aller Ruhe und Sachlichkeit bedeute, dass den Arbeitern ja nichts weiter übrig geblieben sei, als sich zu organisieren, denn die wiederholten Besuche um Verbesserungen ihrer Lage hätten bisher noch gar keinen Erfolg gehabt, obgleich es an Versprechungen nicht gefehlt habe. Der Direktor hatte aber absolut keine Neigung, mit den Arbeitern zu diskutieren, er schrie zur Abtumung. Er wolle selbst eine Organisation der städtischen Gasarbeiter gründen. Wer von den Arbeitern dabei mitmachen wolle, solle jetzt mit „Halberstadt“ antworten, wer aber an der „sozialdemokratischen“ Organisation festhalten wolle, solle „Berlin“ sagen. 100 Arbeiter entschieden sich für eine Organisation von Direktors Gnaden, 12 blieben fest, weil sie glaubten, sie hätten ebenso wie andere Arbeiter ein Koalitionsrecht. Diesen Glauben mussten sie aber recht teuer bezahlen, denn am anderen Morgen erfolgte die Entlassung der zwölf, die größtenteils schon viele Jahre im Dienste der Stadt tätig waren und selbst vom Direktor das Zeugnis erhielten, sie seien tüchtige und brave Arbeiter.

Von verschiedenen Seiten wurden Vermittlungsversuche gemacht, die aber erfolglos blieben. Darauf wandten sich die Arbeiter an den ersten Bürgermeister Dr. Gerhardt, bei dessen Wahl im vorigen Jahre die

Stimmen der zwei Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium den Ausschlag gegeben hatten, weil er als ein Mann von sozialem Empfinden galt. Aber dieser Mann mit dem berühmten „sozialen Empfinden“, lehnte die Wiedereinstellung der gemahnten Arbeiter einfach ab.

Man könnte den Fall ebenso mit einer bloßen Negierung abtun, wie es bei Gewaltaten privater Unternehmer geschieht, wenn ihm nicht durch mancherlei Umstände eine erhöhte Bedeutung zukommt, die es nötig macht, einiges dazu zu sagen. Nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit mehreren Jahren erhebt sich im Lager jener Leute, die sich bei jeder Gelegenheit mit ihrem „sozialen Empfinden“ brüsten, Stimmen, die den Arbeitern im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen raten, einen anderen Weg einzuschlagen. Das Hauptargument ist immer dasselbe: die Arbeiter sollen sich dem Einflusse der sozialdemokratischen Partei entziehen, um es den liberalen, klerikalen und christlich-sozialen Arbeitern mit ihren warmen Herzen zu „ermöglichen“, für sie einzutreten. Die Arbeiter sollen die Gegnerschaft gegen die heutige Gesellschaft und ihre politische Ausdrucksform, den heutigen Staat, aufgeben. Sie sollen sich in die bestehende Ordnung fügen, sich „in die heutige Gesellschaft einordnen“, wie man sich neuerdings ausdrückt. Seit Jahren ziehen die Bänkelfänger dieser Melodie durch die Lande, sie kennen nur die eine Weise, die sie in der gerade passenden Tonart mit ewiger Gleichförmigkeit herunterleitern. Zu ihnen gehört beispielweise der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, der die Hypothese, die diese Ansatz auf dem Berliner Gewerkschaftshause hat, mit der Bemerkung kündigte: „Machen Sie sich von der Partei frei, dann wollen wir weitersehen.“ Zu ihnen gehört der saubere frühere Hofprediger Höder, der jüngst zu einem sozialdemokratischen Antrage im Reichstage meinte: „Über den Antrag an sich ließe sich reden, aber der er von der Sozialdemokratie kommt, so lehnen wir ihn ab.“ Zu ihnen gehören alle die sogenannten „Gewerkschaftsfreunde“, die ihre glühende Freundschaft nur darum nicht nach Begehr betätigen können, weil diese Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie sehen. Zu ihnen gehören schließlich alle die, die sich bemühen, die sog. „nationale Arbeiterbewegung“ aufzupäppeln und zu protegieren.

Demgegenüber kommen folge Fälle, wie der hier erwähnte in Halberstadt, äußerst gelegen, denn sie bilden nutzbringende Prüfsteine für die Echtheit der so oft beteuerten „Arbeiterfreundlichkeit“ jener Kreise. Wie schon gesagt, ging dem Halberstädter Oberbürgermeister ein solcher Ruf als sozial-fortschrittlich denkender Mann voraus, daß sogar die zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten ihm ihre Stimme gaben, wodurch er denn überhaupt erst zu seiner heutigen Stellung kam. Er hat die Erwartungen der Arbeiter gründlich enttäuscht, anders als er hätte auch ein Stumm oder ein Hiliger nicht handeln können. In der Tat, die ganze Aufführung würde jedem Schriftsteller alle Ehre machen; man zwingt die Arbeiter, „freiwillig“ auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten, und die sich zu diesem Verzicht nicht verstehen, entlässt man. Und wie zum Hohn gründet man dann für die Arbeiter noch eine „Organisation“ von Bürgermeisters Gnaden! Fürwahr, das reicht aus, um das Innere dieser „Arbeiterfreunde“ kennenzulernen.

Nebenbei ist es auch noch interessant, zu betrachten, wie diese „sozial“ denkenden Menschenfreunde ihre Handlung begründen und verteidigen. So führte der Oberbürgermeister aus: „Ich persönlich erkenne das Koalitionsrecht an und habe mich schon oft darüber offen aus-

gesprochen. Wer würde auch wohl heute noch gegen die Vereinigung sein! Es war aber zweitmäig, so zu handeln, wie geschehen ist; es lag im Interesse der Stadt und der Sicherheit des Gaswerkes. Den Vertreter des Verbandes habe ich nicht gehört, denn ich bin der Überzeugung, daß die Arbeiter keinen Fürsprecher nötig hatten. Sie haben mich gebeten, wieder eingestellt zu werden; ich sagte ihnen darauf, wenn sie mir eine schriftliche Erklärung abgeben würden, daß der Verband für sie keinen Zweck habe, dann würde ich sofort eine Magistratsstützung einberufen.“ Selbstverständlich hatte er damit seinen Stadtwätern aus der Seele gesprochen; einer dieser Edlen, der sich als ein „Antiliberaler“ bezeichnete, meinte auch, die Organisation sei eine schöne Sache, aber für städtische Arbeiter tauge sie nicht. —

Hier haben wir die Tendenz dieser „Arbeiterfreunde“ in Reinkultur. Das Koalitionsrecht erkennen sie an. Aber es ist ja auch so überaus bezeichnend, daß sie es noch besonders verschämen, ein gesetzlich gewährleistetes Recht anzuerkennen! Freilich besteht diese „Anerkennung“ nur in der Theorie, denn in der Praxis geht sie sofort zum Teufel, wie Figura zeigt. Sie erlernen das Recht des Arbeiters, sich zu organisieren, so lange an, wie er keinen Gebrauch davon macht; sobald er das tut, ist es mit der „Anerkennung“ vorbei. Und das sind „liberale Männer“, Anhänger des Liberalismus, der durch die Befreiung mit sozialen Ideen neue Kräfte gewinnen will! So sind solche Vorommisse des Tages für die Ereignisse der treibenden Kräfte oft unendlich wertvoller, als manche schwer gelehrtetheoretischen Abhandlungen. In solchen Fällen dokumentiert sich immer aufs neue die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Sie zeigen, daß das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage stets den hartnäckigen Widerstand der befissigen Klassen findet. Sie zeigen aber auch, daß dieser Widerstand durch kein noch so ruhiges und sachliches Auftreten beseitigt werden kann, sondern daß er nur zu überwinden ist durch die Macht der Organisation. Reale Vorteile lassen sich eben nur durch reale Mittel erzielen. Solange sich solche Fälle noch ereignen, ist nicht zu befürchten, daß die Arbeiter den Lehren der theoretischen Arbeiterfreunde folgen. Und da der immer klaffender werdende Gegenpol zwischen den Klassen stets neue Konflikte gebären muß, werden sie also ihre Absicht nie verwirklicht sehen. Im Gegenteil: die Arbeiter werden immer mehr den Humbug der „Arbeiterfreunde“ erkennen und sie als nährliche Ignoranten oder als gemeine Demagogen anssehen.

Wenn man sich die „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung“ vorstellt, daß die Arbeiter aufzuhören, ihre Forderungen durch Kampf durchzusetzen, so wird man sehr lange warten können. In die bestehende Gesellschaft, die den Arbeiter zum rodelnden, hungernden Paria macht, läßt sich die moderne Arbeiterbewegung nie einordnen. Diese „Ordnung“ wird von den organisierten Arbeitern immer aus entschiedenst bekämpft und schließlich auch überwunden werden.

### Politische Umschau.

Im Reichstag ist zu Anfang der vergangenen Woche im Spezial-Saal des Reichstags des Innern auch das Kapitel Reichsgefundheitsamt durchgeraten worden. Wieder waren es die sozialdemokratischen Redner, die der Debatte eine erhebliche Bedeutung gaben. Zunächst richtete der Abgeordnete Hué an die Herren vom Reichsgefundheitsamt einige sehr präzise Fragen, betreffend hygienische Maßregeln zur Abwehr der im Kuben in den letzten Wochen epidemisch aufgetretenen Ge-

nicht starre. Er betonte dabei die Notwendigkeit, den Arbeitern gutes Trinkwasser und gesundheitlich einwandfreie Nahrungsmittel zu liefern, sowie auf Schadstoffnahmen in den Betrieben Bedacht zu nehmen. Beiter regte auch die Erforschung und Bekämpfung der Wurmkrankheit an. Dann leitete er nochmals die Aufmerksamkeit der Regierung auf die schlimmen Zustände in den Hütten- und Walzwerken. Gegenüber dem nationalliberalen Abgeordneten Beumer, der förmlich die Zustände in diesen Werken als "gut" darzustellen versucht hatte, erklärte Hué er halte seine Behauptung aufrecht, daß letzterer gesetzliche Arbeitszeit vorhanden ist, und daß 24 bis 30stündige Arbeitszeiten ohne Pause vorkommen.

Staatssekretär Graf Posadowsky gab die Erklärung ab, daß das Reichsgelehrtenamt und das Reichsamt des Innern die Bekämpfung der Seuchenkrankheit und der Wurmkrankheit energetisch betreiben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Körster brachte die Oberflächlichkeit zur Sprache, womit die Schiedsgerichte auf dem Gebiete der Arbeiterverhandlung die ihre Entscheidung unterliegenden Fälle erledigen. Er sagte u. a.: „Es werden in einer einzigen Sitzung nicht selten 30; 40, ja mehr als 50 Fälle verhandelt. Von einer wirtschaftlichen Verhandlung ist gar keine Rede. Will der Verletzte reden, so fällt ihm der Verteidiger sofort ins Wort: „Ach was, wir kennen ja die Alten!“ Darauf, daß das Gericht von vorhernein den Verteidigerschaften der Berufsgenossenschaft als Gutachter zuzugeben pflegt, wird dem Verletzten die Wohltat des Gesetzes aus § 69 Absatz 3 entzogen. Man geht jenseit, die Verletzten zu bringen sich in öffentlicher Gerichtsjustiz zu entledigen. Das sollte einmal den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Zivilgericht geboten werden! Diese Zustände müssen endlich einmal an die Öffentlichkeit gebracht werden.“

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gab Graf Posadowsky folgende beachtenswerte Erklärung ab: „Einen Verteidigersatz kann die Berufsgenossenschaft - natürlich nicht entbehren, aber dadurch ist in keiner Weise ausgeschlossen, daß der Dienstnachzucker anderweitig Hilfe bringt.“

In Bezug auf die Erfüllbarkeit von Arbeitgebern, die das Maßleinleben verläufen, hat das Reichsgericht entschieden, daß dies eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung dem Staate gegenüber ist, nicht aber eine privatrechtliche dem Arbeiter gegenüber und daß daher ein Schadenergabungsanspruch des Arbeiters auf das Zwangserhebungsgebot mit Erfolg nicht begründet werden kann. Diese Entscheidungen haben in der Presse den Zustrom hervorgerufen, als sei das Reichsgericht der Meinung, der Arbeiter habe in solchen Fällen überhaupt kein Recht auf Schadenergab. Das Reichsgericht hat aber wiederholte Ausgeprochen, daß ein solcher Schadenergabungsanspruch gegen den Arbeitgeber, der durch Mißleben der Mutter einen Arbeiter um seine Rente bringt, wohl auf Grund der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts möglich sei. Unter dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch sind solche Entscheidungen noch nicht ergriffen. Sie könnten aber fest auf Grund des § 822 erfolgen.“

Die Wohnungssfrage ist überwiegend eine Kleinwohnungsfrage, in der Stadt wie auf dem Lande. In einer Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung“ wird darauf hingewiesen, daß das Betreiben von Vereinigungen und Verbänden, dem Kleinwohnungsmanöver abzuholen, meistens darauf hinausläuft, Kleinhäuser, möglichst Einfamilienhäuser, zu errichten.

Dazu wird dann ausgeführt: „Kleinwohnung und Kleinhäuser sind aber keineswegs identisch. Ganz unzweckmäßig ist das Einfamilienhaus mit Gärten das Ideal jedes Wohnungspolitikers. Nach Lage der Wirklichkeit jedoch überhaupt in den größeren oder ziemlich begrenzten Städten wird das kleine Ideal ein Prol. ein Gegenbild bleiben müssen, eine Phantasie, deren Vermählung ausgeschlossen ist. Die

Wohnungsreform, die überwiegend darauf hinaus wollen, jedem Arbeiter sein eigenes Häuschen zu sichern, die also einen förmlichen Kultus des Kleinhäuses treiben, sind aus dem geschilderten Wege, ihre Kraft und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einer aussichtslosen Sache zu widmen, da sie durch ihr vermeintlich läbliches Tun die Kleinwohnungsfrage nicht fördern sondern verschlimmern. Sie rednen nicht damit, daß mit der Bevölkerungsspitze auch die Bodennot zunimmt und damit der Bodenpreis.

Schon heute klagen angesehene Bauvereine über absurden Mangel an gerigem Baugeland. So berichtet der Darmstädter Bauverein „Dabeim“, daß er seit zwei Jahren auf der Suche nach weiterem passendem Gelände zu billigen Preisen ist, aber nichts bekommen kann. Der Verein hat den Grundboden, nur Einfamilienhäuser mit Gärten zu errichten. Er wird — das unterliegt gar keinem Zweifel — diesen Grundboden aufgeben müssen, weil er gegenüber der harten Doppelbelastung „Bodennot-Bodensteuerung“ einschließlich obmächtig ist.

Aber neben den grundlegenden bodenpolitischen sprechen noch andere Gründe gegen den Kultus des Kleinhäuses in Kleinstädten. Gemeinden. Wenn Kleinwohnungen nicht billig errichtet und dementsprechend vermietet werden können, bedeuten sie keine Förderung der Arbeitersiedlungsfrage. Nun stellt sich nach den tatsächlichen Verhandlungen eine schöne Zweizimmerwohnung nebst Küche, abgeschlossenem Korridor und Abort in den mehrstöckigen Mietshäusern des Darmstädter Vereins für Arbeitersiedlungen auf: nur zirka 1200, dagegen in den Einfamilienhäusern des dortigen „Dabeim“ auf 1200 Selbstbauten. Das ist ein so ins Gewicht fallender Unterschied, daß er meistens allein ausschlaggebend sein wird. Der vorsäßliche Bremer Wohnungsbericht stellt ebenfalls fest, daß das Mehrfamilienhaus dem Kleinhause in Bezug auf Wohnbedürftigkeit unbedingt überlegen ist, trotzdem die dortigen Kleinhäuser „natürgemäß“ aus dem einfachsten und billigsten, oft aus minderwertigem Material hergestellt werden. Baugrunderfund, Fundament, Bedachung sind bei beiden Haussorten ähnlich gleich teuer. Bei geschicklicher Bauweise tritt hierzu noch die Möglichkeit, gemeinschaftliche Brandmauern und ebensolche anliegenden Ausbauten für Passone, Klosets usw. anzulegen. Ferner verfügen sie hier mit der Straßenlage die Straßenherstellung, Unterhaltung und Reinigungsorte sowie die Kosten für Kanalisation, Gasrohr und für Kabellieferungen. Das alles spricht dort, wo man einer wirklich brennenden Wohnungsnot für kleine Leute gegenübersteht, so gewichtig mit, daß die wenigen anerkannten wertvollen Gründe für das Kleinhäuschen verstimmt müssen.“

Diese Erwägungen sind durchweg zutreffend. Mit dem Kleinhäuschen bewirkt man eine Wohnungsreform nicht; man bringt sie damit auf einen toten Punkt. Kleinhäuser und Einfamilienhäuser mögen für ländliche Verhältnisse in abgesetzten Bezirken angemessen sein; in großen Städten, wo sich Hunderttausende von Menschen zusammendrängen, sind sie nicht am Platze, weil sie die kleinen Wohnungen nicht vertreiben, sondern verteuern. Hier ist eine gründliche Reform der Mietstätterre re nötig. Ihre wirtschaftliche Lösung kann die Wohnungssfrage nur finden durch die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden, das sich mit dem Bodenbücher, dem Bauschindel und dem Wohnungsbücher verbindet.

Das System der Zölle und indirekten Steuern verzerrt dem arbeitenden Volke die Lebensmittel sowie jüngst genotwendigen Konsumartikel ganz erheblich. Die Wirkung der Wirtschaftspolitik des Reiches ist Verstärkung und Erhöhung der Lebenshaltung der großen Massen. Es trifft sie diese Wirkung um so härter, als ihr Arbeitsentlohn sowohl ein- wie zu geringes, zur menschenwürdigen Existenz nicht ausreichend ist. Das Durchschnitts-Jahresentlohn des deutschen Arbeiters beträgt lautum 900. Ein Arbeiter mit Familie von drei bis vier Kindern hat davon etwa den gehörten Teil an das Reich

in Form der Preissteigerung durch Zölle und indirekte Steuern zu entrichten.

In welchem Maße dieses System den Lebensunterhalt verteuert, ergibt sich u. a. daraus, daß die Budgetkommission des Reichstages beschlossen hat, in Südwales auf die Steigerung der Preise für Brot, Fleisch usw. die Vergütung für die Naturalversorgung der Truppen erheblich zu erhöhen. Fortan sollen statt wie seither 85 Pf. für volle Tagesloft mit Brot 120, für Mittagsloft 60 Pf., für Abendloft 50 Pf., für Morgentoß 25 Pf. gezahlt werden.

Wenn ein Arbeiter, der Frau und drei Kinder zu unterhalten hat, für seine und dessen Angehörigen Ernährung ausgaben in gleichem Verhältnis machen wollte, so würde ihm das täglich auf mindestens 4 x 1 Pfad 20 Pf., d. i. auf 4 Mt. 80 Pf., zu stehen kommen. Und dabei wird auch den Soldaten, nur das nötigste geleistet. Nehmen wir aber an, er würde, um für und seiner Familie eine gleichartige Ernährung zu gewährleisten, mit 3 Mt. 50 Pf. täglich auskommen können, so würde das ein erheblich höheres Arbeitseinkommen voraussetzen, als die Wage unserer Arbeiter es hat. Es gibt sicher viele Arbeiter, die lediglich für die Ernährung ihrer Familie jährlich eben über 1200 ausgeben müssen. Die meisten müssen von einem Einkommen in dieser Höhe, und oft noch mit viel weniger, die ganze Existenz der Familie, außer der Nahrung, die Wohnung, die Kleidung, Steuern, Schulgeld und so viele andere notwendige Ausgaben bestreiten.

Doch die proletarischen Massen zu Unterernährung, Hunger und Tod sind aller Art verurteilt sind, ist offenkundige Tatfrage. Aber wenn sie Wohnverhöhung fordern, um ihre Lage menschenwidrig gestalten zu können, dann gelingt das Unternehmertum und die ganze „staatserhaltende“ Gesellschaft über „Souveränität“ und „marklose Begehrlichkeit“. Schreiten die Arbeiter, um befriedigende Forderungen durchzusetzen, pat, gezwungen durch die Rückständigkeit des Arbeiterserrentums, zum Streik, dann ist Staat und Gesellschaft in Gefahr. Woar daß man in Deutschland unter Hinweis auf die Steigerung der Preise schon mehrfach die Baulizenzen regierende Fürsten beträchtlich erhöht. Das ist aber auch „ganz etwas anderes“, als wenn Arbeiter und kleine Betriebe vor besserer Bezahlung verlangen, um sich und ihre Familien vor den schlimmsten Entbehrungen zu bewahren.

Die schlimmsten Ungerechtigkeiten, die in der kapitalistischen Gesellschaft begangen werden, richten sich aber immer gegen die Arbeiter. Sie müssen dulden, und dann macht man ihnen auch noch aus ihrem Bestreben, ihr Arbeitseinkommen zu erhöhen, ein Verbrechen.

Eine Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern ist vor einem Jahre im Berliner Holzgewerbe eingeführt worden. Sie hat sich, wie berichtet wird, auf das beste bewährt. Bei allen Verhandlungen der Kommission ist fast stets ein Einvernehmen erzielt worden; nur ein einziges Mal mußte das Einigungssamt angerufen werden. Dabei haben 270 Unterhandlungen der beiderseitigen Beauftragten und 60 Erledigungen durch die Kommission selber stattgefunden. So beweist es, daß die Schlichtungskommission lediglich für solche Firmen gutläufig ist, die den Organisationen der Arbeitgeber als Mitglieder angehören, die mit den Arbeitnehmerorganisationen den Pactvertrag geschlossen haben. Dieser steht zunächst noch bis Ende des laufenden Jahres in Kraft.

Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie ungerecht und unfehlbar es ist, wenn man die organisierte Arbeiterschaft beschuldigt, daß sie geleitet sei von der Loyalität „unter allen Umständen“. Streiks sind in Berlin zu sehen. Bei ihnen war immer der gute Wille und das treibende Streben, Differenzen mit dem Unternehmer auf dem Wege der Verhandlung zum Ausdruck zu bringen.

Sein dürfte, selbst die Arbeiterpartei in zwei Lager zu teilen. Der eine Arbeiter glaubt, daß er nur bei einem haushaltlichen Schuhstück sich über Wasser zu halten vermag, der andere ist gerade der entgegengesetzte Meinung; daß der beste Weg aus diesem Dilemma, das Volk darüber abstimmen zu lassen, was es eigentlich will. Alles dies sind im Grunde genommen jedoch Magazinregeln, die irgend eine bürgerliche Partei, ohne deswegen in den Bereich sozialistischer Untrücks zu geraten, befürworten und in ihr Programm aufzunehmen kann.

Anderer ist es mit dem nun folgenden Gesetzesvorlagen, die, wie wir oben schon angeführt haben, den ausgedachten Zweck haben, der Verminderung des sozialistischen Zusammenschlusses den Weg zu ebnen. Da ist zunächst das Ämtenment zur Schiedsgerichtsfrage, wie es vor einem Jahre vom Parlament zur Annahme gelangte. Die Arbeitersführer hatten namentlich gegen die befehlende Gesetzesnovelle eingewandt, daß sie nicht dem organisierten Arbeiter vor dem nichtorganisierten den Vorzug eräumen und sodann, daß Regierungskräfte nicht gezwungen würden, sich ebenfalls dem Schiedsgerichtspruch zu unterwerfen. Es gewinnt namentlich diese legte Punkte für den Haß an Bedeutung, daß die Verstaatlichung industrieller Betriebe zur Tat wird. Die Regelung der Schiffsfahrtsvorrichtungen steht auf den ersten Blick nicht so wichtig zu sein, insfern nämlich der ganze Verkehr zur See in den Händen britischer und ausländischer Seesleute bei diesen Firmen hat häufig Anlaß zu Beschwerden gegeben, die nun endgültig gehoben werden sollen. Die Altersversorgung dürfte ganz besonders dazu angeleitet sein, die Sympathien der breiteste Volkschichten zu erregen; auf Zeit besteht ne nur in einem einzigen Estate in Neu-Südwales, und hat sich dort geradezu bewährt wie in Neuseeland, wo sie zuerst eingeführt wurde. Die Kosten belaufen sich da pro Jahr auf 2½ Millionen Dollars oder pro Kopf der Bevölkerung auf ungefähr 1½ Dollar. Dies ist ziemlich teuer; es würde sich bedeutend billiger gestalten, wenn sie allgemein eingeführt würde, weil nämlich Neu-Südwales einer der ältesten Staaten ist und deswegen auch den größten Protagonist der Altersversorgungsbürgertum in sich schließt. Wir kommen nun zu der Legislaturvorlage, die geeignet sein dürfte, die Gemüter

## Der Sozialismus in Australien.

(Schluß.)

Wie sieht die australische Arbeiterpartei praktisch um, die politische Macht zu erobern, darüber geben folgende Stellen aus dem Artikel des Mr. Gust Kuffel:

„Wenn nun die Arbeiterpartei auch in keiner Weise ein Heil aus ihrem scheinbaren Vorhaben allgemeinem Verfaulnis macht, so findt ihre Führer doch zu verständig um nicht eingesehen, daß ein derartiges Vorhaben sich unter keinen Umständen von heute auf morgen durchführen läßt. Sie sind sich darüber vollkommen klar, daß das Volk als solches zwar frei von Vorurteilen ist, wie sie anderwärts ganz und gäbe sind, und sich Neuerungen gefallen lassen würde, die aberwärts als visionär und unpraktisch verachtet würden; aber sie wissen auch, daß sie es zum großen Zweile mit Leuten britischer Abstammung zu tun haben, die nach ihrem ganzen Naturale bei fairer Bereitfindung dastehen, falls über Kopf den Sprung ins Ungeheure zu wagen; sie müssen die Chancen haben, daß die Vorläufe, mit denen man zu ihnen kommt, auch auf gefunder Grundlage basieren, und sind sie einmal zu dieser Überzeugung gelangt, was bei dem bisherigen Erfolge sämtlichen Betriebes der Eisenbahnen nicht schwer halten dürfte, so werden sie sich auch nicht durch kleinliche Vorurteile abhalten lassen, ihre Zustimmung zu einem Experiment im Großen zu geben, wo im Kleinen so beweisreiche Erfolge erzielt wurden. In richtiger Würdigung dieser Charaktereigenschaft der großen Massen der Bevölkerung hat es denn die Arbeiterpartei, wie schon oben bemerkt, ihr angebrachter erachtet, vorherhand ein Wahlprogramm aufzustellen, von dessen Annahme bei den demokratisch stattfindenden Wahlen sie sich die schönsten Aussichten für die endgültige Verwirklichung ihrer politischen Ziele verspricht.“

Das Wahlprogramm enthält neun verschiedene Punkte, auf Grund deren die Parteiführer eine Parlamentsmajorität zu erlangen hoffen. Diese Punkte lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen, nämlich in eine, die auch Nichtsozialisten befriedigen, und dann eine andere, deren Annahme den direkten Weg zum endgültigen Sozialismus anbahnen dürfte. Zu der ersten Klasse gehören 1. die Befreiung Australiens für die weiße Rasse; 2. die Be-

**Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen**  
behandelt einer der Führer der „Christlichen“, der Reichstagsabgeordnete Giesberts, „V. Gladbach“ in der in Zürich erscheinenden „Monatschrift für christliche Sozialreform“. Er schreibt da:

„Über dieses Kapitel sollte man eigentlich nichts mehr zu sagen brauchen. Die Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen aller Kulturländer, ihre Erfolge in Bezug auf die wirtschaftliche und moralische Verbesserung der Arbeitersklasse sagt uns deutlich, daß dieselben eines ver vornehmsten Mittel sind, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber es gibt immerhin noch weitere Kreise, nicht bloß der bürgerlichen Stände, sondern auch weitere Kreise der Arbeiter selbst, die von dem Nutzen und der Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation nicht überzeugt sind. Gewiß ist es richtig, daß auch die Gewerkschaft nicht die ultima ratio aller sozialpolitischen Weisheit ist, daß sie allein in nicht in der Lage ist, die soziale Frage zu lösen. Sicher ist jedoch die Gewerkschaft eines der wichtigsten, tatkärfigsten und erfolgreichsten Mittel zu diesem Zweck. Bis zu einer gewissen Grenze kann die Gesetzgebung dem Arbeiter seinen Wünschen und Bedürfnissen entgegenkommen (Arbeiter- schaft, Arbeiterversicherungsgesetze usw.). Aber darüber hinaus ist die freie Selbsthilfe durch die Organisation als Ergänzung unbedingt erforderlich. Da die soziale Gesetzgebung selbst wird nur dann erfolgreich wirken können, wenn an ihrer Durchführung die Arbeiter mittels ihrer Organisationen tatkärfig mitwirken.“

Dass haben nun allerdings im wesentlichen lange vor dem Aufkommen der „christlichen“ Arbeiterorganisationen auch die bösen Sozialdemokraten gesagt. Aber auf jene Organisationen trifft dieses Urteil, genau betrachtet, gar nicht zu. Sind sie doch geschaffen worden zu dem Zweck, die freie und selbständige gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und ihren entschiedenen Kampf gegen das Unternehmertum zu verhindern oder wenigstens zu schwächen. Die christlichen Organisationen haben profitiert von den Errungenschaften der freien Organisationen. Auf sich selbst und sich allein angewiesen, haben sie für die Verbesserung der Lage der Arbeiter noch nichts geleistet. Wohl aber sind sie schon oft den kämpfenden freien Organisationen in den Rücken gefallen. Wer, wie Herr Giesberts, Vertreter einer Richtung ist, die die Arbeiterbewegung in den Dienst kirchlicher Interessen zieht, der hat eigentlich kein Recht, sich auf die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen und ihren Wert zu berufen.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**  
Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern**  
ist fernzuhalten:

### Deutschland:

**Schleswig-Holstein:**  
Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter);

**Mecklenburg:**  
Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);

**Pommern:**  
Göllnitz (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidtschmidt);

**Ost- und Westpreussen:**  
Konitz, Marienwerder (Differenzen);

**Schlesien:**  
Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Pauls), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg);

### Brandenburg:

Strasburg i. d. Uckermark. (Sperre über Döring);

**Königl. Sachsen:**

Leipzig (Gesperrt ist die Firma Marien & Kunze, Bahnhofsbaute);

### Thüringen:

Erlurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

### Rheinprovinz und Westfalen:

Berndorf bei Düsseldorf (Sperre über Judick);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:**

Burgdorf (Sperre über Allerding), Pyrmont (Streik);

### Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr); Mundheim (Sperre über die Fabrik Giulini);

### Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

\* \* \*

**Auf der Suche.** Wie alljährlich, so richten unsere Unternehmer auch in diesem Jahre ihre Briefe nach Italien, besonders nach der Provinz Ebune, um williges Menschenmaterial von dort nach Deutschland zu loten, das hier die Lohnbewegungen der Bauhandwerker erdrücken soll. Einer von den mit einem solchen Schreiben bedachten Kolonistenführern hat es der Redaktion des „L'Operario“ übermittelt; ein Zeichen, daß auch die italienischen Arbeiter allmählich die Schwachflügel sind, die ihnen von den deutschen Unternehmen zugemutet wird. Es lautet:

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.

Berlin, den 29. Januar 1906.

Da uns zahlreiche baugewerbliche Korporationen und Bauunternehmende täglich zum Beginn der Bauaison um Nachweis italienischer oder anderer fremder Arbeiter, besonders Maurer und Bauhandarbeiter ersuchen, so haben wir seit einer Reihe von Jahren Adressen von Personen, in der Regel Arbeiterpolizisten, bekannt gegeben, durch deren Vermittlung derartige Leute bezogen werden können.

Da Sie, deutscher Herr, selber ebenfalls nebst Berufseröffnung in Deutschland gearbeitet und zu Zeiten die Herausziehung von Arbeitern übernommen hatten, so gestatten wir uns, uns gefällige Kurze Nachricht zu bitten, ob Sie auch für den nächsten Sommer hierzu bereit sind. Wie Ihnen ja bekannt ist, in Deutschland öfter Mangel an Bauarbeiten, die häufiger in Orten benötigt werden, in denen Streiks ausgebrochen sind, aber doch auch in solchen Orten, wo keine Arbeitsleistung besteht. Wir gestatten uns, deshalb die ergebnige Anfrage, ob Sie bereit und in der Lage sind, für die bevorstehende Saison Arbeiter (besonders Maurer und Handarbeiter) nachzuweisen, und ob Sie die Vermittlung für alle Fälle, oder nur für solche Orte übernehmen wollen, in denen keine Lohnbewegungen bestehen. Bei der Antworterteilung bitten wir um genaue Angabe, welche Leute Sie von beiden vorbeigezeichneten Arbeitergruppen nachzuweisen vermögen.

Einer baldgefaßten Antwort entgegengehend, zeichnet unter Erfüllung verbindlicher Danzes für die erwachsende Masse

Hochachtungsvoll  
Gesellschaft  
des Deutschen Arbeitgeberverbundes für das Baugewerbe,  
Berlin SW, Kochstr. 3.

W. König, Geschäftsführer.

N.B. Wir bitten, bei der Beantwortung dieses Schreibens Ihre werte Adresse recht deutlich anzugeben.

Der Umstand, daß uns dieses Schreiben zugänglich gemacht wird, ist ein Zeichen, daß die Zeiten bald vorüber sind, wo sich die Italiener untergeben zu jeder Art Arbeit hergeben. Die Unternehmer werden sich bald nach anderen Streikbrecherquellen umsehen müssen.

und wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterpartei abspielen – wenn sie zur Herrschaft kommt. Das wird von den nächsten Wahlen zum Bundesparlament abhängen. Neben deren Ausgang aber läßt sich eine sichere Prognose nicht aufstellen. Mr. Lust schreibt am Schluss seines Artikels darüber:

„Da die bevorstehende Wahlkampagne eine der heftesten und erbittertesten werden wird, die hier jemals ausgefochten wurde, darüber sind sich alle klar. Ich für meinen Teil muß offen sagen, daß ich der feinen Überzeugung bin, daß die Arbeiterpartei siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird. Es würde zu weit führen, wollte ich den Versuch machen, in diesem Artikel die Gründe anzuführen, die mich in dieser Annahme bestärken. Auch uns wird die Zukunft lehren, ob wir recht gehabt haben oder ob bei uns auch wieder einmal der Wunsch der Väter des Gedankens gezeigt ist.“

Ich bin mir darüber klar, daß diese Darstellung der Lage des Sozialismus in Australien vielen und gewöhnlichen Zweifeln begegnen wird. Das ist nur zu natürlich. Uns muß die Hoffnung, in sicherer Zukunft in einem Lande die Grundgedanken des Sozialismus verwirklicht zu sehen, um die vornehmester erscheinen, daß wir noch täglich um die unbedeutendsten und in Australien längst selbstverständlich gewordenen Rechte und Freiheiten kämpfen müssen. Bei uns herrscht der Absolutismus, verschleiert durch einen Scheinpatriotismus, bei uns sind der Hindernisse, die uns von der Eröffnung der politischen Macht trennen, noch so viele, und sie sind so groß, daß die Jüngsten von uns kaum so hoffen wagen, ihre Bewilligung zu erreichen. Bei uns Reaktion und Gewalttherrschaft ringen; das verzögert uns den Sinn für fremde Verhältnisse. Wenn man das alles in Betracht zieht, dann erscheinen uns die Hoffnungen der australischen Genossen weit weniger überschwänglich. Auf jeden Fall wird es nötig sein, der Entwicklung der politischen Kämpfe in Australien in Zukunft mehr Teilnahme zu widmen, als es bisher geschehen ist. So jung die sozialistische Bewegung unter den australischen Arbeitern ist; wir können von ihr lernen.“ A. W.

Die Unternehmer in Konitz machen fleißhafte Anstrengungen, arbeitswillige Männer heranzuziehen. An alle verfügbaren Adressen versenden sie ihre Arbeitsangebote. Jetzt haben sie sich sogar an einige unserer Vertrauensmänner gewandt. Einige erhielten folgendes Schreiben:

Auf Ihre Melbung teilen wir Ihnen mit, daß wir 38 bis 40 Pfennige Stundenlohn, je nach Leistung, bei effektiver Arbeitszeit zahlen; Leute aber nur einfassen, welche sich durch Arbeitsvertrag verpflichten, bis zum Spätherbst durchzuarbeiten. Solche erhalten 50 bis 55 Pfennige Stundenlohn, und können bei dem starken Angebot nur berücksichtigt werden, wenn dieselben mit 10 bis 15 Mann antreten. Beginn der Arbeit, sobald es das Wetter gestattet.

Konitz, den 9. Februar 1906.  
Die Baugeschäfte.  
P. Arndt. R. Hermann. O. Hillebrand.  
E. Modt. B. Wiese.

Ermahnenswert ist, daß diese Schreiben in Kubitsch mit dem Aufruf „Bau-Münung Konitz“ verknüpft werden. Es ist lächerlich, wenn diese Edlen von einem starken Angebot“ sprechen; wožu denn noch die endlose Anreise? Stein Maurer, der auf Sie hört, wird sich von diesen Herren nach Konitz locken lassen. Ein rechtschaffener Mann halte sich zu gut, um Streikbrecherdienste zu leisten! Die Unternehmer haben überdies jetzt die Masse vollständig fallen lassen und allen noch in Arbeit stehenden Maurern gefährdet.

Gau Berlin. In Nr. 50 des „Grundstein“ vom Jahre 1908 konnten wir berichten, daß für den Stadt- und Landkreis Cottbus n. d. d. O. ein Vertrag abgeschlossen sei, der nicht nur die bei städtischen Unternehmen beschäftigten Maurer geltet, sondern auch für die bei Landunternehmern in Arbeit stehenden. Während in der Stadt nur drei Arbeitgeber vorhanden sind, sind es im Landkreis 22. Erste Beschäftigten im August vorigen Jahres 84 Gezelten und 34 Lehrlinge, letztere 88 Gesellen und 28 Lehrlinge. Mußte man bei Abschließung des Vertrages Zweifel hegeln, daß von den Landgebiets, die noch großenteils der Organisation fernstanden, die zehnständige Arbeitszeit nicht innerhalb werden würde, so mußte zu unserer Freude in der Verhandlung zur Verlängerung des Vertrages von Seiten der Arbeitgeber konstatiert werden, daß die Abmachungen von den Beteiligten gehalten werden seien und daß damit eine ganz bedeutende Verbesserung eingetreten wäre. Vonstatten sei der Schmutzkonkurrenz doch ein beträchtlicher Einbuß entstanden worden. Die Verhandlungen ergaben, daß der Lohn in diesem Jahre um 2 As und im nächsten Jahre um weitere 2 As erhöht wird, so daß er dann 34 As beträgt. An den Sonnabenden wird eine halbe Stunde Vergütung gewährt; auch noch einige andere Verbesserungen des alten Vertrages sind vorgenommen worden. Dieser Fall könnte als Schulbeispiel dafür dienen, daß auch die Arbeitgeber etwas zur Besserung der Wissenden beitragen könnten, wenn sie den ernstlichen Willen dazu hätten. In jeder Unterhandlung sehr bei den Arbeitgebern das Mädchen aus der Fremde, das Argument wieder: „Ja wir würden gerne etwas zulassen oder die Forderung bewilligen, aber seien Sie unsre Landunternehmer, die unsere Konkurrenten sind, die zahlen einen viel geringeren Lohn und nehmen uns alle Arbeit fort; sorgen Sie erst dafür, daß auch die mehr zahlen, dann sind auch wir dazu bereit.“

Die Tatsache stimmt, aber es ist nicht richtig, daß die Herren nur den Arbeitern die Last der Änderung dieses Nebenberufs aufdrücken wollen. Wir möchten sie die Kosten dieser Arbeit aufdrücken, während sie ihren Ertrag zum größten Teil für sich in Anspruch nehmen wollen. Die Herren Arbeitnehmer in Cottbus haben für ihren Teil auf ihre Kollegen einzuwirken gesucht und dabei erreicht, daß auch diese sich an der Vertragsabschließung beteiligen. Wo noch vor zwei bis drei Jahren ein als zuständigster, ja im Sommer ein unbegrenzter Arbeitstag bestand, wird heute zehn Stunden gearbeitet, und der Lohn ist von 1,80 bis 2,20 pro Tag heute auf 32 As pro Stunde gestiegen. Solche Zustände, wie sie hier vor dem Vertragsabschluß bestanden, herrschten in unserem Gau noch in vielen anderen Bezirken. Da er einen stark landwirtschaftlichen Charakter trägt, so ist in jedem Bezirk der Landunternehmer stark vertreten. Eine ganze Reihe Umstände bringen es mit sich, daß die Gesellen dieser Unternehmer der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die gleiche Aufmerksamkeit widmen, wie die bei städtischen Unternehmen beschäftigten. Ursachen und Wirkungen zu untersuchen ist hier nicht der Platz, doch sei bemerkt, daß in den letzten zwei Jahren in einer Reihe von Lohnbezirken die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden konnten. Auch in der kommenden Zeit wird der Gauvorstand diesen Zielen seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Waldenburg i. Sch. Am 21. Februar legten in der Spiegelhütte, Kolonie Sandberg, 30 Kollegen die Arbeit nieder, weil ihnen nicht der tatsächliche Lohn von 30 As pro Stunde, sondern nur 29 As gezahlt wurden. Von den 30 Kollegen waren 7 nicht organisiert, 4 unorganisiert. Kollegen sind jedoch sieben gebeten, doch können diese die Spiegelhütte nicht aus ihrer Verlegenheit herausziehen. Gudem in Aussicht vorhanden, die ebenfalls noch herauszubringen. Die Kollegen sagten sich, mit einem Stundenlohn von 29 As auszukommen, ist nicht möglich, und zudem wäre es in dem Augenblick, wo wir höhere Forderungen an unsere Meister stellen wollen, ein blutiger Krieg gewesen, die sieben Lohn zu arbeiten. Charakteristisch ist es, daß der Direktor der Fabrik gegenüber erklärt, daß er keine dem Werk nicht auf die paar Pfennige an, aber er könnte aus Prinzip nicht bemühen, denn die übrigen Arbeiter der Fabrik würden sich sagen, nun, wenn wir die Arbeit ein oder anderthalb Tag nur niedergelassen brauchen, um zu erhalten, was wir wünschen, dann tun wir es auch. Über dies gestagt, wenn die übrigen Arbeiter dort den Nutzen der Organisation so handgreiflich vor Augen sehen würden, dann würden sie sich sicher der Organisation anschließen. Wir müssen dem Herrn Direktor recht geben, aber wie reint sich das mit der Humanität zusammen, die der Herr Direktor seinen Arbeitern gegenüber zu über meint? Diese „Humanität“ sieht sich vor ihren eigenen Konsequenzen! Doch wir werden unsere Forderungen auch ohne diese Humanität durchzubringen suchen. Die Stimmung ist unter den Kollegen gut, und wenn die Meister hier nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln wollen, dann müssen sie unser Vorgeren nur begegnen. An den Kollegen selbst wird es dann liegen, ob wir einen Sieg erringen. Bis jetzt haben wir leider schon einen Streikbrecher zu herholen, das frühere Mitglied Paul Schwarzer. Den Bedauernswerten hat seine Frau mit dem Hausschlüssel nach der Arbeit getrieben.

Jeder Kollege, der nur etwas Manneswürde in sich fühlt, wird sich nicht allzu viel solche Helden unter den Kollegen.

### Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Beitragzahlung beginnt laut Statut am 1. März; die erste Einkassierung des Beitrages hat spätestens Sonntag, den 4. März, zu beginnen.

Krankenunterstützung wird an unterstützungsberechtigte Mitglieder vom 1. März an gezahlt.

Unterstützungsberechtigt sind nur solche Mitglieder, die:

- a) dem Verbande ununterbrochen mindestens zwei Jahre angehört und für 80 Wochen Beitrag prahl haben und
- b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungsgeges besitzenden Krankenkasse Krankenversicherungsberechtigt sind.

Das Mitglied hat unter Beibringung der nötigen Akte die Krankheit innerhalb 6 Wochen dem Zweigvereinsvorstand und bis zu innerhalb dreier Wochen dem Verbandsvorstand zu melden bzw. melden zu lassen. Geschlecht das nicht, so wird für die über drei Wochen zurückliegende Krankheitsbauer keine Unterstützung gezahlt.

Die Kosten für ärztliche Akte ist das Mitglied selbst zu tragen.

Die Unterstützung wird erst vom achten Krankentag an gezahlt.

Bei Mitgliedern, die am 1. März schon länger als sieben Tage von einer Krankenkasse Unterstützung begleitet, fällt die Kurezeit fort, und für solche, die weniger als sieben Tage krank sind, verkürzt sich die Kurezeit um die Dauer der Krankheit.

Im übrigen verweisen wir auf die Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.

2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied:

- a) dem Verbande zwei Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;
- b) von einer Krankenkasse Unterstüzung beansprucht;
- c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und
- d) ob seit Beginn der Krankheit sieben Tage verstrichen sind.

3. Zur Berechnung der Unterstützung festgesetzt, dann dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch des betreffenden

Mitglieders und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zu senden. Das Mitgliedsbuch muss in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche gezahlt und die Bescheinigung muss von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgestellt sein.

4. Nach Zustellung der unter 3 genannten Ausweise soll der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erstellt die Zahlungsausweisung. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

**Agitation und Flugblattverbreitung.** Auch in diesem Jahre muss mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unserer Verbände einzuführen.

Die Agitation soll eingeteilt werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugschrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugschrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verbande nicht angehörenden Kollegen ausgestellt werden, und zwar ersteren durch die „Grundstein“-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir eruchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hieron Notiz zu nehmen und zum guten Guten mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugschriftenverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, dass die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugschriften ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbande anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist mit Beginn der Hausaktion auch eine lebhafte Agitation auf den Baulücken zu betreiben und zu dem Zweck das Baudelegiertenystem allgemein eins zu führen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muss ein Baudelegierter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baudelegierten und Hausagitatoren kleine Aufnahmehilfene, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugschrift verleihen wir so früh, dass sie sich spätestens am 23. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befinden.

Die Gauvorstände eruchen wir um Mitteilung, wieviel Exemplare der Flugschrift für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wieviel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muss uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auslage der Flugschrift feststellen können.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingebracht haben.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau, 117 594; Job. Jengen - Berlin, 125; Gust. Gaefft - Kiel, 23 857; Dr. Gross - Stralsund, 103 986; G. Schwientekopf - Nordenthal (Frau), 55 882; Ernst Endter - Schwanebeck (Frau), 99 917; Herm. Köhler - Dresden, 183 901; Hinrich Bohlen - Hamburg, 27 451; Heinr. Gräfert - Bremen, 14 285; Will. Suhl - Alneburg, 114 252; Will. Menz - Berlin, 418; Joh. Karl Ab. Geppert - Dresden, 18 921.

Unterstützungsberechtigung wird an der Zeit vom 18. bis

24. Februar für folgende Mitglieder ertheilt worden:

Gust. Braune - Magdeburg, Verbands-Mr. 42 273; Will. Rehmann - Magdeburg (Frau), 115 989; Gust. Schellnhof - Magdeburg, 42 214; Karl Voeltz - Bahn (Frau), 111 204; Carl Wulff - Berlin (Frau), 4781; Eduard Gutschow - Berlin (Frau), 1420; Dr. Godegan - Lüdenscheid, 85 122; Herm. Röderich - Tecklenburg, 104 126; Aug. Hartrichhausen - Osterode a. S. (Frau), 125; Ernst Schaper - Hanau,

**Aufforderung**, vom Zweigverein **Lennep** der Kollegie Karltau, geboren am 9. Oktober 1887 zu Seel, Verbands-Nr. 268 680. Derselbe soll angeblich in Wiesbaden gewesen sein.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

### Gehaftmachungen der Gauvorstände.

#### Gau Breslau.

Im Einverstandnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir hiermit auf Sonntag, den 1. April, eine Gaukonferenz nach Breslau. Sie beginnt Donnerstag 10 Uhr im Breslauer Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17. Die Tagesordnung ist vorläufig, wie folgt festgelegt: 1. Geschäftsaus- und Berichtsbericht des Gauvorstandes. 2. Bahnbenutzungen. 3. Agitation. 4. Wahl des Gauvorstandes.

Wir erlauben die einzelnen Zweigvereine, in der nächsten Mitgliederversammlung die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Über die Besiedlung der Gaukonferenz besagt unser Regulativ im § 7: Zur Vertretung bei der Konferenz ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 150 einen, bis 600 zwei, und für dieses weitere 600 einen Delegierten mehr. Die Wahl derselben erfolgt in Mitgliederversammlungen mittels geheimer Abstimmung; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Das Mandat und Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Der Gauvorstand. I. A.: Heinrich Mössler.

### Jahresberichte der Gauvorstände.

#### Gau Berlin.

Das abgelaufene Berichtsjahr stand unter dem Zeichen einer guten Konjunktur, und nur in wenigen Lohnbezirken war die Bautätigkeit schlecht.

In der Stadt Posen waren, gegenüber dem Vorjahr, 981 Kollegen weniger beschäftigt. In den zu unserem Gau gehörenden Städten der Provinz war die Konjunktur in sehr gut, in sieben mittelmäßig und in einer schlecht. Die Anzeichen für dieses Jahr deuten auf eine stärkere Belebung der Bautätigkeit.

Die Orte in der Neumark halten bedeutend bessere Beschäftigung als im Vorjahr, dagegen war die Arbeitsgelegenheit im Oberbeirat durchgängig mittelmäßig und nur in Briesen, Böhmen, Neustrelitz und Werder über mittelmäßig nicht schlecht. Auch der nördliche Bezirk, einschließlich Mecklenburg-Strelitz, kam außer Lucken, Böhmen, Neustrelitz und Werder über mittelmäßig nicht schlecht. Aus dem Bezirk zwischen Thorn und Danzig wird aus sieben eine gute und aus zehn Bezirken eine mittelmäßige Konjunktur gemeldet. Im südlichen Teil unseres Gaues hatten nur Wittenberg-Mühlberg und Altenbergs-Bürgel Arbeitssicherheit. In den übrigen Orten war sie mittelmäßig und in Schwedt schlecht. In der Laufzeit war eine bedeutende Verschiebung zu verzeichnen; nur im Zentralpunkt der Laufzeit in Cottbus war eine recht schlechte Bautätigkeit vorhanden, die sich aber gegen Ende der Saison etwas besserte.

Bestimmend für den Grad der Beschäftigungsmöglichkeit für die Kollegen unseres Gaues und für noch weitere Kollegentreize ist die Bautätigkeit in Groß-Berlin und in die im Bereich des Vorortvertriebs; und hier war sie in diesem Jahr außerordentlich stark und dürfte alles bis her dagegenüber übertragen haben.

Konnten wir im Vorjahr berichten, daß im Berliner Vertragsgebiet 17 000 Maurer Beschäftigung gefunden hatten, so ergaben unsere Feststellungen, daß in der Hochkonjunktur hier 19 809 Maurer beschäftigt waren. Dazu kommen 3714 Putzer, 4288 in der Gips- und Zementindustrie organisierte Arbeiter, 470 Fliesenleger, 84 Wasofen- und 80 Kunsteintreppenbauer.

Einen annähernden Schluß über die Bautätigkeit gewährt ein Blick in das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ und der Bericht des „Berichts Berliner Grundstück- und Hypothekenmäster“. Leider fehlen die Angaben über die in den 51 zum Berliner Vertragsgebiet gehörenden Orten festgegestellten Neubauten. Danach wurden 913 Häuser gebaucht, nämlich mit 19 827 Wohnungen gegen 885 Häuser mit 17 874 Wohnungen im Vorjahr. Das die zum Wohngebiet gehörenden Orte Berlin in der Bautätigkeit nicht nachstehen, zeigen die nachfolgenden Ziffern über den umfangreichen und unbekannten Grundstücken der bedeutendsten Gemeinden.

	1905	1904	1903
Berlin	710532000	68000000	66000000
Charlottenburg	141080000	86000000	75000000
Schöneberg	66000000	58000000	58000000
Wilmersdorf	58000000	42000000	38000000
Steglitz	25855000	12000000	5500000
Oranienburg-Mummelsee	15900000	19500000	14000000
Legel	14000000	2000000	1400000
Friedenau	10835000	10000000	6000000
Schwarzenberg	8000000	6915000	6500000
Bethendorf	6500000	5000000	5000000
Steinendorf	5000000	4500000	3500000
Friedrichsfelde u. Karlshorst	4500000	3500000	2800000
Tempelhof	4490000	3100000	1800000
Oberschöneweide	4000000	1750000	1380000
Hellersdorf	1750000	1380000	—
Wriez	1380000	—	—
<b>Summa</b>	1175287000	—	—

Dem „Verein der Grundstück- und Hypothekenmäster“ scheinen aber einige Bedenken aufzutreten, ob die Entwicklung eine gefundene ist, und diese geschäfts- und sachverständigen Herren lassen sich wie folgt vernehmen:

„Es läßt sich nur schwer beurteilen, ob die steigenden Bodenpreise in allen Städten, sowie die enorme ge-

steigerte Bautätigkeit nicht den Bedürfnissen vorausseilt und Rückschläge zu erwarten sind. Die lebensfähige Zahl der leerstehenden Wohnungen in Berlin sollte eigentlich zu Bedenken Veranlassung geben, doch hängt dies auch damit zusammen, daß ein Teil auf Rechnung des Zuganges nach den westlichen Vororten zu stellen ist.“

Statistik der in Berlin leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume:

Jahr	Zimmerzahl							Gesamt Wohungs- fläche		
	0	1	2	3	4	5	6			
1905.	22	2209	2711	1287	645	382	218	330	41	7845
1904.	20	1289	1473	1049	554	374	239	357	131	5436
1903.	14	989	1236	868	429	298	228	367	105	4529
1902.	12	761	533	357	245	203	182	284	7	2584
1901.	7	519	288	162	159	206	136	284	4	1761
1900.	30	1179	662	380	333	276	202	262	63	3230

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Räumen zu gewöhnlichen Zwecken stieg von 482 auf 601 und die der Geschäftsräume von 3433 auf 3530. Insgesamt standen 1904 9351 Gefäße mit einem Wert von M. 9 766 320 und 1905 11 936 Gefäße mit einem Wert von M. 10 329 320. Die in den Vororten leerstehenden Gefäße sind uns nicht bekannt.

Leider ist auch die Zahl der zur Substation gebrachten Gebäude gefallen, und zwar in den zum Berliner Gebiet gehörenden Orten, des Nieder-Barnimer Kreises, und in Charlottenburg, Rixdorf und an den Landgerichten Berlin I und II, wogegen in Wilmersdorf, C. - Lichtenfelde und Weißensee eine Abnahme zu verzeichnen ist.

Die Binsäfte haben sich in einzelnen Positionen wenig geändert. Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die des Vorjahrs. Erklärende Einträge: 3½/3 ½ pfl. (3½/3 ½ pfl.) = Bunt- und Verhinderungsbefreiung 4½/4 pfl. (4½/4 pfl.) = Vorortshypothesen 4½/4 ½ pfl. pfl. (4½/4 ½ pfl.) = Abschlußproposition und Einschlüsse ½ ½ pfl. (½ ½ pfl.) = Baugelder 2 ½ bis 5 ½ pfl. (2 ½ bis 5 ½ pfl.) = Zweiflügelige Einträge 4½/5 ½ pfl. (4½/5 ½ pfl.) = Der Bericht beweist aber, daß gegen Ende des Jahres das Praktikat und die Verhinderungsbefreiungen aufzuhören und die Zusätze sich erhöhen und der Blandbriefverkehr und das Konkurrenz-Hypothekenrecht ungünstiger gestaltet; die Ursachen werden in den ungünstigen Geldverhältnissen und in den Wirren in Russland gesucht.

Trotz dieser gerade nicht günstigen Zeichen ist dennoch die Annahme berechtigt, daß auch im kommenden Baujahr in Berlin mit seinen Vororten wie auch in den übrigen Teilen unseres Gaues die Bautätigkeit sich verhältnismäßig gut entwickeln wird.

Infolge des milden Winters trat auch im verflossenen Frühjahr ein ganz bedeutender Mangel an Steinen ein. Schon im März war ein solcher in Berlin, Bernau, Lübarsberg und Trebbin zu vermissen und er machte sich bis in die Monate Mai und Anfang Juni in einigen Orten bemerkbar. Außer den genannten Orten fehlte es an diesem Material in Lübarswinkel, Dötz, Krone, Friedrose, Forst, Gnesen, Guben, Lieberose, Lübbenau und Friedenau. In dem Ort uns liegenden Frühjahr werden wir mit dieser Notiz, auf neue rechnen müssen; die flotte Bautätigkeit, die bei diesem flauen Winter dauernd fortgesetzt werden konnte, frischt das Material vollends auf und schon steht in einigen Orten, wie Guben, der Mangel vor der Tür. Dieser Umstand sollte bei der Wohnförderung im Frühjahr mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Besondere, die Öffentlichkeit interessierende Fragen haben sich in diesem Jahre nicht ereignet. Die Wohnbevölkerung wieselte sich verhältnismäßig ruhig ab, eine Folge der guten Konjunktur und eingerücktes aufzudenstellen der Organisation, doch kann nicht verdwiegen werden, daß in einigen Lohnbezirken eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 11 und 10 Stunden zu erreichen gewesen wäre, wenn die Kollegen den ernsthaften Willen und das Verständnis von der Bedeutung davon gehabt hätten.

Der Bezirksverband der Unternehmer für den südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt arbeitete auf in diesem Jahre nach folgenden Grundlagen: 1. Verweigerung der Anerkennung der Organisation und ihre Befreiung, wo sie bereits besteht. 2. Beförderung oder Spaltung der bestehenden Zweigvereine des Maurerverbandes und Gründung von Zweigvereinen nach den Blaschen der Unternehmer. 3. Tarifgeschäftsschaffung und Befreiung der bestehenden Tarife. 4. Bei Forderungen der Gesellen und Arbeiter entscheidet nur der Bezirksverband. Den Totalverband ist jedes selbständige Verhandeln untersagt.

Trotz dieser Grundlage haben die Herren ihre Organisation auf leichten grünen Zweig bringen können und die positiven Erfolge sind recht magere. Die Zahl der Vereine blieb seit dem Vorjahr auf acht stehen und die Mitgliederzahl stieg von 126 auf 131. Die moralischen Erfolge sind aber noch düsterer ausgefallen. Nur in Cottbus, dem Sitz des Bezirksverbandes, ging unsere Mitgliederzahl zurück; wir hatten zur Zeit der Gründung des Bezirksverbandes 204 und im Jahre 1905 im Durchschnitt 146 Mitglieder. Die Ursachen liegen in der äußerst schlechten Konjunktur und dem nicht ganz einwandfreien, wenig mutigen Beitrag unserer Kollegen. Dem von den Meistern gegründeten, finanziell unterstützte und praktierten „Alten Gewerbe“ dierten aber nur wenige Angehörige, denn im August waren in den zum Wohngebiet gehörenden fünf Orten nur 20 Gesellen und 239 Gesellen beschäftigt.

Mit dieser Ausnahme hat sich unsere Organisation sehr wohl befinden und prächtige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Zweigvereine stieg von 18 auf 21, der im Bezirk beschäftigten Maurer von 2125 = 40,41 pfl. der im Bezirk beschäftigten Maurer von 2595 = 49,73 pfl. im vierten Quartal 1905. Die Zahl der Tarifverträge ist von 8 auf 12 gestiegen. Wir belohnen also bei dieser nach berücksichtigten Muster führenden Belämpfung rote Bader und pralle Lenden, und die Kollegen des Bezirks werden dafür zu sorgen haben, daß unsere Entwicklung sich in noch schnellerem Tempo nach vornwärts bewegt; was wir dazu helfen können, soll herzlich gern geschehen.

Andere Organisationen.

Es bestehen zur Zeit im Gau: 1. Die lokalen Maurerorganisationen, deren Zahl, Größe und Entwicklung wir in einer besondern Tabelle darstellen. 2. Die christlichen Organisationen. Von dieser Rücksicht bestehen im Brandenburgischen vier Zählstellen mit 844 Mitgliedern. Die Berliner Zählstelle der Maurer hat in diesem Jahre einige Mitglieder zugemommen, was auf Rechnung der guten Konjunktur zu seien ist, da dadurch viele Kollegen aus dem Osten und auch christliche Mitglieder aus Streitorten nach Berlin gezogen wurden. Im Rosenfeld ist die Zahl der Vereine und auch die der Mitglieder zurückgegangen. Berechnet nach der Halbjahresabrechnung in der „Dauergewerkschaft“ beträgt die Mitgliederzahl 551 in neuem Verein. Ende 1903 waren in diesem Bezirk zwölf Vereine mit 712 Mitgliedern vorhanden. 3. Im Sorau besteht neben unserem Zweigverein noch ein alter Maurerverein und nur in Görlitz das bereits erwähnte „Alte Gewerbe“. 4. In P. erhielt ein errichtet die „Vorläufe der Altordarbeit“, die losorganisierten Maurer, eine Zählstelle für Altordner.

Sieht man von der Schädlichkeit ab, die die Organisationssplittung zur Folge hat, so hat dieser Vorhang insoweit ein Interesse, als daß diese Vorläufe der Altordarbeit hiermit augenscheinlich den Weg zu eben beginnen auf dem die Hamburger Altordmauererthron, genannt „Freiwillige Vereinigung“, der unentwegten Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands zugeführt werden soll.

Außerdem besteht im Ruhergewerbe der sogenannte „Verein der Handwerker“ mit 250, und dann sind noch die „Blauen“ mit 100 und die „Christlichen“ mit 55 bis 60 Mitgliedern vorhanden. Zum Maurerberuf besteht außer dem Lokalverein und dem Verein der Christlichen noch ein Verein der Altordmauerer, und im Fleischlegerberuf besteht neben unserer 170 Mitglieder zahlenden Sektion der Lokalverein mit 235 Mitgliedern; die Christlichen sind in diesem Beruf mit zehn Mann vertreten.

5. In Posen besteht neben unserem Verbande eine christliche Zählstelle, ein Ortsverein der Hirsch-Dürsider Rücksicht mit 50–60 Mitgliedern, und in neuester Zeit beginnen die Nationalpolen mit der Gründung von polnischen Gewerkschaften.

Die Entwicklung des Verbandes und der Lokalorganisation veranschaulicht folgende Aufstellung:

	Zu s. Quartal	Mitschriften Gesamt	Verband	Botsorg- organisationen	
				Mitglieder	Zugänge
Zu Gau Berlin.....	1903	25667	22818	88,90	2849
	1904	32745	29780	90,95	2965
	1905	36488	33473	91,86	2965
Zum Wohngebiet Berlin, einschließlich der Mitglieder, die außerhalb organisiert sind und im Gau Berlin arbeiten	1903	15825	12976	82,00	2849
	1904	21653	18688	86,30	2965
	1905	23625	21106	89,34	2919
				10,66	

Die Zahl der Verbandsmitglieder, die in Berlin arbeiten und aus Zweigvereinen angehören, die nach § 4 c Abs. 2 des Statuts die Berliner Vertragsmarken entnehmen müssen, beträgt in diesem Jahre im Durchschnitt 4356. Es werden an die auswärtigen Vereine insgesamt 151 919 Vertragsmarken verbraucht. Daraus für Maurer 120 785, für Putzer 28 290 und für Mitglieder der Gips- und Zementindustrie 2844.

Im Gau Berlin stehen uns zur Zeit noch keine genauen Zahlen über den Mitgliederbestand der Lokalorganisationen zur Verfügung; wir waren deshalb auf die schon einmal angeführten Zahlen aus ihrem 14. Konferenzprotokoll angewiesen.

Im Wohngebiet Berlin haben wir die Mitgliederaufnahmen aus dem Geschäftsbuch des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins“ entnommen. Zu jedem Mitgliederbestand sind die lokalistischen Ortsvereine Birkenwerder, Alt-Glienicke, Bühlendorf, Schildow, Bernau mit eingerechnet. Aus dem Bericht aufgeführt werden ergibt sich ferner, daß hier aus dem Provinz Brandenburg und Pommern 136 lokalisierter Maurer beschäftigt waren.

Zweigvereins- und Mitgliederbewegung im Gau.

Im Jahre 1891/92 bestanden	10. Zählstellen mit 1036 Mitgl.		
		1893	1894
		21	23
		25	25
		50	50
		77	77
		107	107
		140	140
		166	166
		196	196
		175	175
		184	184
		188	188
		191	191
		3347	3347

Im Jahre 1905 wurden 8 neue Zweigvereine errichtet: Drosendorf, Schmögel, Mühlberg a. d. Elbe, Biesenthal, Lieberose, Gnesen, Fallenberg und Prötzel. Auf Grund des § 4 a Abs. 2 des Statuts wurden die Zweigvereine Eichwalde und Königswusterhausen sowie Groß-Märkisch mit Senftenberg verbinden. Die Zweigvereine Elsterwerda, Kirchhain, Schröda, Rosenaue und Pultis lösten sich auf. Aufgenommen wurden 8836 Mitglieder, von diesen gehörten 1511 schon einmal dem Verbande an. Zugereist waren 5463, abgereist und regelrecht abgemeldet haben sich 4969, gestorben sind 195, zum Militär eingezogen wurden 729. Ausgeschlossen mußten 267 werden; ausgetreten sind 536, und wegen rückständiger Beiträge mußten 2872 gestrichen werden.

**Lohnforderungen und die Erfolge davon in den Jahren 1895–1905.**

Jahr	Zahl der Forderungen, welche wurden	Die Forderungen wurden erledigt						Die Forderungen hatten vollen Erfolg	Erreicht wurde		
		a) Durch Entgeltanträge von Unternehmern		b) Durch Verhandlungen der Gewerkschaften		Streit					
		Baßt	pSt.	Baßt	pSt.	Baßt	pSt.				
1895	1	1	—	—	—	1	100	146	—		
1896	7	8	48,00	—	—	4	57,00	7	100 [1210] 9800		
1897	14	21	43,48	5	35,71	6	42,86	6	64,29 9507 420		
1898	39	15	88,46	2	5,18	22	56,41	31	79,49 5512 1897		
1899	66	20	80,30	17	25,76	29	43,94	58	87,88 15317 2488		
1900	75	41	64,67	11	14,67	28	80,66	62	82,67 5445 1332		
1901	62	33	51,61	23	37,10	7	11,29	38	81,29 4044 986		
1902	54	17	31,48	17	31,48	20	37,04	81	57,40 3887 566		
1903	62	36	68,00	16	25,85	10	16,15	45	72,60 14180 421		
1904	73	46	68,01	12	16,44	20	25,60	62	81,19 18864 4489		
1905	89	63	76,83	7	8,54	12	14,83	78	89,02 81005 2655		

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, erreichten wir im Berichtsjahr die höchste Zahl an Forderungen seit den letzten zehn Jahren. Nicht ohne Befriedigung können wir weiter konstatieren, daß der Prozentatik der Erfolge ebenfalls gestiegen ist.

Von den 82 Vereinen, die Forderungen stellten, wurden überall Verhandlungen bei den Unternehmern nachgesucht. In 66 Vereinen fanden Verhandlungen statt, und zwar in 61 Fällen mit dem Zweigverein vorstand oder der Lohnkommission. In einem Falle wurde die Lohnfrage lediglich einer Frankfurter Versammlung geregelt, und in 4 Fällen direkt zwischen den Parteien. In 32 Verhandlungen nahm ein Vertreter des Gauvorstandes teil. Nur in 16 Fällen wurden die Verhandlungen abgelehnt.

In 53 Fällen kam es zu einer Einigung, gleichzeitig kam es hierbei zur Abschließung von 35 Arbeitsverträgen. In 10 Vereinen wurden die Forderungen stillschweigend bewilligt und in weiteren 10 Vereinen kam es zum Streit. Ausspruchungen hatten wir zwei zu verzeichnen: Wongrowitz und Wissnac. Im ersten Orte war die Aufstellung der Forderung die Ursache, während im letzteren Ort die Unternehmer die Durchführung der zehnstündigen Arbeit verhindern wollten.

Bei den zuletzt angeführten zehn Streitfallen und zwei Ausspruchungen endeten fünf mit vollem und fünf mit teilweisem Erfolg; Verträge fanden sechs zu Stande. Die beiden Bewegungen in Wileine und Wiesbaden waren ohne Erfolg. In sieben Vereinen mußten die Forderungen zurückgezogen werden.

Zu den soeben geschilderten allgemeinen Lohnbewegungen kommen noch fünf Angriffs- und 30 Abwehrspalten hinzu, von denen 24 mit vollem, zwei mit teilweisem und neun ohne Erfolg beendet wurden.

Durch Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden unsere Kollegen in 16 Fällen.

In 14 Bezirken war es bei 83 Landunternehmern möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die im Vorort des Zweigvereinsgebietes üblich sind.

Eine Lohnabsicherung, ohne Forderungen zu stellen, erhielten die Kollegen in vier Bezirken, weil der Lohn im Nachbarbezirk erhöht wurde. Nachfolgende Tabelle soll einen näheren Einblick in die Bewegung ermöglichen.

Zurückhaltung an der Seite des Bereichs	Zurückhaltung der Befürworter	Zurückhaltung der Gegner	Böhnerhöhung		Gesamt- zahl der Arbeits- zeit	
			Böhnerhöhung			
			pro Tag	pro Jahr		
M.	A.	M.	A.	Ort	Zeit	
1. Bei 53 Forderungen, die durch Verhandlung erledigt wurden	24546	24472	10864	32 28028868	86 9 799	
2. Bei 10 Forderungen, die stillschweigend bewilligt wurden	289	289	100 95	28725	15 —	
3. Bei 5 Streitfallen	6188	6067	2384	26 514643	51 21771	
4. Bei Forderungen, die zurückgezogen wurden	863	—	—	—	—	
5. Ausspruchungen	66	56	784	1905	12 2 85	
6. Angriffsversprechen	51	88	1807	4041	70 2 28	
7. 30 Abwehrspalten	824	—	—	—	—	
8. In Mitleidenschaft gezogen d. verhandlten Berufe	662	—	—	—	—	
9. Berliner Maatusserung	1210	—	—	—	—	
10. Bei Landunternehmern in 14 Bezirken	841	841	81 61	19525	43 8 41	
11. Bei 4 Bezirken, die keine Forderungen stellten	72	72	40	9480	—	
<b>Summa:</b>	34531	31385	12946	95 2875989	77 18 2719	

Die Bewegung erfaßte somit 34531 Kollegen, von denen allerdings mehrere Kollegen einige Male in Aktion treten mußten. Es wurde erreicht:

In 8 Vereinen	1 % Böhnerhöhung pro St. für	276 Kollegen
14	2	961
10	2%	684
18	8	1586
3	8%	400
4	4	188
34	6	21743
1	6	18
1	7%	21
1	8	4

In 2 Vereinen	10 % Böhnerhöhung pro St. für	28 Kollegen
1	11	4
2	2	1487
5	5	1508
7	7	1959
10	10	250
12	12	250

Zusammen: 98 Vereine mit 61385 Kollegen

Im Durchschnitt wurde eine Böhnerhöhung von 6½ % pro Stunde erreicht.

An Lohnforderungen wurde außerdem erreicht: Befreiung für Überstunden, Nachts- und Sonntagsarbeit, in 5 Fällen Befreiung des Kessels, Wassers und Feuerungsarbeit, 1 Fall Befreiung der Steuermenge, Spaten, Schlämpfchen, Befreiung der Unternehmern, die Rückerstattung der Arbeitszeit an den Sonntagen, Befreiung der Arbeitszeit auf der Baustelle, Abwaffnung der Altkordörfer, Befreiung der Arbeitszeit am Montag u. Sonnabend, Befreiung der Arbeitszeit, Regelung der Arbeitszeit, Befreiung der Arbeitszeit, Befreiung der Ländigungsfestsetzung auf drei Tage, 1 Fall Befreiung der Ländigung, 4 Fälle Befreiung der Baubuden und Arbeite.

#### Agitation:

Im Rückblick auf die im Berichtsjahr sich aus den Vorarbeiten zur Einleitung der Lohnbewegungen und aus der Leitung an Verhandlungen für die Angestellten ergebenen Arbeiten, war es im vorhergehenden Jahre nicht möglich, gleich im Frühjahr in der Agitation angriffsweise vorzugehen. Während wir im Vorjahr erst im hohen Frühjahr unsere Anregungen geben konnten, war es dieses Mal möglich, schon im Januar eine Konferenz für den Nördlichen Agitationsbereich nach Wittenberg in Meißenburg einzuberufen und dort die Maßnahmen zu erörtern, die zur Förderung der Agitation und Organisation im Bezirk notwendig erschienen.

Im Februar wandten wir uns mit einem Rundschreiben an die Bezirke, wo die Arbeitszeit noch über 30 Stunden beträgt, um die Kollegen zu veranlassen, an die Verkürzung der Arbeitszeit heranzugehen. Ein weiteres Rundschreiben war an die Bezirke mit zehnstündiger Arbeitszeit und einem Stundenlohn unter 35 S. gerichtet, um zu veranlassen, daß in diesen Bezirken ein Stundenlohn von mindestens 35 S. eingeführt wird. Beide Rundschreiben wiesen darauf hin, daß in diesen Bezirken ferner noch zu erzielen sei: a) Einführung der Stundenlöhne; b) Abschluß der Ländigung; c) Verbesserung des Bauarbeiterlohn und der Einrichtung zur Verkürzung von Unfällen; d) bei Überlandarbeiten ein angemessenes Radfahrerlohn.

Anfang März behandelte ein Rundschreiben die Neufälle, die wir bei der Hausagitation ergreift hatten und gab gleichzeitig Ratschläge, wie das Flugblatt des Gauvorstandes am zweitwöchigsten zu verbreiten sei. Vier Rundschreiben wurden gleichzeitig mit den Quartalsberichten verbandt. Sie behandelten die Agitation, die Haustäffierung, gaben Ratschläge bezüglich Durchführung des Kartellvertrages sowie der Einleitung von Lohnbewegungen. Des weiteren wurden Anregungen zur Ansiedlung von Bibliotheken gegeben und auf sonstige Verwaltungstechnische Maßnahmen hingewiesen.

Im August folgten dann noch drei Rundschreiben, die die Statistik des Vorstandes, die Lohn- und Arbeitszeit in den Jahren 1895 bis 1900, und das Ergebnis der Unternehmer und der im Durchschnitt bei ihnen beschäftigten Gesellen und Lehrlinge behandeln. Die Feststellungen wurden im allgemeinen gut durchgeführt.

Das Flugblatt des Vorstandes ist in 40 000 Exemplaren verbreitet worden. 26 000 Flugblätter, die den Bedürfnissen der Zweigvereine entsprechen, ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache für den Bezirk Posen, und ein größerer Posten an älteren Protokollen wurden bei der Bautenagitation verbreitet.

Von einer Reihe von Zweigvereinen ist die Haustäffierung in den benachbarten städtisch organisierten Bezirken getrieben worden; überall dort, wo die Agitation planmäßig fortgeschritten ist, ist auch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen.

Obwohl in jedem Quartal die Vorstände in den Rundschreiben auf die Vorreile der Haustäffierung hingewiesen wurden, ist die Zahl der Vereine, in denen die Beiträge abgehalten werden, nicht gestiegen. Nur in vier Vereinen mit 459 Mitgliedern, die in der unten angeführten Tabelle nicht mitgezählt wurden, hat man die Haustäffierung in diesem Jahre für den Vorort des Zweigvereins eingeführt, während die Kollegen aus der weiteren Umgebung ihre Beiträge selbst bringen müssen.

Als besonderes Merkmal verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade in mittleren und großen Zweigvereinen, deren Gebiet oft recht weitgeht ist, die Haustäffierung eingeführt ist. Von den 88 Zweigvereinen mit Haustäffierung haben 84 über 100 Mitglieder, während von den 88 ohne Haustäffierung nur 15 Zweigvereine über 100 Mitglieder haben. Berlin ist dabei nicht mitgezählt, ebenso fehlen in der obigen Aufstellung die Vereine Neumünster, Neuhagen, Peitz und Soldin, welche keine Angaben gemacht haben. 244 Berliner Pausen haben die Haustäffierung eingeführt.

Die Haustäffierung ist in Alt-Gleiwitz, Elsterwerda und Luckau eingeführt worden. Der Erfolg ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.

Im vorjährigen Bericht wiesen wir schon darauf hin, daß auf eine Eingabe unserer Posenen Organisation die dortige Polizeiverwaltung geantwortet hatte, die größte Zahl der Unfälle fände auf Konto der Sorgfaltlosigkeit der Arbeiter; praktisch gebildete Baufontrolleure seien nicht angebracht. Nachdem in den Versammlungen die sich häufenden Unfälle immer wieder kritisiert wurden, erhielt der Vorstand des dortigen Gewerkschaftsrates am 28. Mai 1905 ein ähnliches Schreiben wie im Vorjahr, nur mit dem Unterschiede, daß der Beamte selbst zugab, Unfälle seien in den letzten Jahren recht vielfach vorgekommen. Statt die gewünschten Baufontrolleure anzustellen, empfahl der Herr unseres Genossen, geeignete Vorstände in den einzelnen Berufen zu halten, verbrachte aber auch auf erfolgte Anzeige einzutreten zu wollen.

Der Polizeipräsident in Berlin macht sich die Sache noch bequem. Er erließ am 24. November 1905 eine

Widmung darüber, daß die Benutzung von öffentlichen Plakaten für die Gefährlichkeit gefährlich sei; mehrfache Unfallstypen (Betriebsunfälle), ja selbst Todesfälle seien dabei vorgekommen, die auf die den Plakaten entströmenden giftigen Gasen zurückzuführen seien. So fürstlich diese Widmung erscheint, so verblüffend wirkt es aber, daß jemand, der die Schädlichkeit einer Einrichtung genau kennt und in dessen Nachvollkommenheit es liegt, diese

Durch den Gauvorstand wurden Kollegen entsandt: zu Regionalversammlungen und Versprechungen 320 mal Kollegen als Referenten, bei Lohnbewegungen und zu ihrer Beratung 232 mal, bei statistischen Aufnahmen 80 mal, bei Verbindungsversammlungen 21 mal, bei Extrarevisionen, die der Gauvorstand vornahm, 66 mal.

Obwohl im allgemeinen eine Besserung der Kasse und die Buchführung eingetreten ist, kommt es doch noch vor, daß in einigen Vereinen die Revisorin ihre Pflicht in ganz grober Weise verlegt, indem sie sich jedesmal am Quartalsbericht von der Richtigkeit der Kasse überzeugt. Darauf ist es auch nur zurückzuführen, daß im Berichtsjahr in zehn Vereinen Unterlagen vorgekommen sind. Zwei ungeeigte Beamte sind dem Staatsamt übergeben worden; sie erhalten einen Monat resp. eine Woche Gefängnis. Die übrigen Ungetreuen zahlen ab.

#### Bibliotheken:

Wenn wir über Bibliotheken berichten, dann darf dabei nicht an große Sammlungen gedacht werden; es sind im Gegenteil in den meisten Orten erst recht beiheide Anfänge. Im Vorjahr haben wir die erste Erhebung darüber angefordert und dabei gefunden, daß recht häufig bei den Vorstandsmitgliedern Protokolle, Gesellschaftsbücher, Broschüren usw. vorhanden sind, die dadurch, daß sie sich in verschiedenen Händen befinden, von niemand beachtet werden können und beim Wechsel der Posten leicht verloren gehen können.

Um nun zu jeder Zeit am Zweigvereinsort die notwendigsten Bücher, die sich auf unsere Organisation beziehen, zur Hand zu haben, und um den jüngeren Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich durch Beispiele selbst zu informieren und zu bilden, haben wir versucht, die Vorstände für Anlegung von kleinen Bibliotheken zu gewinnen.

Im allgemeinen ist der Erfolg nicht sehr groß; einige Vorstände dagegen bringen der Sache großes Interesse entgegen und haben im Laufe des Jahres gute Neuanfangen vorgenommen. Herzogtum Sachsen ist Posen, Bernau, Böhmisch Lehnin. Seitdem es dem Gauvorstand nur immer möglich war, ist er bemüht gewesen, beim Ankauf von Büchern behilflich zu sein.

Die Zahl der Bände ist gestiegen; zur Zeit bestehen in 35 Vereinen eigene Bibliotheken mit zusammen 212 Bänden. Die größte mit 1540 Bänden befindet sich in Berlin; ihr folgt Posen mit 113 Bänden; weitere 4 Vereine haben eine genaue Zahl nicht angegeben. Aus 9 Zweigvereinsorten wird gemeldet, daß sich dort gemeinsame Gewerkschafts- und Parteibibliotheken befinden, woran den Kollegen das Benutzungsrecht zusteht.

#### Statistik:

In statistischen Arbeiten hatte der Gauvorstand ausführen lassen, daran mitzuarbeiten:

1. Statistische Erhebungen 1905. (Tabelle I.)
2. Statistik über die Lohn- und Streitbewegung und deren Erfolg im Jahre 1906.
3. Statistik über Lohn- und Arbeitszeit, Zahl der Gesellen und Lehrlinge bei allen im Gau wohnenden Unternehmern, einschließlich der Landunternehmer, geordnet nach Lohnbezirken.
4. Ferner hatte der Gauvorstand vier Quartalsberichte mit einem Jahresbericht angufertigen.

Die Ausfüllung der Quartalsberichte ist gut; die Zweigvereinsvorstände haben sich so daran gehalten, daß es nur noch ganz wenige Mahnungen bedarf; auch diese könnten vermieden werden, wenn beim Wechsel des Vorstandes die Nachfolger genau instruiert werden.

#### Bauarbeiter schuß:

Aus allen unseren Berichten geht hervor, daß dem Bauarbeiterlohn seitens der aufstrebenden Organe sehr wenig Interesse entgegengebracht wird. In den größeren Orten unseres Bezirkes müssen die Arbeiter immer erst in ihren Versammlungen darauf hinweisen, daß die zur Zeit schon bestehenden 87 Verordnungen auf diesem oder jenem Punkt nicht umgehalten werden, um Abhilfe zu schaffen. In den ländlichen Bezirken schaftet und waltet der Unternehmer nach Gutdünken.

Auf Grund einer derartigen Verhandlung wurde unter Vertrauensmann in Wittenberg wohl zum Polizeicommissar befiehlt, um diesem geeignete Reformvorschläge zu machen. Dieses ist geschehen, aber eine strengere Kontrolle oder Besserung der Verhältnisse ist trotzdem nicht zu versprechen.

In Posen wurden Anträge auf bessere Durchführung der vom Regierungspräsidenten vor Jahren erlassenen Vorschriften, sowie das Ersuchen auf Anstellung von Baufontrolleuren an das Polizeipräsidium gerichtet. Eine Antwort ist nicht erfolgt.

Weitere Anträge sind in Alt-Gleiwitz, Elsterwerda und Luckau gestellt worden. Der Erfolg ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.

Im vorjährigen Bericht wiesen wir schon darauf hin, daß auf eine Eingabe unserer Genossen Organisation die dortige Polizeiverwaltung geantwortet hatte, die größte Zahl der Unfälle fände auf Konto der Sorgfaltlosigkeit der Arbeiter; praktisch gebildete Baufontrolleure seien nicht angebracht. Nachdem in den Versammlungen die sich häufenden Unfälle immer wieder kritisiert wurden, erhielt der Vorstand des dortigen Gewerkschaftsrates am 28. Mai 1905 ein ähnliches Schreiben wie im Vorjahr, nur mit dem Unterschiede, daß der Beamte selbst zugab, Unfälle seien in den letzten Jahren recht vielfach vorgekommen. Statt die gewünschten Baufontrolleure anzustellen, empfahl der Herr unseres Genossen, geeignete Vorstände in den einzelnen Berufen zu halten, verbrachte aber auch auf erfolgte Anzeige einzutreten zu wollen.

Der Polizeipräsident in Berlin macht sich die Sache noch bequem. Er erließ am 24. November 1905 eine Widmung darüber, daß die Benutzung von öffentlichen Plakaten für die Gefährlichkeit gefährlich sei; mehrfache Unfallstypen (Betriebsunfälle), ja selbst Todesfälle seien dabei vorgekommen, die auf die den Plakaten entströmenden giftigen Gasen zurückzuführen seien. So fürstlich diese Widmung erscheint, so verblüffend wirkt es aber, daß jemand, der die Schädlichkeit einer Einrichtung genau kennt und in dessen Nachvollkommenheit es liegt, diese

Einrichtung zu beseitigen resp. ihre Bewilligung zu verbieten, nur einfache Warnungen erlaubt.

Am Unfällen wurden ums 101 gemeldet. Darunter befanden sich 52 schwere und 68 leichte. Von den ersten hatten 10 den Tod zur Folge. Leider ist die Berichtserstattung über Unfälle noch sehr mangelhaft, so daß es uns nicht möglich ist, ein genaues Bild zu ziehen. Nach den uns gemachten Angaben verunglückten:

Durch Abtutz von Waffen und Vettern	21 Personen
Ausgleiter und Bruch von Münzungen	35
Einsatz von Gebäuden, Mauern u. Gewölben	24
herabfallende Gegenstände verletzt	5
Infolge Questionen durch Träger und Dächer	6 Personen
schräger oder mangelhafter Rüstungen und Abdeckungen	12
Explosion einer Reihenbombe	2
nicht näher bezeichnete Unfälle	15

#### Polizeiliches und Gerichtliches.

Im Posener Teil des Gaues entfallen Bürgermeister und Polizeiverwaltungen eine rege Tätigkeit, um die Gastwirte zu beeinflussen, ihre Lokale auf Versammlungen nicht herzugeben. Darauf ist es auszuführen, daß fast im ganzen Bezirk, in den Orten Grünberg, Kolmar, Meseritz, Obořnice, Rothenburg, Schröda, Weisse und Neisse, keine Versammlungen im Local abgehalten werden können.

In Obořnice erhielten unser Kassierer und der Gauamt ein Strafmandat von je 15, weil ein Gesetzurkunde zu beeinflussen, ihre Lokale auf Versammlungen nicht herzugeben. Darauf ist es auszuführen, daß fast im ganzen Bezirk, in den Orten Grünberg, Kolmar, Meseritz, Obořnice, Rothenburg, Schröda, Weisse und Neisse, keine Versammlungen im Local abgehalten werden können.

Zu Schmiede legt ein ähnliches Falld vor; dort wurde aber die eingelagerte Verfassung vom Gericht verworfen. Das Strafmandat, das der Gauvertrauensmann erhalten hatte, mußte bezahlt werden.

In Bronkow hielten unsere Kollegen ihre Versammlung in einer Wohnung ab. Der Distriktskommissar erklärte darin eine Gefahr für die Sicherheit der Versammlungsstätte und verbot diese Versammlung.

Außerdem im übrigen Teil des Gaues macht sich die Gaalabteilung härter bemüht. Während 1903 von 184 Vereinen 25 kein Local zur Verfügung hatten, waren es 1904 von 188 Vereinen nur 20; in diesem Jahre sind es von 191 Vereinen 31, die sich ohne Local bewegen müssen.

Auch um die Ergebnisse und Stiftungsfeste der Vereine kümmert sich die Polizei in neuerer Zeit wieder recht angelegentlich. Sie geht von der Verbesserung aus, das die Vergnügungen öffentliche Veranstaltungen sind, vermehrige die Genehmigung oder verbietet sie rundweg. Nachdem uns aus Lindau, Siedlitz und Siedlitz dieses gemeldet, nahmen wir Veranlassung, im letzteren Ort wieder einmal eine Entscheidung herbeizuführen. Die Kollegen in Siedlitz trug Verbots ihr geäußerten Vergnügen ab, wiesen den Polizeiuamtsschafft, der sie stören wollte, unter Hinweis auf ihr Haustrecht, aus dem Local. Die Leiter des Vergnügungshaus erhielten darauf ein Strafmandat von je 15. Dagegen wurde Verurteilung eingeleget. Schon in erster Instanz wurden die Amtsträger freigesprochen. Der Amtsamtshauptmann legte dagegen Verurteilung ein. Die Sache kam bis zum Kammergericht, hier erfolgte wieder die Freisprechung; die Kosten wurden der Staatskasse aufgeladen.

In Königswusterhausen ließ die Polizeibehörde unser Vereinslokal entfernen. Grund hierzu war ihnen der durch Kammergerichtsurteil vom 1901 als noch zu leicht bestehende anerkannte § 9 des preußischen Preßgesetzes, monach. Anschlagetext und Blätter, die einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über geistlich nicht verbrechliche Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gefrorene, verlorene oder gefundene Gegenstände, über Verläufe oder andere Nachrichten für den gewöhnlichen Verkehr, nicht angeklagt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausge stellt werden dürfen. Den Kollegen in Königswusterhausen haben wir empfohlen, sich den Workauf des Platzes auf Holz malen zu lassen. Dieses ist häufig.

Wegen Vergehen gegen die §§ 240 und 253 des Strafgesetzbuches (Vorträgen) wurden fünf Kollegen angeklagt; einer erhielt 6 Monate, einer 3 Wochen Gefängnis; drei Kollegen wurden freigesprochen.

Wegen Verstosses gegen die §§ 185, 194, 196 und 223 des Strafgesetzbuches (Beleidigung), standen 10 Kollegen unter Anklage. In einem Fall konnte der Strafantrag seitens des Staatsanwalts nicht aufrechterhalten werden; fünf weitere Kollegen wurden freigesprochen, zwei erhielten in zweiter Instanz je 30 bzw. 30 Geldstrafe; einer bekam einen Monat Gefängnis aufgetragen.

Wegen Vergehens gegen § 158 der Gewerbeordnung erhielten zwei Kollegen eine Wods und ein Kollege zwei Wochen Gefängnis; einer wurde freigesprochen.

Für angebliche Übertrittung der Straßenpolizeiverordnung und Verfehlung beim Streifspatenstreifen erhielten zwei Kollegen je 20 Geldstrafe aufgetragen; einer wurde freigesprochen.

Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in sieben Sachen erledigt; Revisionen der Gauaufsätze fanden fünf statt.

Die Korrespondenz umfaßte 7000 Sendsungen. Es gingen an Briefen, Karten, Telegrammen, Posten und Postanweisungen 2885 ein, hinausgesandt wurden 4176 Sendsungen aller Art.

Mitgliedschaften des Arbeitgeberverbands bestanden im Gau:

Im Jahre 1903 an 23 Orten mit 932 Mitgliedern

1904 " 32 " 1005

1905 " 34 " 1009 "

Die Finanzverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen:

#### Einnahme:

Mit Lohnarifen und Protokollen	M. 10.85
Agitation Silbermund	200,-
<b>Summa</b>	<b>M. 42176,52</b>

#### Ausgabe:

Für Beamtengehalt	M. 4350,-
eingangenen Arbeitsverdienst am andern	
Kollegen	1052,80
Höder	321,62
Arbeitsgeb.	2861,06
Drucksachen	185,25
Borte und Schreibmaterial	57,24
Vorstand an Vertreutensleute zur Agitation	305,06
Bureauamt, Einrichtung, Reinigung, Büch.	
Reise und Unterg.	610,11
Revisions und Sitzungen des Vorstandes	92,85
Berichtigung der Angestellten	112,82
Zeitungsbüromaterial und Protokolle	45,48
<b>Summa</b>	<b>M. 18410,20</b>

#### bilanz:

Einnahme	M. 42176,52
Ausgabe	13410,20
<b>Kassenbestand</b>	<b>28766,32</b>
davon per Bank belegt	26992,03

G. Silberschmidt, Vorsitzender Otto Behmann, Kassierer.

Die Revisoren:

Max Anton, Wilhelm Kumm, Alwin Rudolf.

#### Gau Danzig (Osten).

In dem Berichtsjahr 1905 war der Fortschritt unserer Organisation nicht in dem Maße zu verzeichnen, als in den letzten drei Jahren, obgleich im ganzen Osten bis auf den Gumbinneren Bezirk eine sehr gute Baulosung vorherrschend war. Einige zurückhaltende Orte haben sich auch im vergangenen Jahr recht aktiv entwidelt und bedeutend an Mitgliederzahl zugenommen. Aber was in diesen Orten gewonnen wurde, ging im Königsberger Lohnbezirk zu jämlich wieder verloren, so daß die Zunahme an Mitgliedern, nach den vorhergehenden Jahren gerechnet, sowohl weniger beträgt, als in Königsberg und Umgegend verloren werden kann.

Auch von den großen weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich in Russland im letzten Jahr in einer dramatischen Weise abgespielt haben, war hier in diesem Bezirk nichts zu merken, obgleich der Gau im Revolutionsgebiet eingeschlossen liegt. Die fröhlichen Funten der Opferfreudigkeit und Begeisterung des russischen Volkes für die Befreiung aus der Knechtschaft sind über Ost- und Westpreußen ohne jegliche Wirkung hinweggeflogen. Was an Revolutionsarbeit vollbracht wurde, mußte durch die jähle Meinungsarbeit erreicht werden. Der Idealismus für die große Sache des internationalen Proletariats ist hier noch sehr mangelhaft entwidelt, was besonders in der politischen Unfreiheit seine Urtheile findet. Der großen Mehrzahl der Arbeiter fehlt noch immer die Willkür, die notwendig ist, um das Stoffenbewußtsein zu fördern. Alle Mittel, die gefordert werden, um das Wissen der Arbeiter zu erweitern, werden als weggeworfen betrachtet. Auch die sozialdemokratische Presse ist wenig verbreitet; selbst in Königsberg, wo die "Volkszeitung" erscheint, bleibt noch recht viel an Wünschen übrig. Vielen Arbeitern halten diese Zeitung nicht, weil sie zu wenig Unterhaltpapier liefern; den Inhalt betrachten sie als nebenständlich. Daraum muß noch recht viel für Aufklärung geleistet werden. Auch der Erfolg, den die Unternehmer in Königsberg mit ihrer "Gelben" oder Streitbrecher-Organisation zu verzeichnen haben, beruht auf dem fürchterlichen Indifferenzgeist vieler Königsberger Maurer. Würde etwas mehr Kloßherstellung in den Werkstätten stehen, dann wäre das Schauspiel, das sich im letzten Jahr in Königsberg abgespielt hat, nicht möglich gewesen. Durch den Terrorismus der Unternehmer, der wohl alles bis jetzt in dieser Hinsicht getan hat, gelingt es, unser Organisationsarbeiten zu schaden. Nur die Gleichgültigkeit und Faulheit unserer Mitglieder war es, die den Unternehmern zu Erfolgen verhalf. Wäre nur etwas mehr Moral und politisches Verständnis unter den Arbeitern vorhanden gewesen, dann hätten sie die Kaufhandwerker nicht in der Weise von einzigen hervorragenden und prominenten Unternehmern behandeln lassen, sondern sie hätten sich energisch zur Wehr gesetzt. Dann wäre die ganze Herrlichkeit von Gedächtnis-Gnaden, die nur auf Freiheit und Ungefechtlichkeit beruht, und nur die Arbeiter wieder auch politisch ins Schleppen nehmen möchte, in füger Zeit zusammengebrochen. Eine Veranlassung, sich terrorisieren zu lassen, lag für die Kollegen im vergangenen Frühjahr nicht vor; denn am Herbst fehlte es in Königsberg nicht. Die Kollegen brauchten sich nicht in die Streitbrecherorganisation hineinzumengen zu lassen. Nur dadurch, daß sich eine große Anzahl Maurer fügte und sich diese Schmach gefallen ließ, ohne mit der Wimper zu zucken, wurden die Unternehmer und ihre Trabanten zu weiteren Schänden ermutigt. Aber diese Gemeinheitshaltung einiger Unternehmer wird nicht von langer Dauer sein. Der Herbst bewies schon, daß eine große Anzahl Kollegen nicht mehr gewillt waren, sich die schändliche Behandlung gefallen zu lassen. Es wird in diesem Jahre wohl Ausicht vorhanden sein, dass die Verlorene wieder eingeschlossen wird, wird nicht in Erfüllung geben. Die Herren werden bald einsehen lernen, daß sie die Arbeiterbewegung in Königsberg nicht in ihre Hände bekommen. Sie werden auch hier versuchen müssen, sich damit abzufinden.

Erfreulicherweise ist ein Rückgang der Mitglieder nur in Königsberg zu verzeichnen. In fast allen anderen Orten hat sich die Organisation im verlorenen Jahr ganz wesentlich festgestellt. Erheblich an Mitgliedern angewachsen haben besonders die Zweigvereine Bromberg, Danzig, Königsberg, Lyck, Marienwerder, Neman, Stolp und Tilsit. Neugegründet sind die Zweigvereine Angerburg, Hohenfelde und Orlitzburg. Außerdem sind in Danzig die Zahlstellen Neustadt, Tiegenhof, Schöneberg, Schönbaum, und Cottbus. Auch sind für dieses Jahr noch einige weitere Bauten geplant. Dann werden einige Eisenbahnstrecken neu erbaut, wozu auch eine neue Wehrschleuse bei Marienwerder notwendig wird. Weiter sind mehrere Schulhäuser sowie sonstige größere Gebäude vorgesehen. Auch die Bülowische Germanierungspolitik hält sich noch immer auf der Höhe, so daß auch hierdurch wieder recht viele Maurer Beschäftigung finden werden. Somit können wir auch für dieses Jahr wieder recht Hoffnungsvoll in die Zukunft schauen und manchen Fortschritt machen, wenn die Kollegen einigermaßen guten Rates zugängig sind und sich von den Christen nicht allzu sehr betören lassen.

Die Vorbereitung, in Königsberg Warteschein und in Bromberg Akte und Ersatz neu zu gründet werden; ist nur der Zweigverein Lubian, dieser lag aber schon im vorigen Jahre im Sterben, so daß der Verlust nicht sehr stark nach außen betrieben werden, sondern, daß Hauptgewicht muß auf den Ausbau der bestehenden Vereine gelegt werden, damit diese Stützpunkte bestmöglich werden.

Auch ist es ziemlich gelungen, in den größeren Orten fast alle beschäftigten Maurer der Organisation zu gewinnen, so daß diese Vereine einen besseren Halt bekommen haben. Auch die Verwaltungsgeschäfte haben sich im verlorenen Jahr besser abgewickelt; so daß am Schlusse des Jahres ziemlich Ordnung herrscht. Nicht große Schwierigkeiten machte die Lokalfrage. Nur in wenigen Orten steht ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung.

Immer noch ist die Polizeibehörde sehr besorgt, daß die Vorschriften über Versammlungsräume nicht sorgfältig erfüllt werden. Bei dem kleinen Mengen wird die Abhaltung von Versammlungen verboten, auch wenn solche vorher unbekannt stattgefunden haben. Die Angst der Gauamt vor den politischen Scherzen ist hier epidemic. Die meisten lassen sich lieber von einem Freudenträger, euphemistisch Bellnerin genannt, ernähren, als daß sie Arbeiter ihr Lokal zur Verfügung stellen. Auch sonst waren noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden.

Zu der Dreiteilung, Unternehmer, Unternehmer und Polizei, haben sich als vierte im Bunde die Organisationsgründer, die sogenannten christlichen Gemeindesitten, hinzugesellt; auch sind in letzter Zeit noch politische Gewerkschaften dazugekommen. Dies sind Seute, von denen selbst schon einer zugegeben hat, daß er nicht allein, von Arbeitern bezahlt werde, und somit auch noch andere Interessen als vertreten habe. Wahrscheinlich stellt der Reichsverband, der zur Vernichtung der Sozialdemokratie und der Sozialbewegung gegründet worden ist, Mittel zur Verfügung, und setzt alles daran, um die Arbeiter, die jetzt schon schwerer für die Organisation zu bewegen sind, noch verteidigt zu machen. Unter dem Vorwande, die Verbände wollen die Religion abschaffen, werden die größten Lügen verbreitet und die religiösen Gefühle mancher Arbeiter genutzt. Werden diese Lügen nicht geglaubt — dann allzu viel, traut man selbst hier dieser Gesellschaft nicht mehr zu —, dann werden die Personen, die an der Spitze stehen, verleumdet. Bis auf Königsberg, wo der Oberchrist und Schatzmeister ist, den sie der zweimal vom Papst dekorierte Lauffer hat, sind die Organisationsgründer zur Ausführung ihrer teuflischen Pläne gegen die Arbeiter nur nutzbar gemacht, haben sie keinen Erfolg erzielt. Sie haben ihnen die Unternehmer tatsächlich zu Erfolg verholfen, indem unsere Mitglieder unter Androhung der Entlassung gezwungen wurden, dem christlichen Verbund beizutreten. Und mit diesen Erfolgen wird dann auf den Konferenzen und Versammlungen renommiert. Besonders kann sich diese Gesellschaft nicht charakterisieren. Es fehlt nur noch, daß Lauffer zum Ehrenmitglied des christlichen Kaufhandwerkerbundes ernannt wird; verdient hat er es wirklich, denn ihm hat dieser Verband seine ganzen Erfolge in Ostpreußen zu verdanken. Vielleicht regen diese Zeilen dazu an, dass Verfaulme nachzuholen. Echte Ehre gehört!

Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Mitgliederzahl im verlorenen Jahr augenommen. Im dritten Quartal 1904 bestanden 40 Zweigvereine mit 4452 Mitgliedern. Im dritten Quartal 1905 waren es 37 Zweigvereine und 20 Zahlstellen mit 4758 Mitgliedern. Es ist somit eine Steigerung von 302 Mitgliedern eingetreten. Würde der Aufstand in Königsberg nicht zu verzeichnen gewesen sein, so hätte und auch dieses Jahr eine ziemliche Wirtschaftsbewegung gebracht. Zu finanzieller Beziehung war im verlorenen Jahr der Fortschritt besser als die Zunahme der Mitglieder, was von einer besseren Stabilität zeugt.

Es wurden Märkte verloren in den letzten Jahren:

	1901	1902	1903	1904	1905
Erstes Quartal	—	1839	11226	14508	15030
Zweites	9819	13727	29425	41795	45411
Drittes	12998	18467	34946	41168	51683
Viertes	3732	18329	28950	28108	42849
	31549	52362	104546	128576	154992

Der durchschnittliche Kassenfundtag betrug pro Mitglied im Jahre 1902: 21,9, im Jahre 1903: 30,3, im Jahre 1904: 28,8, im Jahre 1905: 33,9. Beitragsmarken.

Wie schon erwähnt, war die Bautätigkeit im verlorenen Jahr fast in allen Orten gut, so daß schon im Monat April eine Nachfrage nach Maurern vorhanden war. Diese Nachfrage hielt auch bis spät in den Herbst an. Besonders wurde die Nachfrage durch die Ölmarktpolitik hervorgerufen. Infolge der Ölpreiszackungen fanden viele Maurer, die auf den Dörfern wohnten, dort Arbeit, so daß das Angebot in den Städten dadurch ganz bedeutend vermindert wurde; auch wurde recht lebhaft in vielen Städten gebaut. Besonders waren es Kasernenbauten sowie Beamtenhäuser, die den Arbeitsmarkt beeinflußten. Die Privatbauläufigkeit war nur in Königsberg und Danzig außerordentlich lebhaft. Auch dieses Jahr scheint sich wieder gut anzulegen.

In einigen Städten sind die Kasernenbauten, die zum Teil von der Stadtverwaltung, zum Teil auch von Militärpersonen gebaut und dann an die Militärbehörde vermietet werden, noch im Bau. So in Memel, Graudenz und Thorn. Auch sind für dieses Jahr noch einige weitere Bauten geplant. Dann werden einige Eisenbahnstrecken neu erbaut, wozu auch eine neue Wehrschleuse bei Marienwerder notwendig wird. Weiter sind mehrere Schulhäuser sowie sonstige größere Gebäude vorgesehen.

Auch die Bülowische Germanierungspolitik hält sich noch immer auf der Höhe, so daß auch hierdurch wieder recht viele Maurer Beschäftigung finden werden. Somit können wir auch für dieses Jahr wieder recht Hoffnungsvoll in die Zukunft schauen und manchen Fortschritt machen, wenn die Kollegen einigermaßen guten Rates zugängig sind und sich von den Christen nicht allzu sehr betören lassen.

Die Wohnbewegung war noch viel röger als im Jahre

1904, hat aber an den Orten mit einem guten Erfolg geendet. Nur in Angerburg, wo die Mitglieder recht unvorbereitet in den Kampf traten, wurde kein Erfolg erzielt. Die Unternehmer siegten. Aber auch diesen Sieg haben sie recht teuer erkauft müssen. Ob sie sich noch öfter nach solchen Siegen sehnen, ist fraglich. Die Herren hatten, um sicher zu gehen, sich einige Kolonnen Italiener geholt. Diesen zahlten sie 50–55  $\Delta$  pro Stunde und gewährten außerdem freies Logis. Unsere Kollegen verlangten nur 38  $\Delta$  pro Stunde und Abzuschaffung der zwölften Stunde. Die Unternehmer beharrten auf der zwölfstündigen Arbeitszeit und bewiesen auch, daß das Gehalt der Unternehmer – das bei jeder Lohnforderung angestimmt wird – sie könnten die geforderten Löhne nicht zahlen, nur Lügner ist. Am ganzen wurden in 22 Orten Lohnforderungen gestellt. In zwei Orten wurde auf die Durchführung der Forderungen wegen der geringen Bautätigkeit verzichtet. In sechs Orten wurden die Forderungen durch Verhandlungen bewilligt und in 14 Orten kam es zum Streit. Die Streite widelten sich verhältnismäßig alle recht glatt ab. Der Königberger Streit schien den Unternehmern nicht so schwer zu haben. Nur in Angerburg, Sonik, Memel, Osterode, Rastenburg und Wandenburg sträubten sich die Unternehmer einige Wochen, bevor die Forderungen der Gesellen anerkannt wurden. In Memel, wo die gefürchtete Hofmauermeister Bludau aus Lüttichburg einen Kärrnernbau ausführen ließ und Lohn- und Arbeitsbedingungen nach seinem Geldabsatzinteresse regelte, kam es zu ernsthaften Differenzen. Bludau, der sein Geschäft besonders durch die Lehrlingsplätzerei macht, die er im großen betreibt, fand sich daran gewöhnt, die Gesellen auch ein Wort über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitten zu lassen. Darum ließ er seine Säugtruppe, die er infolge seiner großartigen Bücherei besitzt, mit Rebelsbern ausrüsten, damit die unverschämten Memeler Maurer, die sogar von dem privilegierten Bludau die Einhaltung der ortsüblichen Arbeitsbedingungen verlangten, niedergeschossen werden könnten. Hierzu ist es nun nicht gekommen; die Kollegen waren so vernünftig und gingen diesen Raufbolden aus dem Wege, sobald sie merkten, daß sie es nur mit aufgehobenen Dummköpfen zu tun hatten. Somit konnte der Profit durch diese bedauernswerten Geschöpfe nicht ganz gerettet werden, sondern Bludau mußte zulegen, wenn er den Bauplatz befegen wollte. Nur die jährlinige Arbeitszeit wurde nicht zur Anerkennung gebracht, da die Maurer, die dort beschäftigt waren, 11 Stunden arbeiten wollten. In allen anderen Orten wurden günstige Resultate erzielt, so daß für 1900 Maurer eine durchschnittliche Erhöhung des Lohnes von 3,88  $\Delta$  pro Stunde erreicht wurde. Das jährliche Einkommen des einzelnen Maurers stieg um  $\Delta$  88,32. Dieses war nur der direkte Erfolg. Daß durch diese Erhöhungen auch die Löhne des anderen Bauhandwerker beeinflußt sind, ist wohl für jeden klar. Außerdem wurde für sechs Zweigvereine die Arbeitszeit um eine Stunde und für einen Ort um eine halbe Stunde verlängert, was auch aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist.

Ort	Tageslohn vor dem Streit	Stundenlohn nach dem Streit	Arbeitszeit	
			vor dem Streit	nach dem Streit
Braunsberg	3,50–4,00	38	12	11
Bromberg	4,20	44	10	10
Danzig	4,70	48	10	10
Di Gralau	3,20–3,50	38	11	10
Gedau	3,30–3,50	37	11	11
Gotherhausen	3,00–3,20	35	11	11
Johannisburg	3,50–4,00	38	12	11
Königsberg i. Pr.	5,00	55	10	10
König	3,20–3,50	36	11	11
Lys.	3,50–3,70	42	11	10
Marienwerder	—	42	11	10
Osterode i. Br.	3,00–3,50	38	11	10
Posenburg	3,80–4,00	40	11	10
Sensburg	3–3,60	37	11	11
Sielb.	3,80–4,40	45	10	10
Tilsit	3,30–3,50	40	10	10
Wandsburg	3,00–3,20	34	11	11
Dirschau	3,50–3,80	40	11	11
Neaf.	3,20–3,30	35	11	11
Memel	3,80–4,20	44	11	11

Außer diesen ganz bedeutenden Lohn erhöhungen wurden noch Verbesserungen bezüglich der Überstunden und Landzulagen erzielt, sowie sonstige Neuerungen betrifft Lohnzahlung und sanitäre Einrichtungen geschaffen. In Gumbinnen ist es durch eine einzige Sperrung den alten reduzierten Lohn wieder hochzubringen. Dem sind noch mehrere Baupersenzen in Danzig, Königsberg, Graudenz, Rastenburg und Elbing über verschiedene Differenzpunkte verhängt worden. Bis auf einige, die in Königsberg und Danzig von unseren Freunden in Christo verhindert wurden, konnten alle erfolgreich beendet werden, so daß uns der Kleinfried auch ein günstiges Resultat gebracht hat.

Auch in Königsberg haben die Unternehmer die 5  $\Delta$  Lohn erhöhung vom 1. April 1905 an geahnt, die ihnen durch den langen Streit 1904 abgerungen wurde. Somit ist der Stundenlohn in Königsberg vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1905 um 12–14  $\Delta$  gestiegen. Wahrsch. ein guter Erfolg, der durch das Wirken unseres Verbandes erzielt worden ist. Aber trotz dieses großen Erfolges läuft die Organisation, wie schon zu Anfang erwähnt, recht viel zu wünschen übrig. Unstatt das Errungene in Ehren zu halten und zu weiteren Erfolgen zu rüsten, hat sich eine große Anzahl Königsberger Maurer zur Ruhe gegeben, um sich an dem Errungenen zu laben. Viele Maurer haben sich die Schlämme über die Ohren gezogen und lassen die Unternehmer für das Weitergehen. Ob sie diese Schlampigkeit nicht noch werden bereuen müssen, wird die Zeit lehren.

Aber auch unsere "alten" Freunde haben so etwas wie eine Lohnbewegung im Vergleichsjahr gehabt und auch Siege erzielt. Nur haben sie diese Siege nicht über welche

natürlichen Gegner, die Unternehmer, erzielt – dabei sind sie immer glänzend abgeblitzt –, sondern über ihre Arbeitsgenossen aus dem Zentralverband in Königsberg. Bei drei Baupersenzen, die unsere Mitglieder verhängten, um den Terrorismus der Unternehmer zu brechen, haben sich diese Leute als Schützgruppe gut bewährt. Mit Ausbildung ihres ganzen Einflusses ist es ihnen über kurz oder lang gelungen, die gesperrten Bauten zu befreien. Und die Unternehmer konnten ihre Siege über ihre Opfer feiern. Die Unternehmer haben sich den "Christen" gegenüber auch sehr dankbar gezeigt. Sie zwingen unsere Mitglieder durch ihren Arbeitsnachweis in diesen Streitbrecherverein hinein und damit sich selber drücken kann, müssen die Polizei die Mitgliedsbücher revidieren, damit der christliche Verband keinen Zauberschluß erhält. Durch diese ebenso brutale wie ungesehliche Handlung der Lauffer und Konsorten war es möglich, den Maurer 9000 Silberlinge abzuhökeln, die in die Kasse des christlichen Verbandes mit seinem Sitz in Berlin geflossen sind. Aber hier scheint sich das Sprichwort: "Unrechtes Gut gedichtet nicht" noch zu bewähren; denn an anderen Orten, wo diese Organisation mit diesem Streit gegen die Unternehmer kämpft, hat sie nichts erreicht, sondern ist platt abgeschlagen. So mußte in Neustadt, wo die "Christen" wochenlang gekreift haben, der Streit bedingungslos aufgegeben werden. In Boppard haben die christlichen Vertreter nach der Beendigung des Streits noch einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, in dem die Löhne noch niedriger vorgesehen sind, als sie schon vor dem Streit waren. Auch eine Glastrichtung! Da bei der Abschließung dieses Vertrages unsere Mitglieder abgewichen wurden, behielten wir freie Hand, wodurch es dann durch unseren Einfluß gelang, den Lohn auf 48–50  $\Delta$  zu bringen, so daß die Boppoter Maurer noch auf ihre Rechnung kamen. In Altensteinein wurde von den "Christen" im Einvernehmen mit der Polizeibehörde eine Lohnbewegung durchgeführt. Sie ergab einen Lohn von 40  $\Delta$  bei elfstündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer mussten später – um genügend Maurer ankommen – 45  $\Delta$  zahlen. Die Altensteiner standen ihnen für 40  $\Delta$  zur Verfügung. Auch ist es später mit leichter Mühe möglich gewesen, die zehntägige Arbeitszeit einzuführen. Somit kann man auch von dieser Lohnbewegung sagen, daß die Interessen der Unternehmer mehr gewahrt wurden, als die der Gesellen. In Bromberg, wo wir wieder in ein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern traten, ließen einige Wochen später die "Christen" auch zu den Unternehmern und baten sie, ihre Unterschrift auch unter den Vertrag setzen zu dürfen. Da dieses die Unternehmer nicht schmerzte, wurde ihr harmloser Wunsch erfüllt. Später wurde mit dem Erfolg renommiert. Das ist die ganze Herrlichkeit, die diese Leute vollbracht haben. Würde man gerecht sein, so kann man getrost sagen: unsere "Brüder in Christo" haben ähnliche Siege zu verzeichnen, wie die Russen in der Mandatskure. Auch diese waren am erfolgreichsten in der Reiterei.

In der Agitation ist noch eine große Arbeit zu vollbringen. In den größeren Orten bis zu 5000 Einwohnern sind die meisten Maurer organisiert; aber in die kleineren Städte und Dörfer, wo besonders viele Maurer und sonstige Bauhandwerker wohnen, sind wir noch wenig vorgedrungen. Die Maurer in diesen Orten zu organisieren, muß unsre nächste Aufgabe sein, denn gerade hier sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch die allerenschlechtesten. Aber auch die Rüstständigkeit und Abhängigkeit der Arbeiter ist hier am größten, so daß hier noch größere Schwierigkeiten zu überwinden sind, als in den Städten. Da es sich aber um eine große Zahl von Kollegen handelt, auch unsere Erfolge in den größeren Städten durch die Rüstständigkeit der Maurer in den kleineren Orten in Frage gestellt werden, darf uns dieses nicht abhalten, sondern wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um auch hier Freche zu schlagen. Darum ist es jetzt Pflicht aller Zweigvereine, daß sie dafür sorgen, daß alle Maurer, die in der Umgebung der kleineren Orte wohnen, der Organisation zugeführt werden. Wird jeder Zweigverein seine Pflicht tun, dann wird auch hier der Erfolg nicht ausbleiben.

Bezüglich des Bauarbeitervertrages hat sich nichts geändert. Das Leben der Bauarbeiter ist noch nicht im Werte gestiegen und wird von jedem Bauprogen ungekräftig gemäßigt. Auch die Verordnungen stehen nur auf dem Papier; irgend eine praktische Bedeutung ist nicht dabei festgestellt. Eine Überwachungsbehörde besteht hier noch in keinem Orte. Die Aufsicht führt noch die Straßenpolizei. Würde diese aber die Hälfte Energie anwenden, die aufgeboten wird, sobald ein Versammlungsraum in Frage kommt, dann würde auch schon manches besser sein. Aber leider wird dieses wohl ein frischer Wind bleiben. Die Rüstständigkeit wird auch auf diesem Gebiete nicht besser werden, bevor nicht die Arbeiter die Erkenntnis und die Macht besitzen, um selbst Remedien schaffen zu können.

Die Arbeit hat es auch in diesem Jahre für den Gauvorstand nicht gereicht; optimal konnten nicht alle Anforderungen befriedigt werden, so daß seine Zeit zur weiteren Werbung von Mitgliedern in Orten, wo wir noch keine Verbindung haben, übrig blieb. Aber auch dieses wird besser werden. Die Zweigvereinsvorstandsmitglieder haben sich in vielen Orten schon besser in die Verwaltungsgeschäfte eingearbeitet und werden mit dem Geist der Arbeiterbewegung besser vertraut, so daß sie bald manche Sachen selbst erledigen lernen, wozu sonst immer Anleitung notwendig war. Außer den vielen Versammlungen und Sitzungen, die vom Gauvorstand und dessen Beauftragten abgehalten sind, mußte auch eine umfangreiche Korrespondenz erlebt werden. Es wurden 122 Briefe, Karten, Drucksachen und 67 Telegramme ausgefertigt; 908 Briefe, Karten und sonstige Drucksachen und 47 Telegramme sind eingegangen. Wie aus diesen wenigen Zahlen ersichtlich, wurde die Agitation ziemlich rege betrieben. Trotzdem ist der Erfolg bezüglich der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen größer, als der Erfolg bezüglich der Zunahme der Mitglieder. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kollegen nicht immer ihre Pflicht erfüllt haben, sondern sich optimal, sobald sie den Erfolg eingeheimst haben, auf der Zornenhaut ausgeruhrt haben. Das darf in der Zukunft nicht sein, sondern sie müssen wir auf der Wacht bleiben. Erf. dann ist es uns möglich, das Errungene festzuhalten und weitere Erfolge zu erzielen.

Ginnahme.	
Gassenbestand am Schluß des vorigen Jahres...	M. 557,45
Vom Verbandsvorstand auf Grund des Status erhaltene ...	
... 2103,48	
Am Rückblick ...	1706,07
Auslagen für Streiks ...	1527,30
Beiträge der Zweigvereine	892,65
Summe: . . . . .	M. 6756,90

Ausgabe.	
Gehalt . . . . .	M. 2160,—
Eingangener Arbeitsverdienst	147,60
Diäten . . . . .	190,15
Fahrten . . . . .	1,80,20
Druckdruck und Zeitungen . . . . .	185,21
Post- und Schreibwarenfiliale . . . . .	185,44
Büroamüse, Reinigung, Mietstube, Heizung und Licht . . . . .	245,—
Befreiungsbetriebe . . . . .	36,—
Reisekosten für die Konferenz in Elbing . . . . .	10,20
Ausgaben für die Ausstellung . . . . .	18,80
Sonstige . . . . .	2,04
Kofamiete . . . . .	4,—
Summe: . . . . .	M. 6588,64

Abschluß.	
Einnahme . . . . .	M. 6756,90
Ausgabe . . . . .	„ „ 6588,64
Vielstand am 1. Januar 1906 . . . . .	M. 168,26

Carl Schwarz, Saurierfigur.

Die Nebenjoren:

Franz Trebnis, Karl Browakli, Wilhelm Küd. Zu der Abrechnung ist noch zu bemerken, daß verschiedene Vereine es noch immer nicht ernst mit den Gauleitern nehmen, sonst müßte dieser Posten größer sein. Darum ist es notwendig, daß auch Berlin eine Veränderung in der Zukunft eintritt, denn die Ausgaben für die Agitation sind nicht kleiner, sondern größer geworden. Auch ist noch recht viel zu tun übrig geblieben, so daß für dieses Jahr noch große Arbeiten und viele Ausgaben bevorstehen. Deshalb mit Mut und Energie an die Organisationsarbeit, dann wird auch der Maurer bald als Mensch unter Menschen leben können. D.D.

### Gau Hannover.

Die Bautätigkeit ist im ganzen Gaubezirk fast durchweg gut; für einige Orte ist der Ausdruck "lehr gut" sogar am Platze. Am schlechtesten war sie, wie im Vorjahr, in Hannover. Allzu gute Aussichten sind dort auch im kommenden Jahre nicht vorhanden. Ähnlich so dürfte es aber auch in anderen Bezirken des Gaus vorübergehend im Laufe des Frühjahrs gehen. Durch den bis jetzt gebrüllten Winter sind die in Ausführung begriffenen Bauten ziemlich vorgedrückt; anderseits ist das vorhandene Steinmaterial ziemlich gelichtet, so daß auch hier ein Mangel eingetreten droht. Im übrigen dürfte im allgemeinen eine gute Konjunktur in Aussicht stehen. Speziell Hannover mit seinen ungünstigen Vororten dürfte auf Jahre hinaus mit guten Konjunkturen rechnen haben. Die Erweiterung des Bahnhofes im Bunde mit der Umgebungsbahn wird eine Verschiebung des Verkehrs mit sich bringen. Stadtviertel, die sich bisher als Stiefelhälse der Stadt fühlten, werden geschäftlich belebt werden, und wird sich dort ein gefügtes Bauquartier herausbilden. Anderseits müßten auch die seit Jahren im Vorbergland stehenden staatländischen und kommunalen Projekte realisiert werden, was ganz belieblich auf die Bautätigkeit einwirken wird. Und wenn dann noch der Mittellandkanal hinzukommt, so ist für Hannover auf Jahre hinaus eine gute Baukonjunktur gesichert. Mit der Entwicklung der Bautätigkeit hält aber auch mehr und mehr der ausländische Arbeiter seinen Einzug bei uns, im Bauvertrieb der Italiener. Leider ist es unterlassen worden, bei der statistischen Erhebung hierüber genaue Feststellungen zu machen; gering ist die Zahl aber nicht. Bei den Leberbrüdern der Umgebungsbahn sind fast nur Italiener tätig gewesen. Diese für die Organisation zu gewinnen, dürfte auf Jahre hinaus noch mit Schwierigkeiten verknüpft sein. Die sogenannte Polizei kann mit Leuten, die organisiert sind, nicht arbeiten; müssen sie doch jeden Augenblick bereit sein, in irgendeinem Ort als Streitbrecher einzutreten. Und daß sie minderwertiger sind, müssen sie so gut wie die Unternehmer. Solange sich der italienische Maurer seine größere Fertigkeit und Leistungsfähigkeit angeeignet hat, solange er auf seinem Platz zur Erlangung von Arbeit angewiesen ist, solange ihm die Fertigkeit des deutschen Maurers fehlt, müssen wir uns mit ihm als Streitbrecher auch abzufinden verkehren.

Auch der Unternehmer Klarhorst in Bielefeld, der bestimmt mit einem Streit rednet, hatte sich 70–80 Italiener mit Beginn der Saison verhaftet, um eventuell die nötigsten Arbeiten vollführen zu können. Und tatsächlich war es denn auch, auch Klarhorst, der alles möglich daran setzte, um eine Eingang zu hintertreiben, was er doch durch seine Italiener "genügend gelichtet". Seine Kollegen merken aber die Abhängen und erläutern ihm, unter diesen Umständen die Gefolgschaft bilden zu müssen. Und wenn in den Berichtsjahren in Bielefeld ein harter, langwiger Kampf vermieden wurde, so hat Klarhorst hieran wahrlich keine Schuld.

Ein gereiztes und empfindliches Unternehmerlum zu bestehen, haben unsere Lehrer Kollegen die Ehre. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1904 hat man alle mit der Bewegung in nähere Verbindung kommende Kollegen von der Arbeit ausgeschlossen. Durch diese Erfahrung kluger geworden, hat man dann die Forderung für 1905 durch den Gauvorstand einreiten lassen. Diesem wurde aber unter 1. März die Mitteilung, daß die Unternehmer mit ihm auf "seinen Fall" zu tun haben wollten, sondern nur mit "eigenen Leuten". Eine Versammlung wähle eine solche Kommission; aber auch diese lehnen die Herren ab, weil es dieser nach ihrer, der Unternehmer, Auffassung, an "Lebenserfahrung und Übersicht über die tatsächliche Lage der Arbeitsverhältnisse fehle". Unsere Lehrer Kol-

legen ließen sich die Sache nicht verdrießen, sondern wählten eine andere Kommission, doch auch diese fand keine Gnade vor den Augen der Herren.

Da man sich aber anscheinend nicht traute, den Mauern eine vierth Wahl zuzumuten, wählte man sich selbst vier Kollegen aus. Von diesen hatte bis zum Stattdinden der Sitzung aber auch noch einer die hohe Gnade verirrt. Er mußte sich mit einem Stuhl außerhalb des Sitzungszimmers nach einem geeigneten Platz umleben. Die so "genähöhlte" Kommission ist dann ordentlich abgeräumt worden, hat aber doch 2 ₣ Lohn bewilligt bekommen, und damit war die Lohnbewegung abgeschlossen. Alle Achtung vor der von den Unternehmern selbst gewählten Kommission! Aber den Lehrer Maurern müßte die Schamröte ins Gesicht steigen, daß sie sich so den Fuß von den Unternehmern in den Rädern seien lassen um so mehr, als dort im letzten Jahre eine überaus günstige Baukonjunktur vorhanden war.

Au ein mal verblüfft, glaubten die Lehrer Unternehmer sich solche Müst im hannoverischen Lohngebiet auch erlaufen zu dürfen. Der Unternehmer Wiedmann hatte in einer Würsburger Benefiziatenarbeit ausgeführt und dachte dort mit Lehrer Löhnern auszufommen. Einen Beruf des persönlichen Vorstellungswerdens seitens des Gauvorlandes beantragt, der gute Herr Wiedmann mit einer Anklage wegen Häufriedensbruchs. Hätte es nach dem Willen dieses Herrn gegangen, ein Jahr Buchthaus wäre die Windherrschaft gewesen.

Nachdem nun eine Sperrre unvermeidlich geworden war und diese anfangs Herr Wiedmann unbewußt zu werden, wußte er auch andere Töne anzutun. So schrieb er unter dem 17. Juni, am 18. war die Sperrre verhängt worden:

Wie mir bekannt geworden ist, haben Sie, trocken mir es an einer gültigen Ausseitnerlegung gelegen war. (Wer lacht da nicht? D. Red.) auf meine Arbeitnehmer, welche in Anderen beschäftigt sind, einen Druck ausgeübt, ohne mich in irgendeiner Weise davon in Kenntnis zu setzen.

Zu zählen Hochachtend A. Wiedmann.

Ogleich in dem Schreiben der Tatbestand auf den Kopf gestellt ist, wurde die Sperrre auch "vorläufig" aufgehoben. Herr Wiedmann ist aber um die Erfahrung flügig, daß er nicht schalten und walten konnte, wie es ihm beliebte.

Mit der Weiterentwicklung der einzelnen Zweigvereine kann man im großen und ganzen wohl zufrieden sein. Die größten Leistungen in Gewinnung neuer Mitglieder und Gründung der Grenzfähre der Zweigvereine haben wohl Vielesfeld, Celle, Gronau, Hannover, Hildesheim, Holzminden und Minden gemacht. Letzterem Ort, über richtiger den dortigen Kollegen, ist aber unbedingt die Palme für die größte Leistung zugesprochen. Der Zweigverein Minden hat seine Mitgliederausbucht von 385 im dritten Quartal 1904 auf 685 im dritten Quartal 1905 gebracht. Die Konjunktur in Minden selbst war flau, aber die neuen Mitglieder sind auch nicht in Minden angeworben, sondern in der weitesten Umgebung tatsächlich zusammengezogen wurden. Bei unseren dortigen Kollegen galt der Grundsatz: Alles was in den Gründlinien von Bielefeld, Münster und Osnabrück ansteht, müssen an Maurern treu und flecht, müsse in diesem Jahre organisiert sein. Sie sind ihrem Gründtag treu geblieben. Der Hofmaurermeister Krauß in Bielefeld ist bei dieser Revolutionsarbeit unserer Mindener Kollegen beratig, in Erfasse geraten, daß er hat Vorherrschaft dieses Vereins gewollt und ₩ 50 in die Vereinsschaffung zahlen, wenn — ja wenn es ein "christlicher Verein" würde. Vielleicht merken sich die Christlichen die Adresse und beginnen dort ihr Zerstörungswerk.

Auch alle anderen Vereine haben in der Gewinnung neuer Mitglieder erfreuliches geleistet. Die Mitgliederzahl ist hierdurch im dritten Quartal nahezu auf 6000 gestiegen.

An Neugründungen haben wir Bünde und Stadtoldendorf zu verzeichnen, denen sich Blomberg und Stadtlohn in den nächsten Wochen anschließen werden. Und so werden der Glieder in der Kette der Zweigvereine immer mehr werden. Es ist schwierig, einen Zweigverein auf der Höhe zu erhalten, um einen Verein neu zu gründen, namentlich wenn noch ein Zeichenkrieger den Personen des Vorstandes gemacht ist. Das der Höhepunkt der Organisation im Gau Hannover noch lange nicht erreicht ist, beweist, daß bei der Aufnahme der Bünde und Städteverbände im August vorigen Jahres für 8037 Kollegen diesbezügliche Feststellungen gemacht wurden.

Ausgeföhrt hat sich der Zweigverein Bodenwerder. Dort herrschte noch die elfstündige Arbeitszeit bei 26 ₣ Stundenlohn. Nun hatten die Kollegen beschlossen, die zehnstündige Arbeitszeit und 31 ₣ Stundenlohn zu fordern. Dies haben die dortigen Unternehmer unsern Kollegen gleichermaßen übernommen; da ihnen aber die Unternehmerfreundlichkeit mehr wert war als eine Lohnherhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, so hat man die Lohnbewegung mit samt dem Zweigverein begraben. Und sieht da, heute machen die Wester wieder ein freundliches Gesicht! Das auch sonst noch in manchem Zweigverein manches zu befürchten ist, braucht wohl nur nebenbei bemerkt zu werden.

Die unangenehmsten Erscheinungen sind die im letzten Jahre vorgekommenen vielen Unterdrückungen; in einem Falle sind es nicht weniger als ₩ 840; unter ₩ 100 wird es selten gemacht. Wenn auch was wir gerne gestehen wollen, die Ungetreuen sich nach der Unterdrückung Mühe geben, die unterdrückten Summen zurückzuerstatten, so muß man immer wieder darauf hinweisen, in der Wahl der Kassierer mehr Vorsicht walten zu lassen.

Dem Gau gehören am Schluß des dritten Quartals 28 Zweigvereine mit 5871 Mitgliedern an. Folgende Tabelle veranschaulicht die Verteilung auf die Zweigvereine.

Zweigverein	Mitgliederbewegung					
	1. Quartal 1904	2. Quartal 1904	3. Quartal 1904	1. Quartal 1905	2. Quartal 1905	3. Quartal 1905
Wiefeld	12	18	88	89	92	40
Bielefeld	419	215	275	414	520	500
Bünde	13	12	17	11	14	18
Burgdorf	—	62	55	38	—	97
Bodenwerder	—	—	—	—	—	17
Celle	175	225	215	237	272	277
Dassel	136	129	125	96	93	92
Gütersloh	—	22	5	6	7	7
Herford	8	13	8	12	9	13
Hövel	—	—	—	25	25	23
Höxter	78	84	98	105	115	100
Höxter	80	18	22	22	12	8
Hannover	216	207	212	180	200	200
Hannover	1940	2010	1968	2163	2411	2548
Hildesheim	53	72	125	125	198	150
Holzminden	188	213	190	220	220	268
Holzminden	42	53	80	80	102	104
Holzminden	66	44	96	70	70	75
Holzminden	40	89	25	48	48	39
Holzminden	8	16	18	17	17	8
Windeln	207	248	885	861	861	635
Minden	52	62	70	61	61	65
Minden	64	82	92	157	157	201
Minden	162	168	181	164	164	190
Minden	6	4	14	14	14	6
Selketal	29	30	87	86	86	52
Selketal	—	—	39	40	40	15
Stadtoldendorf	—	—	—	—	86	89
Walsrode	38	55	40	45	45	62
Summa... 3890 4190 4588 4555 4887 5450 5871						

Stiftungen, Vereine und Anstalten in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, soweit nicht nach den vorstehenden Bestimmungen ein höherer Stempel zu entrichten ist, ₩ 1,50.

Schon der Wörterlaut dieser Tarifstellen läßt erkennen, daß die Stempelgebühr nur von solchen Gesellschaften und Vereinen erhoben werden soll, die vermögensrechtliche Vereinbarungen treffen oder Erwerb bezeichnen. Der Begriff "Gesellschaften" kann und soll an dieser Stelle nur Bezug haben auf die in Verga und Hüttenweier bestehenden Gewerbe bezeichnenden Organisationen, welche diesen Namen führen.

Eine Beurkundung der Statuten gewerkschaftlicher Organisationen wird weder durch das Vereinsgesetz gefordert, noch von denen, die das Statut einreihen, verlangt. Es handelt sich lediglich um eine Verpflichtung, die das Vereinsgesetz den Vorstehern von Vereinen, welche die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezeichnen, auferlegt und die Behörde hat die Erfüllung dieser Verpflichtung auf beobachten, damit der Vorstand die gesetzlichen Bestimmungen gemäß gehandelt hat. Das Statut ist von der Behörden weder zu genehmigen noch zu beurkunden.

Ich bitte deshalb, dem Amt Ennigloch Anweisung zu geben, die zu Unrecht erhobenen ₩ 1,50 an den Empfangsberechtigten zurückzugeben."

Auf dieses Schreiben, datiert vom 16. September 1905, erhielten wir unter dem Datum des 16. November 1905 folgendes Schreiben:

Der Amtmann  
des Amtes Ennigloch  
(Kreis Herford). An

Herrn Louis Barnstorff,

Geschäftsführer des Maurerverbandes,

Hannover. Langsam.

Auf Ihren Antrag vom 15. August d. J. um Erstattung des zu den Statuten der biesigen Zweigstelle des Maurerverbandes verbundenen Stempelsteuerbetrages, teile ich mit, daß der Betrag laut Mitteilung des Steueramtes I in Bünde von diesen dem Maurerpolizei Heidemann in Ennigloch, der seinerzeit den Stempel bezahlt hat, erfaßt worden ist.

Am Versammlungsverbot aus allen möglichen, man möchte fast sagen auch unmöglichen Gründen, hat es, wie in früheren, so auch nicht in diesem Jahre gegeben. Eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück unseres Kollegen August Lüders in Bünde sollte am 12. März stattfinden. Der Landrat des Kreises Springe hatte auch die Genehmigung erteilt. Aber im letzten Augenblick wurde unser Kollege Lüders von einer gewissen Krankheit befallen, die man sehr oft in Zentrumsabgeordnetentreffen antrifft. Aus der Versammlung wurde deshalb nichts. Die Landrätskreise Gronau, Alfeld und Springe sind gegenseitig miteinander verbündet; in Betracht kommen hier die Zweigvereine Alfeld, Gronau und Celle. Wir haben es dann einmal hibben und auch einmal drüber verjucht. Am 24. September sollte auf dem Grundstück des Kollegen August Höhne in Gehrde eine Versammlung stattfinden. Da das Grundstück nur von einem Privatweg (Untersteinenweg), zu erreichen ist, mußte das Landratsamt des Kreises Gronau die Genehmigung leider versagen, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Am selben Sonntag sollte im Lokal des Herrn Nies in Alfeld eine Versammlung stattfinden. Auch diese wurde unterfragt, weil das genannte Lokal nur 25 Mitglieder Raum bietet. Auf Grund eines Beschwerde beim Landratsamt Alfeld erhielten wir die Antwort, daß das so ganz richtig sei.

In der Zwischenzeit, und zwar schon auf den 1. Oktober, war für dasselbe Lokal aber nur für 25 Wählervoten, eine Versammlung angemeldet. Hiergegen hatte die lokale Polizei von Alfeld nichts einzubringen. Sie hat aber auch, das ist wenigstens anzunehmen, in dieser Versammlung Erfahrung gemacht, daß die erste Versammlung unterfragen werden, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Auf Grund des Sonntags sollte im Lokal des Herrn Nies in Alfeld eine Versammlung stattfinden. Auch diese wurde unterfragt, weil das genannte Lokal nur 25 Mitglieder Raum bietet. Auf Grund eines Beschwerde beim Landratsamt Alfeld erhielten wir die Antwort, daß das so ganz richtig sei.

Einen lang gehegten Wunsch in Erfüllung zu bringen, ein Lokal selbst zu mieten, ist dann ver sucht worden. Aber wenn der Arme nichts haben soll, fällt ihm selbst das Brod aus der Krippe. Das Lokal, ein schöner, geräumiger Saal, circa 150 Personen fassend, fand seine Gnade vor dem Auge des uns Leben und Gesundheit seiner Kreisgenossen besorgten Herrn Landrats, wie folgendes Schreiben bezeugt:

"Springe, den 19. Oktober 1905.

Auf die Eingabe vom 18. d. M.

Die für den 22. d. M. Nachmittags 3 Uhr, ange meldete öffentliche Versammlung kann in dem Wohnraum des Bierhändlers Carl Hirschhausen zu Bültingen nicht stattfinden, weil das Lokal, in welchem die Versammlung stattfinden soll, den Bestimmungen der Polizeiverordnungen vom 31. Oktober 1889 beginnend, 21. April 1893 nicht entspricht. b. Vier, Landrat."

An Herrn A. Pinckapf, Hildesheim.

Damit noch nicht genug, daß wir die Miete ohne irgend ein Äquivalent zu zahlen haben, hat es auch noch der diensthabende Gendarm für seine Amtspflicht gehalten, gegen die Frau des Hausesgentimers Anzeige zu erstatten wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung (Handel mit Flaschenbier), trotzdem der Beamte vom Gegenteil überzeugt worden ist. Die Frau hat es aber unterlaufen, gegen den Strafbefehl, der mit Kosten ₩ 22,10 ausmacht, rechtzeitig gerichtlich Entscheidung zu beantragen und so liegt es für uns: zahlen!

Die Erfolge der Lohn- und Streikbewegung sind im Berichtsjahr günstiger als im Vorjahr.

Zu Arbeitseinstellungen ist es in Bielefeld, Celle, Barsinghausen, Burgstemmen, Holzenberg, Brinkstorf, Bieleburg und Deynhäusen gekommen.

## Die Erfolge veranlaßt folgende Ausstellung:

Zweigverein	Anzahl der Maurer	pro Stunde	pro Tag	pro Woche	Kosten- aufzehrung für alle Beteiligten	A	A	A
						A	A	A
Wiesbaden	577	8	173,10	69,—	88818			
Brackwede	46	8	18,80	69,—	8174			
Sindelfingen	43	3	12,90	69,—	2967			
Gießen	15	2	8,—	46,—	690			
* Celle	162	2	32,40	46,—	7352			
Gütersloh	96	1	9,80	23,—	2208			
Hannover	2043	3	582,25	69,—	141167			
Wiesbaden	41	5	20,50	115,—	4715			
Veningen	26	1	12,50	115,—	2875			
Würzburg	18	2	4,—	57,50	1035			
Niederrhein	28	5	14,—	115,—	8220			
Battenberg	42	4	16,80	92,—	3864			
Ronneburg	86	5	18,—	115,—	4140			
Springe	25	3	7,50	69,—	1725			
* Wunstorf	79	3	23,70	69,—	5451			
Gießen	229	2	45,80	46,—	10534			
Holzbauhafen	35	5	17,50	115,—	4025			
Holzminden	125	2	25,—	46,—	5750			
Lehrte	70	2	14,—	46,—	3220			
* Büdelsdorf	76	5	38,—	115,—	8720			
Devonhausen	161	3	48,80	69,—	11109			
Münster	265	5	102,50	115,—	23575			
Sorthe	52	3	15,60	69,—	3588			
Walzrode	55	3	16,50	69,—	3785			
	4384		11248,50	68,27	299212			

In den mit einem \* bezeichneten Orten sind die Erfolge durch einen Lohnkampf erzwungen worden.

Über die Kostenverhältnisse gibt die nachfolgende Jahresabrechnung Aufschluß:

## Ginnahmen.

Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 1609,42
Wou Verbandsvorstand erhalten hat Statut	295,90
Auslagen für Streitleitung zurück	203,50
An Beiträgen der Zweigvereine	1023,40
Sonstige Einnahmen	29,72
<b>Summa</b>	<b>M. 5851,94</b>

## Ausgaben.

An Gehalt	M. 1800,—
Entschädigung des Kassierers	25,—
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	4,32
Dienste	948,40
Fahrgehol	890,20
Verbrauchsentgelten	204,—
Druckfrachten	17,—
Posto und Schreibmaterial	54,67
Sonstiges	223,52
<b>Summa</b>	<b>M. 4097,11</b>

## Bilanz.

Ginnahmen	M. 5851,94
Ausgaben	4097,11
<b>Bestand</b>	<b>M. 1754,83</b>

L. Barnstorff, Vorsitzender. O. Dettmerer, Kassierer.  
Für die Revisoren:

P. Rieg. H. Klub. A. Delighof.

## Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungserfolge und sonstige Vorankündigung sendet man sofort an die Redaktion des Reichsorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Gestellungen und Adresseveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

## Ungetreuer Kassierer.

Der Maurer Karl Hönes, der im vorigen Jahre Bezirkskassierer in Ulm war, unterliegt in dieser Eigenschaft M. 17,35 Verbandsabgabe. Er erhielt dafür vom Amtsgericht Ulm am 20. Februar 14 Tage Gefängnis.

\* \* \*

Allstedt. Sonntag, den 4. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Zunächst wurde die Wahl eines Kassierers (Stellvertreter) vorgenommen. Dann wurden vier Kollegen ausgewählt. Ferner wurde der Versammlung mitgeteilt, daß sich die Ortsgemeinde Wölfele nicht unter dem Verband angegeschlossen hat und dort ein Hülfsskiffler bestellt worden ist. Auf dem Kalivortrag Haagendorf wurde ebenfalls ein Hülfsskiffler gewählt. Auch in der Ortsgemeinde Mittelhausen ist ein Hülfsskiffler tätig. Die Lohnfrage (einheitlicher Lohn auf dem Kalivortrag Haagendorf) soll Kollege Hermann regeln. Die Sache betrifft des Kollegen Heimte wurde vorläufig seinen Kollegen zur Regelung übertraut. Zum Schlusse der Versammlung erklärte Kollege Otto Beder, daß er in der nächsten Versammlung einen Vortrag über: "Organisation" halten wolle.

Augsburg. Die am 27. Januar hier abgehaltene Jahreshauptversammlung hatte sich mit einer äußerst umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Im Vorgrunde der Tagesordnung stand die Anteilung eines besoldeten Volksbeamten sowie die Stellungnahme zur beabsichtigten Errichtung eines Arbeitertretorats durch die hiesigen Gewerkschaften. Zu der Versammlung, die infolge ihrer ausgedehnten Tagesordnung unterbrochen und auf den 4. Februar verlegt werden mußte, hatten sich auch die Gewerbeamten, die Kollegen Hartl und Schäfer aus München,

eingefunden. Nach Erstattung des Jahres- und Kostenberichtes, die erfreulicherweise ein Bild fortwährender Entwickelung der hiesigen Filiale gaben, sowie nach Bekannt-

gabe des Revisionsbundes der Kasse und Bücher durch den Kollegen Schäfer aus München und Anerkennung beider Vorstands- und Ausschusmitglieder. Aus derselben gingen für die engere Verwaltung folgende Kollegen hervor: Anton März, erster Vorsitzender; Wih. Sigmund, erster Kassierer. In der auf den 4. Februar verlegten Versammlung behandelte Kollege Hartl in einem ausführlichen Referat die von der hiesigen Filiale beabsichtigte Anstellung eines eigenen Volksbeamten. Referent vertrittet sich in seinen Ausführungen über das reiche Arbeitsfeld der Organisationen einerseits und die Notwendigkeit und Zweckdienlichkeit tüchtiger Arbeitsträger zur Leitung unsangefangener Betriebsgeschäfte andererseits. Nur durch diesen Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmertum sei ihm eine vollkommen freie Entwicklung seiner Arbeitskraft im Dienste der Organisation möglich. Es sei nun für die Augsburger Kollegen vor allem aber eine Frage zu ventilieren, ob sie sich in ihrer Zusammengesetztheit als Verbandskollegen finanziell stark und eilig genug fühlen, zur Leitung ihrer Betriebsgeschäfte einen eigenen Geschäftsführer anzustellen und ausreichend zu befolgen. Die Versammlung beschloß die Angelegenheit in einer außerordentlichen Generalversammlung zum endgültigen Abschluß zu bringen. Als Delegierte zur Gaufkonferenz am 18. und 19. März in München werden entsendet die Kollegen März, Häser, Körting und Dönnich. Nach einem kräftigen Appell seitens des Vorsitzenden an die Mitglieder, allezeit intensiv an der Arbeit zu sein am inneren und äußeren Ausbau des Maurerverbandes zur Erreichung des gemeinsamen Ziels: Erhaltung der wirtschaftlichen Lage der Berufskollegen, Achtung und Anerkennung ihrer Menschenwürde durch die kapitalistische Gesellschaft, schloß der Vorsitzende mit einem begeisternd ausgesprochenen Hoch auf den Centralverband der Maurer die Versammlung.

Berlin. Die Rabitzbammer hielten am 7. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes; 2. Ausstellung von Kandidaten zum Sektionsvorstand; 3. Verabschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die vorhergehenden Kollegen durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Kollege Grundmann als Vorsitzender gab den Jahresbericht für die Gruppe der Rabitzbammer bekannt. Es haben stattgefunden: 11 reguläre und 1 außerordentliche Mitgliederversammlung, 16 Sektionsvorstandssitzungen, 10 erweiterte Sektionsvorstandssitzungen, 14 Vertretersitzungen, 8 Sitzungen der Schlichtungskommission; 2 Sitzungen vor dem Einigungsamt; 2 große Sitzungen mit dem Vorstand der Bauarbeiter bezüglich der Grenzstreitigkeiten und 1 kombinierte Versammlung mit den Spannern und Bürgern über die Altkarlsarbeit. An der Diskussion beteiligt sind einige Kollegen, die sich im allgemeinen mit dem Bericht einverstanden erklärten und meinten, in dem Bericht, der jetzt zu handen gekommen ist, müßte der Fasitus über die Entlohnung gestrichen werden; auch sollen in diesem Jahr mehr Vorträge gehalten werden als in dem vorigen. Ebenso soll der Sektionsvorstand mit dem Vorstand der Stoffwaren in Verbindung treten um die Rabitzbammer nicht mehr in Altkarls auszuführen. Der Kollege Bräuer stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, dem Vorstand Decharge zu erneien. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Kollege Grundmann gab bekannt, daß von der erweiterten Vorstandssitzung der vorgeschlagene Kollege Hartel Worbello zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Als Kandidaten zum Sektionsvorstand wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Zum ersten Vorsitzenden Kollege Grundmann und zum Kassierer Kollege Haele. Der Kollege Hermann Blume, der im vorigen Jahre ausgeschlossen wurde, erschien in der Versammlung und stellte den Antrag auf Wiederaufnahme, der Antrag wurde dem Sektionsvorstand zur weiteren Überprüfung überwiesen, dann folgte Schlüß der Versammlung um 12 Uhr.

Mittwoch, den 21. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der Rabitzbammer Charlottenburg. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung bestimmte Kollege Neuhauer, daß der Antrag der Zahlstellen, wonach Jahr zwei Kollegen aus der Leitung auszuschließen haben und Wiederwahl nicht zulässig ist, von dem Zweigverein abgelehnt werden sei. Neben der Wahl stehenden Kandidaten entwidete sich eine längere Diskussion, die damit endete, daß die vorgeschlagenen Kollegen gewählt wurden. Hierauf gab Kollege Heinrich Schwemmer den Bericht der Vertraterzung. Dann wurden Wirkstände auf Bauten kritisiert. Ein Kollege protestierte gegen neuen Ausdruck; er behauptet, er sei zu Unrecht ausgeschlossen worden. Die Verammlung stimmte den Ausführungen dieses Kollegens zu. Der Kollege Hartel Worbello, Bismarckstraße 50, gab bekannt, daß ein Kollege, der ebenfalls Buchholz heißt, dem Vorstand M. 5 pro Woche geboten habe, wenn er ihn in Arbeit stelle.

Brunzlau. Der hiesige Zweigverein hielt am 17. Februar eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die extreitidärme einmal gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Kupke einen Vortrag über: "Die Waffen im Kampf des Proletariats ums Recht". Die vorzüchlichen Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Die Versammlung beschloß ferner, daß der hiesige Zweigverein einen Beitrag für die Gewerkschaftsarbeit leistet. Zum Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit wurde der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit eingestimmt. Die Versammlung beschloß ferner, den Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit einzusehen. Zum Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit wurde der Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit eingestimmt. Die Versammlung beschloß ferner, den Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit einzusehen.

Danzig. Der hiesige Zweigverein hielt am 17. Februar eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die extreitidärme einmal gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Kupke einen Vortrag über: "Die Waffen im Kampf des Proletariats ums Recht". Die vorzüchlichen Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Die Versammlung beschloß ferner, daß der hiesige Zweigverein einen Beitrag für die Gewerkschaftsarbeit leistet. Zum Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit wurde der Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit eingestimmt. Die Versammlung beschloß ferner, den Bericht des Vorstandes und der Wahrung der Wahrung der Gewerkschaftsarbeit einzesehen.

schienen war, um uns über alle Verbandsangelegenheiten Aufklärung zu geben, was ihm auch zur Freude aller Mitglieder in vorzüglicher Weise gelang.

Darmstadt. (Fortschreibung.) Wie in den früheren Jahren, so war auch im Frühjahr des Geschäftsjahrs 1905 die Arbeitsgelegenheit schlecht, wie aus der Arbeitslosenzählung erschlich, die von der Organisation vom 16. Januar bis 16. März vorgenommen wurde. Die Arbeitslosenzählung erstreckt sich auf 20 Orte mit 822 Kollegen. Davon sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß der Ton und Glanz in den Händen der Maurer vortheilhaft sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissemassen gesammelt sind, bei einsetzende guter Baufortschritte den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in verschieden Zahlstellen geschehen. In Eberstadt und Nidda sind beriziert 524 Arbeitslos im Berufe waren 680, im Berufe tätig 163; anderweitig in Arbeit (Holzmaiden u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 368 Kollegen

vereins zufrieden sein kann, so darf man aber nicht vergessen, daß noch viel Arbeit geleistet werden muß; wohnen doch noch hunderte von Maurern in unserem Bezirk, die uns noch fernbleiben. Diese zu organisieren, muß die Parole eines jeden einzelnen Mitgliedes sein. Tut jeder seine Pflicht, so müssen wir das erreichen, was wir schon längst hätten erreichen müssen.

**Eckernförde.** Am 20. Februar fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt. Anwesend waren der Gauvorsteher der Maurer, Kollege Stöver, sowie der Gauvorsteher der Zimmerer, Kollege Holz. Von Vorstehenden wurde zunächst die Antwort der Junning auf unsere Forderung betrifft. Erhöhung des Lohnes von 48,- auf 50,- pro Stunde verlesen. Die Junning lautete folgendermaßen:

Eckernförde, den 2. Februar 1906.

In den Fachverein der Maurer und Zimmerer in Eckernförde-Borby, s. d. der Herren D. Jede und W. Stöden! Auf das Schreiben vom 18. v. Mts., betreffend Erhöhung des Stundenlohnes für Maurer und Zimmerer von 46,- auf 50,- teile ich Ihnen hierdurch mit, daß der Antrag in der vorliegenden Form in der gestern abgehaltenen Versammlung der Inhaber der hiesigen und Vorstehner Baugeschäfte abgelehnt wurde. Im Auftrage der letzteren teile ich Ihnen jedoch mit, daß die hiesigen Mitglieder der Junning „Baupolit.“ bereit sind, vom 1. April d. J. den Lohn für eine Stunde richtige Arbeitszeit von 48,- gültig für mindestens zwei Jahre festzulegen, mit der Bedingung, daß die selbständigen arbeitenden Mitglieder des Fachvereins den Stundenlohn auf 50,- festlegen. Die Forderung, die Löhne auf den Bauten auszuzahlen, muß den betreffenden Unternehmern und deren Beauftragten zur Regelung überlassen bleiben, gleichfalls die der Bauabben.

Im Auftrage der „Baupolit.“  
Voh. Reich.

Nach eingehender Debatte wurde auf Vorbehalt der beiden Gauvorsteher einstimmig beschlossen, den Weisern folgende Antwort zu unterbreiten: „Die am 20. Februar 1906 tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer hat Kenntnis genommen von dem Angebot der Junning, nach dem der Stundenlohn von 48,- für die beiden Jahre 1906 und 1907 vertraglich festgelegt werden soll. In Betracht der obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse lehnt die Versammlung das Angebot der Junning ab, unter dem Vorbehalt, zu gegebener Zeit die Forderung zu wiederholen.“ Naddem die Gauvorsteher und einige Erklärungen über die Lohnbewegung gegeben und die Versammlung aufgelöst hatten, ruhig der Dinge zu harren, die da kommen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Erlangen.** Am 11. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, die leider schlecht besucht war. Der Vorsteher, Kollege Fleischer, eröffnete die Versammlung unter Betonung des Jahresberichtes und betonte, daß die vorjährige Lohnbewegung nur teilweise Erfolg hatte, weil die Baupoljuntur nicht sehr günstig war. Die Unternehmer Pfannenmüller, Schmitt und Mühlhäuser genehmigten unsere Forderungen nicht, weshalb wir bei einer besseren Baupoljuntur nochmals vorstellig werden müßten. Vorauftischlich wurde die Baupoljuntur bald eine regere sein; denn 40,- Stundenlohn genügt nicht zu der teuren Lebensunterhaltung, die wir jetzt haben. Wir müßten deshalb gründliche Abstolzung vornehmen, hauptsächlich in den ländlichen Ortschaften; darum agitiert an allen Ecken und bei jeder Gelegenheit, damit wir im Frühjahr den Kampf besser führen können. Sodann verlas der Kassierer, Kollege Neubauer, den Tarif- und Jahresabrechnung. Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß verschiedene Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Der Kassierer machte auf vielseitiges Verlangen der Kollegen die über zwei Monate rückständigen Mitglieder namhaft. Einige Rückständige erklärten dem Kassierer, daß sie weiterzahlen würden, wenn sie wieder in Arbeit kämen. Es wurde der Antrag gestellt, den rückständigen Kollegen eine Frist bis zum 1. April d. J. zu geben. Wer bis zu diesem Termin nicht alles in Ordnung hat, wird nach dem Statut § 37c Abs. 1 und 2 behandelt. Eine größere Debatte entspans sich über die Beitragszahlung. Da verschiedene Kollegen von der Umgebung Erlangens in Fürth und Nürnberg beschäftigt sind, richtet sich deren Beitrag je nach der Lohnhöhe. Es ist für Erlangen am 25. Juni 1905 beschlossen worden, vom 1. Juli 1905 ab, den Beitrag auf 40,- festzusetzen, Kollege Meier rügte die Einschaltung von 30,- und 35,- Marken von Schöpflacher Kollegen, die auch in Nürnberg beschäftigt sind; und die nach dem Tarif höhere Beiträge zahlen müßten.

**Frankfurt a. M.** Der hiesige Zweigverein hielt am 20. Februar eine Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Befragung des Anwartschreibens der Unternehmer auf unsere im November d. J. eingerichtete Lohnforderung für 1906 und unsere Stellungnahme dazu. Dieses Thema sollte schon in der vorherigen Versammlung vom 6. Februar erledigt werden, doch waren außer dem Vorstand nur noch elf Mitglieder erschienen, und diesmal war es nicht viel besser; denn von 350 Mitgliedern waren nur 37 anwesend. Wahrscheinlich ein trauriges Zeichen! Man sollte es nicht für möglich halten, daß hier in der nächsten Nähe Berlin eine solche Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Kollegen anzutreffen wäre. Oder sind die Kollegen der Meinung, daß die Unternehmer aus freiem Antriebe die hiesigen Löhne erhöhen und auf den Bauten bessere Zustände einführen? Die Hälfte unserer Mitglieder wohnt in den umliegenden Orten und kommt zum großen Teil regelmäßig per Rad zur Arbeit nach Frankfurt; aber alle vier Wochen mal zwei oder drei Stunden für eine Versammlung zu opfern, das fällt ihnen nicht ein. Man könnte fast glauben, es mit ganz unzufriedenen Menschen aus Masuren oder Russland-Polen zu tun zu haben, die von dem Wert und Zweck der Organisation keine klasse Ahnung haben. So waren beispielweise anwesend von den Orten Trossingen von 44 Mitgliedern 1, von Woffenbach 24 Mitgliedern 1. Von Coburg, Woffenbach, Schweinfurt, Leipzig, Neu-Weißburg war gar kein Kollege erschienen. Und so war der Versammlungsablauf während des ganzen Winters. Da darf man sich nicht wundern, wenn hier Klassenbildung geahnt werden, wie sie in keinen Orte der Provinz vorkommen. Von einer Befragung des Anwartschreibens der Unternehmer wurde des schlechten Besuches wegen Abstand genommen. Kollege Paulke führte an der Hand

der veröffentlichten Statistiken den Kollegen vor Augen, wie rapide in den letzten Jahren die Preise der Lebensmittel gestiegen sind und nach Einführung des neuen Zolltarifs noch weiter steigen werden, womit unsere Lohnerschöpfungen der letzten Jahre lange nicht Schritt gehalten haben. Also ein Grund mehr, uns fest zusammenzuholzen, um für uns auch ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Nach Mitteilung des Vorstehenden, daß am 4. März zu Berlin die Landeskongress der Provinz Brandenburg stattfindet, wurde dazu Kollege G. Schulz als Delegierter gewählt.

**Frankfurt a. M.** In Offenbach tagte am 21. Februar eine stark besuchte Mitgliederversammlung. Dieselbe nahm Stellung zu dem Beitragspflichten der Verbandsmitglieder und zu den verschiedenen Durchrechnungen der tarifistischen Vereinbarungen. Der Kassierer des Zweigvereins Frankfurt a. M. Kollege Roth, hatte an beiden Punkten die Amtshandlung übernommen. Er führte aus, daß es im Zentralverband der Maurer Regel sei, daß der Verbandsbeitrag sich noch dem Stundenlohn richte. Durch die Lohnbewegung im Jahre 1904 im Zweigvereinsbezirk wurden die Stundenlöhne um 1 und 2,- gepeist. Dadurch sind die Verbandsmitglieder in eine höhere Beitragsklasse aufgerückt. Leider sei eine Opposition gegen die Beitrags Höhe zu konstatieren, und es sei eine Stimmung vorhanden, den bisherigen Totalzuschlag von 10,- auf 5,- zu reduzieren. Demgegenüber weist Redner mit treffenden Worten die Notwendigkeit des Totalzuschlags nach. Es habe sich schon bei der Ausprägung von 1904 die Notwendigkeit eines Mietzuschusses für verherrachte Kollegen in Stadt und Land herausgestellt und das werde sich in erhöhtem Maße in späteren Lohnkämpfen, welche infolge der niedrigen Lohnverhältnisse der Maurer im Bezirk nicht zu umgehen sind, zeigen. Die christliche Organisation suchte eine Beruhigung unter der Kollegenschaft herbeizuführen und zur Wonne habe der Zweigverein 15000 ausgeben müssen. Im Jahre 1908 laufe der Tarifvertrag ab und die Unternehmer haben sich in großer Zahl dem Arbeitgeberverband angeschlossen, dessen Prinzip es ist, die Arbeitgeberorganisation nicht anzugreifen. Die Abschließung von Tarifverträgen sei nur ein schlaues Schachzug; und die Unternehmer schweiz geblieben, indem alle Kollegen auf einen Posten verzichten. Der bisherige Vorsteher und der Kollege Möller sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß sich trotz des jährlinigen Bestehens des Zweigvereins kein Kollege bereit erklärte, einen Posten anzunehmen. Schließlich erklärte der Kollege Karl Kurzbach aus Freyhan dazu bereit, dem Posten eines Vorstandes zu übernehmen. Dieser Kollege wurde denn auch einstimmig dazu gewählt. Als Kassierer wurde Karl Kubrich aus Brudaußle mit 58 gegen 10 Stimmen gewählt. In „Verschiedenes“ erklärte Kollege Möller die Kollegen, sie möchten Sorge tragen, daß mehr Stabilität in den Zweigverein hineinkomme. Sodann erklärte die Lohnkommission, daß es der hiesigen Arbeitgeberverband bis jetzt noch nicht für nötig befunden habe, auf unsere Forderung betrifft besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu antworten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Wenn das Papier häufig wieder auf beiden Seiten bedruckt wird, dann die Aufnahme des Vertrags nicht erfolgen.)

**Freyhan.** Zum Schlus rückte der Vorsteher in die Versammlung ein, die Wonne, den neuen Vorstand in jeder Beziehung zu unterstützen; er selber aber mußte fehl am Platze liegen, da er am 27. September d. J. einen schweren Unfall erlitten habe, wodurch er hierzu gezwungen werde. Alsdann wurde zur Neuwahl des Vorstandes gefordert, indem alle Kollegen auf einen Posten verzichten. Der bisherige Vorsteher und der Kollege Möller sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß sich trotz des jährlinigen Bestehens des Zweigvereins kein Kollege bereit erklärte, einen Posten anzunehmen. Schließlich erklärte der Kollege Karl Kurzbach aus Freyhan dazu bereit, dem Posten eines Vorstandes zu übernehmen. Dieser Kollege wurde denn auch einstimmig dazu gewählt. Als Kassierer wurde Karl Kubrich aus Brudaußle mit 58 gegen 10 Stimmen gewählt. In „Verschiedenes“ erklärte Kollege Möller die Kollegen, sie möchten Sorge tragen, daß mehr Stabilität in den Zweigverein hineinkomme. Sodann erklärte die Lohnkommission, daß es der hiesigen Arbeitgeberverband bis jetzt noch nicht für nötig befunden habe, auf unsere Forderung betrifft besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu antworten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Wenn das Papier häufig wieder auf beiden Seiten bedruckt wird, dann die Aufnahme des Vertrags nicht erfolgen.)

**Göttingen.** Am 10. Februar tagte hier im Saale des Herrn Achilles die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Der Vorsitzende Roth rügte den schwachen Besuch dieser wichtigen Versammlung. Es wurde Stellung genommen zu dem Angebot der Unternehmer. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den bisher gezahlten Stundenlohn von 40,- auf 42,- zu erhöhen und einen Tarifvertrag bis zum 1. April 1908 abzuschließen. Nach einer langen Ansprache des Gauleiters, Kollegen G. Thome, der die Kollegen ermahnte, den Vertrag anzunehmen, sprach sich der Vorsitzende Roth dahin aus, daß das Angebot einen Fortschritt für uns bedeutet. Vor zwei Jahren hätten die Unternehmer sofort erklärt: „Wir verhandeln nicht mit Euch, wir verhandeln mit den Leuten, die bei uns arbeiten, mit weiter keinem.“ Jetzt endlich könnten wir auch dem Unternehmertum zeigen, was die Organisation bedeutet. Nach heftiger Debatte wurde das Angebot der Unternehmer angenommen. Dann gab der Kassierer Bertram den Jahresbericht bekannt, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Roth als Vorsitzender, Bertram als Kassierer. Dann folgte eine Befredigung über den Anschluß an eine Zentral-Krankenkasse. Es meldeten sich sofort 15 Mitglieder zur Aufnahme. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Mitglieder der Zentralkasse beitreten möchten.

**Gütersloh.** Am 11. Februar fand im „Desauer Hof“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die leider schwach besucht war. Trotzdem die hiesigen Kollegen keinen allzu hohen Lohn haben, halten sie es nicht der Würde wert, die Versammlungen zu besuchen. Sie lassen alles seinen ruhigen Lauf und meinen, wenn sie ihre Beiträge zahlen, sind sie tüchtige Mitglieder. Wir wollen aber hoffen und danach arbeiten, daß unser Zweigverein noch einmal so stark wird, als im vorigen Jahre, das zu unserer Befriedigung abschloß, indem wir durch die gute Fortpflanzung nur einige Kollegen mit wenigen Rückständen am Schluß des vorigen Jahres zu verzeichnen hatten. Es wurde beschlossen, am 25. Februar ein Stiftungsfest zu feiern und dazu auch die hiesigen Gewerkschaften einzuladen. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Goldschmidt der Antrag gestellt, den Jahresbericht im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M 607,70 und eine Ausgabe von 607,70. Die Totalkasse hatte eine Einnahme von M 123,52; der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug M 28,51; Summe der Einnahme M 152,03. Die Ausgabe betrug M 71,48, der Kassenbestand mithin am Schluß des Jahres M 80,55, wovon M 18,55 für Bücher in Abzug kommen. Versammlungen fanden 12 statt, ferner 7 Zweigvereinsvorstandssitzungen, 4 Revisoren durch die Revisoren und 4 Revisionen durch den Zweigvereinsvorstand. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vorletzten Jahres 22 und am Schluß des letzten Jahres 44. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 24, davon waren 5 schon einmal Mitglied; zum Militär eingezogen wurden 2 Mitglieder. Männer in diesem Jahre die Versammlungen besuchten.

**Krefeld.** Sonntag, den 18. Februar, fand im Gasthof „Zum Kuckuck“ in Colmberg eine leider schwach besuchte Gauversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage in Hessen, hielt Kollege Paul aus Dresden einen interessanten Vortrag. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ trittste Kollege Weigel die Wohlstände bei den hiesigen Bauunternehmern. Ebenfalls wurde das Verhalten der Maurer und Zimmerer betrifft. Die Kollegen sind nicht dazu zu bewegen, eine härtere Arbeitszeit anzustreben. Das ganze Jahr begnügen sich die Leute damit, nur eine halbe Stunde Mittag zu machen. Kollege Geißler wünschte eine rege Agitation, vielleicht seien auch diese Kollegen noch für uns zu gewinnen. Sodann wurde noch ergänzt, daß die Verbandskollegen noch bürgerliche Blätter lesen; es wäre doch Pflicht

eines jeden Kollegen, diejenige Zeitung zu lesen, die für seine Interessen eintritt und das seien die sozialdemokratischen Zeitungen. In seinem Schlusswort forderte Kollege Paul die Anwohner zur Agitation auf; das sei die heilige Pflicht jedes Arbeiters.

**Freyhan.** (Gahresbericht) Am 11. b. M. hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die hauptsächlich der Neuwahl gewidmet war. Vor Einführung in die Tagesordnung wurde das Amttenten des verstorbenen Kollegen Dittmann durch Erheben von den Plänen geehrt. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal des letzten Jahresberichts. Dem Kassierer wurde durch Erheben von den Plänen Enlastung erteilt. Alsdann eröffnete der erste Vorsteher Mohr, seinen Jahresbericht, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Trotz eifrigem Arbeits und Agitierens ist es nicht gelungen, alle Mitglieder an den Verband zu fesseln. Eine ganze Anzahl Kollegen mußte wegen Schulden gefeuert werden. Auch nicht alle Vorstandsmitglieder haben ihre Pflicht im vollen Maße genutzt. Trotzdem sie zu jeder Sitzung bestmöglich eingeladen wurden, hielten sie es nicht für nötig, zu erscheinen. Es wurden im verflossenen Jahre 14 Versammlungen abgehalten, und zwar fünf öffentliche und sieben Mitgliederversammlungen. Im Verlauf der Versammlungen machte sich eine große Laune bemerkbar, denn von 400 Mitgliedern, die der Zweigverein enthält, entfielen durchschnittlich höchstens 50 Mann auf jede Versammlung, was als durchaus schlecht bezeichnet werden muß. Weiter wird in dem Vorstandsbereich betont, daß in der nächsten Saison ein ganz anderer Geist unter die Kollegen gebracht werden müsse; denn da wir vor einem Kampfe stehen, bei es Sache eines jeden Kollegen, recht kräftig an dem Ausbau unserer Organisation mitzuwirken. Vorstandsbereich fanden 15 statt, und zwar 5 engere und 9 erweiterte. Das häufige Gehlen einzelner Kollegen wurde in dem Bericht getadelt. Zum Schlus rückte der Vorsteher in die Versammlung ein, die Witte, den neuen Vorstand in jeder Beziehung zu unterstützen; er selber aber mußte fehl am Platze liegen, da er am 27. September d. J. einen schweren Unfall erlitten habe, wodurch er hierzu gezwungen werde. Alsdann wurde zur Neuwahl des Vorstandes gefordert, indem alle Kollegen auf einen Posten verzichten. Der bisherige Vorsteher und der Kollege Möller sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß sich trotz des jährlinigen Bestehens des Zweigvereins kein Kollege bereit erklärte, einen Posten anzunehmen. Schließlich erklärte der Kollege Karl Kurzbach aus Freyhan dazu bereit, dem Posten eines Vorstandes zu übernehmen. Dieser Kollege wurde denn auch einstimmig dazu gewählt. Als Kassierer wurde Karl Kubrich aus Brudaußle mit 58 gegen 10 Stimmen gewählt. In „Verschiedenes“ erklärte Kollege Möller die Kollegen, sie möchten Sorge tragen, daß mehr Stabilität in den Zweigverein hineinkomme. Sodann erklärte die Lohnkommission, daß es der hiesigen Arbeitgeberverband bis jetzt noch nicht für nötig befunden habe, auf unsere Forderung betrifft besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu antworten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Wenn das Papier häufig wieder auf beiden Seiten bedruckt wird, dann die Aufnahme des Vertrags nicht erfolgen.)

**Göttingen.** Am 10. Februar tagte hier im Saale des Herrn Achilles die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Der Vorsitzende Roth rügte den schwachen Besuch dieser wichtigen Versammlung. Es wurde Stellung genommen zu dem Angebot der Unternehmer. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den bisher gezahlten Stundenlohn von 40,- auf 42,- zu erhöhen und einen Tarifvertrag bis zum 1. April 1908 abzuschließen. Nach einer langen Ansprache des Gauleiters, Kollegen G. Thome, der die Kollegen ermahnte, den Vertrag anzunehmen, sprach sich der Vorsitzende Roth dahin aus, daß das Angebot einen Fortschritt für uns bedeutet. Vor zwei Jahren hätten die Unternehmer sofort erklärt: „Wir verhandeln nicht mit Euch, wir verhandeln mit den Leuten, die bei uns arbeiten, mit weiter keinem.“ Jetzt endlich könnten wir auch dem Unternehmertum zeigen, was die Organisation bedeutet. Nach heftiger Debatte wurde das Angebot der Unternehmer angenommen. Dann gab der Kassierer Bertram den Jahresbericht bekannt, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Roth als Vorsitzender, Bertram als Kassierer. Dann folgte eine Befredigung über den Anschluß an eine Zentral-Krankenkasse. Es meldeten sich sofort 15 Mitglieder zur Aufnahme. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Mitglieder der Zentralkasse beitreten möchten.

**Gütersloh.** Am 11. Februar fand im „Desauer Hof“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die leider schwach besucht war. Trotzdem die hiesigen Kollegen keinen allzu hohen Lohn haben, halten sie es nicht der Würde wert, die Versammlungen zu besuchen. Sie lassen alles seinen ruhigen Lauf und meinen, wenn sie ihre Beiträge zahlen, sind sie tüchtige Mitglieder. Wir wollen aber hoffen und danach arbeiten, daß unser Zweigverein noch einmal so stark wird, als im vorigen Jahre, das zu unserer Befriedigung abschloß, indem wir durch die gute Fortpflanzung nur einige Kollegen mit wenigen Rückständen am Schluß des vorigen Jahres zu verzeichnen hatten. Es wurde beschlossen, am 25. Februar ein Stiftungsfest zu feiern und dazu auch die hiesigen Gewerkschaften einzuladen. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Goldschmidt der Antrag gestellt, den Jahresbericht im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M 607,70 und eine Ausgabe von 607,70. Die Totalkasse hatte eine Einnahme von M 123,52; der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug M 28,51; Summe der Einnahme M 152,03. Die Ausgabe betrug M 71,48, der Kassenbestand mithin am Schluß des Jahres M 80,55, wovon M 18,55 für Bücher in Abzug kommen. Versammlungen fanden 12 statt, ferner 7 Zweigvereinsvorstandssitzungen, 4 Revisoren durch die Revisoren und 4 Revisionen durch den Zweigvereinsvorstand. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vorletzten Jahres 22 und am Schluß des letzten Jahres 44. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 24, davon waren 5 schon einmal Mitglied; zum Militär eingezogen wurden 2 Mitglieder. Männer in diesem Jahre die Versammlungen besuchten.

**Halle a. d. S.** Am 20. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Zum ersten Punkt: "Die Lohnverhältnisse beim Maurermeister Henzel, Neubau Grube "Alwine" in Brändorf, berichtet Kollege Dege, folgendes: Der Maurermeister Henzel beschäftigt zur Zeit an diesem Neubau 58 Kollegen. Vor einiger Zeit (14 Tagen) hatte der Unternehmer den Lohn von 50,- auf 48,- pro Stunde gefordert, auch sollten die, die neu anfangen, nur 48,- pro Stunde erhalten. Die Lohnkürzungen wurden vollzogen und außerdem hielt der Unternehmer es nicht für nötig, die notwendigen Schutzberechtigungen und Abdeckungen herzustellen. Nachdem die Verbandsleitung über diese Zustände Kenntnis erhalten hatte, wurde sofort die Angelegenheit untersucht, und es ergab sich, daß 10 Kollegen 48,- und darunter erhielten, die übrigen Kollegen befahlen 50,-. Als man sofort bei dem Unternehmer vorstellig wurde, erklärte er, er würde davon nichts, daß hätte sein Baugehalter gemacht. (Denkt denn der Unternehmer, daß wir dies glauben?) Er erklärte sich bereit, den Lohn wieder zu erhöhen, was auch geschah. Mit Ausnahme von acht Kollegen, die teilweise Junggesellen und Invaliden sind, erhalten alle den höheren Lohn. Die Verbandsleitung erfuhr aber, sofort Mitteilung zu machen, wo die Unternehmer immer wieder versuchten, den Lohn zu füren. Damit darf nicht 14 Tage gewartet werden. Auf die mangelschafften Schutzberechte und Abdeckungen wurde der Unternehmer ebenfalls hingewiesen, und obendrein ist Anzeige erlaubt worden, da schon mehrere Unglücksfälle passiert sind. Sodann erstaute Kollege Dege den Bericht von der Gaukonferenz in Altenburg, der mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Auf Antrag des Kollegen Leopold stand die Stellungnahme zur Aufforderung auf der Tagesordnung. Kollege Wolf gab einen Rückblick bis zum Jahre 1899, wo die Aufforderung gänzlich befehligt war. Aufgrund des verloren gegangenen Streits im Jahre 1901 war es nicht möglich, diesen Beschluss aufrecht zu erhalten, und es haben sich nun innerhalb dieses Gestaltungszeitraums eingeschlissen, die auf jedem Fall abgeändert werden müssen. Redner empfahl, die Aufforderung zu befehligen. Eine große Anzahl Kollegen beteiligte sich an der lebhaften Debatte, in der die Rechts- und Schattenseiten im Betracht gezozen wurden. Ein Antrag, der bezog, nochmals die Aufforderung in einer der nächsten Versammlungen auf die Tagesordnung zu stellen und gleich nach Beendigung der Arbeit die Versammlung in einem größeren Lokale stattfinden zu lassen, damit alle Kollegen sich daran beteiligen können, wurde mit großer Majorität angenommen. In "Wertschöpfen" meldete sich der Kollege Wittsch zur Aufnahme in den Verband. Nachdem er versprochen hatte, die Verbandsabstimmungen sowie die Beschlüsse der Versammlungen anzuerkennen, wurde er wieder aufgenommen. Ein Unterstützungsbesuch des erkrankten Kollegen Dehne wurde abgelehnt, da er vom 1. März an wieder Krankenunterstützung laut Statut beziehen kann. Da am 22. Februar die Neuwahlen der Weißauer zum Annunzschiedsgericht stattfanden, wurden die Kollegen Gustav Richter und Karl Leopold als Weißauer, sowie Emil Kerssen und Louis Huhnrodt als Erzähnner ausgewählt. Ferner forderte der Vorsitzende nach, den Austritt aus der Landesstrophe zu bewertestellen. Nachdem noch einige Differenzenpunkte erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Härtlingen.** Am 18. Februar hielt die hiesigen Einzelmitglieder eine Versammlung ab. Anwesend waren 30 Mitglieder. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Berichterstattung über den Verlauf der Gaukonferenz in Karlsruhe. 2. Wahl von zwei Delegierten zu Steuerabstimmungen. Zum ersten Punkt erstaute der Vertrauensmann, Kollege Böbler, als Delegierter Bericht. Die Mitglieder sprachen ihre volle Zufriedenheit und den Herzlichen Dank dafür aus. Hierzu wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. Nachdem wurden die Kollegen Albert Wich und Berthold Hunnem als Weißauer gewählt. Dann wurde beschlossen, am 4. März in Hegenheim eine Präparationsversammlung abzuhalten.

**Berford.** Am 18. Februar wurde unsere regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten. Sie hatte sich hauptsächlich mit dem Antwortschreiben des Weißer zu beschäftigen. Aus dem Schreiben war zu ersehen, daß die Weißer, statt unsre Forderung von 43,- Stundenlohn zu bewilligen, nur 40,- Stundenlohn bewilligen wollten. Für Überstunden wollen sie 15,- pfl., für Nacharbeit 50,- pfl. und für Sonntagsarbeit 100,- pfl. Lohnzuschlag bewilligen. Hiermit war die Beratung nicht einverstanden. Doch wünschten die Kollegen die traurige Tatsache eingetragen, daß vor der Hand nichts zu machen sei, weil es die Kollegen noch nicht für nötig befunden haben, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, und weil auch die Christlichen uns in den Rücken gefallen sind. Jetzt arbeiten sie mit dem Centralverband zusammen einen Lohnarbeits von 43,- Stundenlohn aus; und nachher arbeiten diese Leute, unter sich nochmals einen Lohnarbeits auf 41,- Stundenlohn aus. Es wäre dieser Sommer hier leicht gewesen, den Lohn auf 43,- zu bringen, da die Bauhütte besser zu werden scheint. Hat doch schon der Fabrikant einer der größten Firmen gesagt: Wenn wir nicht bewilligen, dann gehen uns die Maurer sofortweise nach Bielefeld, weil sie dort 50,- pro Stunde verdienen. Es wurde beschlossen, vorläufig alles weitere der Lohnkommission zu überlassen. Weiter wurde beschlossen, Sonntag, den 25. Februar, eine Agitationstour nach Diebold und Eifum vorzunehmen.

**Hohenstein-Ernstthal.** Sonntag, den 11. Februar, hielten die hiesigen organisierten Maurer im Rathaus "Zur Freude" eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann erstaute Bericht über die Jahresrechnung. Bei der Wahl der Verwaltung wurden die Kollegen Robert Neumann als erster Vertrauensmann und Max Uhlig als Kassierer gewählt. Zur Gaukonferenz nach Altenburg wurde Robert Neumann als Delegierter gewählt. Hierdurch wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluss der Versammlung am 8. Dezember 1905 vom 1. März 1906 ab pro Woche 5,- Lohnzuschlag, also 85,- pro Woche, zu entrichten sind.

**Leipzig.** Die hiesigen Maurer hielten am 20. Februar eine Versammlung im Volkshaus ab, in der der Jahresbericht

des Vertrauensmannes und die Abrechnung über die Kostenabrechnung eingegangen waren. Aus dem Bericht war zu erkennen, daß die Bauaufgabe keine so lebhafte war, als in den Jahren zuvor. Im Jahr 1905 wurden 963 Neubauten errichtet, während im Jahr 1904 1129 gezählt wurden. Zur Mitgliederbewegung sei bemerkt: Im ersten Quartal 1905 waren 3504 Mitglieder vorhanden. Neu eingetreten sind 674, ausgetreten 349, abgereist 609, gehörten 21, ausgeschlossen 4, ausgetreten 99, wegen Vertragsbreche gestrichen 275, zum Militär 69. Dennoch beträgt die Mitgliedszahl jetzt 3450. Außerdem arbeiten 1166 Mitglieder aus unliegenden Zweigvereinen in Leipzig. Wohnungsbau erfolgte in 927 Fällen. Steuerunterstützung wurde an 48 Personen (31 Mitglieder und 27 Frauen) ausgezahlt. Krankenunterstützung erhielten 23 Kollegen in 11302 Tagen. 1848 Wochen durchschnittlich 47 Kollegen pro Woche. Der schriftliche Bericht umfaßt 668 Briefe und Postkarten. Zur Verbindung durch die Post gelangten 6565 Kreisblätter und 150 Buletins. Durch die Baupreise der Bauhütte arbeiteten waren 439 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen; 70 davon wurden unterschlagen. Außerdem machen sich drei Baupreise nötig. Die Ursachen waren: Maßregelung wegen des Weißauer schlechten Baubuchs sowie schlechte Behandlung. Aus denselben Gründen erfolgten in sieben Fällen Arbeitsniederlegungen, die durch Eingreifen der Organisation bald wieder beigelegt wurden. Aus dem Kassenbericht, der den Kollegen gebracht wurde, ist zu entnehmen, daß die Einnahme M. 277 960,- besteht, der einer Ausgabe von M. 241 688,- 17 gegenübersteht. Es verbleibt also ein Kassenstand von M. 36 272,-. Hierzu wurde bemerkt: Für die Ausgabe sei diesmal ein recht großer Kosten an die Haupfkasse vorhanden. Das Vermögen der Leipziger Maurer sei mit M. 387,41 zur Steuer herangezogen worden. Um nun den Kollegen Ausgaben nach dieser Seite hin zu erlauben, habe der Vertrauensmann im Einverständnis mit dem Agitationsskomitee diesen Beitrag an die Haupfkasse abgelöst. Am Schluß seines Berichtes wies Kollege Berthold noch auf den Verhandlungsabschluß hin, der die Kollegen verpflichtet, jede Lohnzehrde, die er vom Unternehmer hat, sofort zu melden, um gegen die Betreibenden energisch vorgehen zu können. Kollege Jacob bestätigte die Richtigkeit der Jahresabrechnung und berichtete über zwei Reklamationen. In einem Falle handelt es sich um einen Kollegen in Endenau, der noch M. 84 Rest hat. Dieser hat sich verpflichtet, in wöchentlichen Raten Abzahlung zu leisten. In dem anderen Falle handelt es sich um einen Kollegen in Sommerfeld. Mit dieser Angelegenheit werden sich die Kollegen noch in einer späteren Versammlung beschäftigen müssen. Als Bericht brachte man die Verträge nicht zu betrachten. Auch Redner wünschte die Sperrung zur Errichtung des eingebüßten Lohnes für notwendig. Auf die Anfrage des Kollegen Zwidau, wie die Volksaufsichtsbehörde angelebt ist und ob davon Gelder zum Volksbau genutzt werden, erwiderte Redner, daß nach dieser Seite hin eine Änderung einzutreten solle. Der Kollege Hager verteidigte die in Greiz bestehenden Unterstützungen. Der Kollege Dege-Halle führt aus: Wenn in manchen Zweigvereinen die Volksaufsichtsbehörde zur Agitation nicht ausreicht, so tragen die hohen Ausgaben für Kartelle und Arbeitssektariäte um einen großen Teil Schuld. Redner wünschte, daß hierin eine Befreiung eintrete. Mit der Tätigkeit des Gauwandes ist Redner einverstanden. Nur zum Kostenbericht meinte Redner, daß es richtig sei, wenn der Boten, Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, spezialisiert werde. Die hohen Ausgaben für Fahrgeld und Diäten legten Zeugnis ab für die vielen Reisen des Gauwandes. Zimmerman wäre doch zu prüfen, ob es nicht richtiger sei, daß der Gau geteilt werde. Redner verzweifelte den Ton in dem Verleih einiger Zweigvereine mit dem Gauwande.

Kollege Bömelburg sprach sich über den Sindring, den die Konferenz auf ihm gemacht hat, aus. Wenn einige Fragen über den Gauwandel gestellt werden sollen, so sei das erklärlich; denn einen Vorstand, der es jedem recht mache, gebe es nicht. Der Verteilung mit dem Gauwande werde durch die Verhältnisse gegeben. Um ungebärdigen seien die Kollegen, die eine Lohnbewegung verloren hätten. In diesen Fällen sollten jene die Kollegen doch einem besseren Ton angemessen. Ohne gegenseitige Erziehung geht es in der Arbeitserziehung nicht. Zur Weißauer Unterstützungen übergehend, bestreitet Redner den Redakteuren das Recht, in solchen gewerkschaftlichen Kämpfen die Taktik der Organisation zu kritisieren, wie es z. B. im "Halleischen Volksblatt" geschehen sei. Auch Kollege Bömelburg verurteilt das Führen von zwecklosen Kästen (einer Volkskasse und einer sogenannten Vergnügungskasse), dies hätte schon öfter zu Klagen Veranlassung gegeben. Regelmäßige besondere, nicht statutarische Unterstützungen an Orte seien zu verwerfen. Der Verband habe genügende Unterstützungen, wodurch die Pflicht der Organisation zu unterstützen, erfüllt sei. Weiß sei nicht nötig, wenn nicht die Organisation ihrem Kampfcharakter verlieren sollte. Am gefährlichsten sei die Schädigung der Unterstützungsstätte durch örtliche Zuwendungen. Wir müßten dafür sorgen, daß unser Verband eine Kampforganisation sei und bleibe. Die Wünsche der Kollegen, die Gauwandel öfters einmal in den Versammlungen zu sehen, könnten nicht erfüllt werden, weil die Geschäfte des Vorstandes es nicht gestatten. Er selbst sei im vorigen Jahr allein an 244 Tagen verreist gewesen. Ob dies für den Verband gerade gut sei, sei eine andere Frage. Redner schloß mit der Mahnung, man möge Hand in Hand mit dem Gau- und Gauwandel gehen, dann würden wir auch vorwärts kommen. Kollege Böhlum-Vangenberg war mit den Ausführungen Bömelburgs nicht recht einverstanden. Er war weiter dem Gauwandel vor, in Gera nicht vorwärts gekommen. Der Gauwandel hätte lieber Kunden angesehen.

Ein klares Bild über die Meinung der Leipziger Kollegen in dieser Angelegenheit hat dennoch die Annahme der Resolutionen nicht ergeben.

Gleichzeitig werden die Kollegen in Kenntnis gesetzt, daß sich das Bureau von Mitte März an im "Volkshaus", Cöln, befindet. Nr. 32, 2. Eig., befindet.

**Gau, Leipzig. (Konferenzericht)** Am 18. Februar fand in Altenburg die Gaukonferenz statt. Sie war von 82 Delegierten aus 75 Zweigvereinen besucht. Als Vertreter des Gauwandes war Kollege Bömelburg, und vom Nachbargau Dresden Kollege Neumann, anwesend. Nach erfolgter Direktwahl erstaute Kollege Jacob den Geschäftsbereich, dem folgendes zu entnehmen ist: Die Mitgliederaufnahme in den beiden Jahren beträgt 8922, so daß im ganzen Gau zur Zeit 16 712 Maurer organisiert sind. In beiden Jahren sind 18 Mitgliedschaften neugegründet worden, von denen eine (Modlich) bereits wieder eingegangen ist. Die Zahl der Mitgliedschaften im Gau beträgt zur Zeit 95. In beiden Jahren wurden in 75 Mitgliedschaften Lohnforderungen eingerichtet, davon wurden 55 durchgeführt. In 27 Fällen kam es zum Streit, von denen 23 zu Gunsten der Kollegen beendet worden sind. In 28 Fällen einigten sich die Kollegen mit den Unternehmern. 20 Mitgliedschaften verzichteten auf die Durchführung der Forderung. erreicht wurde für 18 069 Maurer 8,- Lohnzuschlag pro Stunde. Für 1866 Maurer eine Stunde Arbeitszeitverkürzung von 11 auf 10 Stunden pro Tag. Ferner wurde für 752 Maurer eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde, von 11 auf 10½ Stunden pro Tag erreicht. Für 154 Maurer wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden abgekürzt. Neben beachtet noch einige Mängel, die sich bemerkbar gemacht haben. Wenn auch in ein paar Mitgliedschaften die Eintragungen in die Staffelliste zu wünschen übrig lassen, so müßte doch festgestellt werden, daß es in dieser Beziehung besser geworden ist. Der ältere Wechsel der Vertrauenspersonen trage dazu bei, daß die Erledigung der Geschäfte nicht immer so glatt vor sich gehe. Bei Übergabe der Kassen geschäfte an die neuen Kassierer müsse in allen Fällen ein Protokoll angefertigt werden. Redner kritisiert noch die besonderen örtlichen Unterstützungsseinrichtungen in einzelnen Zweigvereinen und weiß nach, daß damit nicht das Gewinnreich erreicht wird. Derartige Einrichtungen müßten beseitigt werden, so daß nur die Verbands einrichtungen Geltung haben. In der nunmehr folgenden Debatte verteidigte Kollege Röhl die Krankenunterstützung der Weißenfelser Kollegen. Die Unterstützung wurde aus Extrabudgeten gedeckt, und diese Einrichtung sei nach Ansicht seiner Kollegen deshalb kein Verstoß gegen das Statut. Ferner führt Redner aus, daß der Gauwandel den Weißenfelser Kollegen nicht genügend Rechnung getragen habe, namentlich bei der vorjährigen Ausprägung. Kollege Bötel-Zwidau sprach sich in zuverlässiger Weise über die Verstärkung des Gauwandes aus und verbündete sich in längeren Ausführungen noch über die Extraverstärkungen. Redner kritisierte weiter einen Beschluß des Gauwandes, nach dem der Gauwandel mit den Bördelauer Kollegen nicht mehr zu tun haben will. Nachdem noch Kollege Leitz-Naumburg angefragt hatte, ob die Ausprägung in Weißenfelser Debatte verteidigt werden, bestätigte Kollege Jacob auf die bisher gemachten Ausführungen ein und verteidigte die Haltung des Gauwandes in Sachen Weißenfelser und Zwickau, indem er die Kollegen erläuterte, welche Bündnisse nicht wieder aufzugeben. Hätten die Weißenfelser Kollegen den Borschkälen des Gauwandes Folge geleistet, so würde der Ausgang der Ausprägung ein anderer gewesen sein. Der Beschluß des Gauwandes in Sachen Zwickau sei durch das Verhalten der Zwickauer Kollegen veranlaßt worden. Erwähnlich sei es aber, daß die Zwickauer Kollegen jetzt erklärt haben, daß nach dieser Seite hin eine Änderung einzutreten solle. Der Kollege Hager verteidigte die in Greiz bestehenden Unterstützungen. Der Kollege Dege-Halle führt aus: Wenn in manchen Zweigvereinen die Volksaufsichtsbehörde zur Agitation nicht ausreicht, so tragen die hohen Ausgaben für Kartelle und Arbeitssektariäte um einen großen Teil Schuld. Redner wünschte, daß hierin eine Befreiung eintrete. Mit der Tätigkeit des Gauwandes ist Redner einverstanden. Nur zum Kostenbericht meinte Redner, daß es richtig sei, wenn der Boten, Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, spezialisiert werde. Die hohen Ausgaben für Fahrgeld und Diäten legten Zeugnis ab für die vielen Reisen des Gauwandes. Zimmerman wäre doch zu prüfen, ob es nicht richtiger sei, daß der Gau geteilt werde. Redner verzweifelte den Ton in dem Verleih einiger Zweigvereine mit dem Gauwandel.

Formularen erfolgt. Auch nahm Redner den Gauvorstand die Christlichen nicht viel zu hoffen, denn Unter- und Ober-Gauvorsteine. Die Mitglieder des Gauvorstandes hätten das, was haben wir im Besitz; es könne höchstens der Schwarzwald in Frage kommen. Jedoch auch hier sei der Boden für die Christlichen ungünstig. Volksorganisationen haben wir sowiel wie gar keine zu verzeichnen; einige Maurer sind schon 15 bis 20 Jahre bei den Kirch-Untersuchungen organisiert. Horler hat ihnen gesagt, sie müssten nur ruhig dabeibleiben, denn diese Organisation hätte für uns keine Bedeutung und werde auch keine gewinnen. In bezug auf Belehrung zeigen die Kollegen zu wenig Energie. Horler verweist dabei auf die Bauarbeiterabschlußbestimmungen, die in Brochürenform zum Selbststempelpreis von 10,- herausgegeben wurden, so daß es jedem Kollegen möglich ist, einen Brief einer solchen Brochüre zu gelangen, und dennoch gäbe es heute noch eine Anzahl Kollegen, die es nicht für nötig halten, sich eine Brochüre zu beschaffen; die Schuld sei auch vielfach den Zweigvereinen zugeschoben, die die Schule nicht genügend unterstützen. Was in früheren Jahren verfaßt wurde, müsse unbedingt in diesem Jahre nachgeholt werden. Einzelne Zweigvereine waren zu wenig breitgestellt, sich selbstständig zu machen; die Zuschlagsstellenstände müßten mehr den "Grundstein" und Brochüren lesen, dann könnten sie auch die Verfaßungen sachlich gestalten. Da der Kassierer noch nicht anwesend war, so erfuhr Kollege Vogt die Delegierten, sich auf den Kassenbericht im "Grundstein" zu befreiten, womit sich die Delegierten zufrieden gaben. Hierauf wurde der Kassenbericht vom Kollegen Horler verlesen, und gleichzeitig einzelne Zweigvereine erfuhr, die Gaubetriebe zu entrichten, hauptsächlich die größeren Zweigvereine sollten mehr Disziplin zeigen. Der Hauptvorstand sei ja verschieden Zweigvereinen mit der Anstellung von Beamten entgegengestellt; die Zweigvereine, deren Volksfeste noch nicht genügend fundiert sind, möchten einen Bußgeldbeitrag einführen, damit sie ihre Ausgaben selbst befreien und sich einen Reservefonds schaffen könnten. Alsdann gelangte ein Antrag des Zweigvereins "Gaisberg" zur Verlezung, der so lautet:

"Den Zweigvereinen, die überall bestehende Kollegen haben, und die ihr Agitationssgebiet auf mehr als 25 km im Umkreis, vom Hauptort gerechnet, ausdehnen, sollen die dadurch entstehenden Untosten bei der Entrichtung des Gaubeitrages in Rechnung gebracht werden." Dieser Antrag bemerkte Redner, daß im Monat März ein Bußgeldblatt vom Hauptvorstand herausgegeben werde. Damit dessen Verbreitung recht exakt vor sich geht, müßten die Kollegen jetzt schon die nötigen Vorarbeiten machen. Bei der Agitation in diesem Jahre könne es sich nur darum drehen, in den Orten vorzugehen, wo schon Mitgliedschaften bestehen und die Zahl der Organisierten in einem Verhältnis steht zu der Zahl der Beschäftigten. Ferner sollte auch der Lebhaftungsfrage eine größere Bedeutung geschenkt werden, und würden in dieser Sache noch Erhebungen angezeigt werden. Kollege Bömelburg ergänzte diese Ausführungen und wünschte, daß in den Orten Blaau, Chemnitz und Witten alles aufgeboten werde, um die zehnstündige Arbeitszeit zu erreichen. Über den Wert der verkürzten Arbeitszeit folgte im August eine Brochüre im Preise von 10,- verbreitet werden. Redner machte noch einige Vorschläge zur Agitation und versprach, die Kosten dafür auf die Gau- oder Hauptkasse zu übernehmen. In solchen Fällen sei das Einvernehmen mit dem Gauvorstand erforderlich. Die Teilung des Gaus, wie sie von den Kollegen aus Halle gewünscht werde, müsse mit Rücksicht auf die geographische Lage und auch aus Zweckmäßigkeitsgründen unterbleiben, ferner rügte Redner das statutenwidrige Verhalten der Kollegen in Greiz in Sachen der Gaubetriebe. Die Delegierten aus Halle, Blaau, Glauchau und Döbeln berichteten über örtliche Verhältnisse und erwarteten zur Bereitung einer besseren Agitation Zuwendungen aus dem Gauhaus. Zum Punkt: "Allgemeine Anträge", beschloß die Konferenz, dem Antrag Blaau, Befreiung der Agitationssgebiete der einzelnen Zweigvereine, stattzugeben. Der Antrag Halle, der die Teilung des Gaus forderte, wurde zurückgezogen. Die anderen Anträge aus Naumburg, Biedenkopf und Mülsen hatten sich durch die Tagesordnung schon erledigt, oder es mußte ihnen, weil statutenwidrig, die Unterstüzung veragt werden. Auf Antrag Bömelburgs wurde beflossen, das Gehalt des Vorjahrens vom 1. Mai vorigen Jahres ab auf monatlich M. 170 zu erhöhen.

Die Neuwahl des Gauvorstandes ergab folgendes Resultat: Kollege Jacob, Vorsitzender; Kollege Berthold, Kassierer, Kollege Koch, Schriftführer; Beißiger; die Kollegen Kießling, Leipzig und Nörvenich. Als Neuvorosen wurden die Kölner Kollegen Fischer, Haferkorn und Gießel gewählt.

Damit erreichte die Konferenz um 8½ Uhr ihr Ende.

**Gau Mannheim.** (Konferenzerbericht). Eine Konferenz des Gaus Mannheim tagte am 11. Februar im Restaurant Mohrlein in Karlsruhe. Vertreten waren 24 Zweigvereine durch 82 Delegierte. Vom Gauvorstand waren fünf Kollegen und als Gäste H. Stolle, Vertreter des Gaus Stuttgart, O. Füller, Vertreter des Verbandes der Bauarbeiter, vom Hauptvorstand Kollege Bömelburg erschienen. Mit einer Begrüßung der anwesenden Delegierten wurde die Konferenz um 10½ Uhr durch den Gauleiter Horler eröffnet. Kollege Horler sprach hierauf seine Zustiefenheit über die Entwicklung seines Gaus seit der letzten Konferenz aus. Besonders Karlsruhe habe sich so entwickelt, daß eine Mitgliederzunahme nicht mehr zu erwarten sei. In bezug auf Klassenhöhe gehört unser Bezirk zu den schlechtesten des Deutschen Reiches, da wir nicht weniger als 30 Lohnklassen zu verzeichnen haben. Auch über Buch- und Kaufsführung wurde seitens Horlers Klage gefüllt, da immer noch verschiedene Zweigvereine die Abrechnung und das Abfinden der Gelder nicht rechtzeitig befreigten. Er habe deswegen Büchare verhandelt, wobei die Zweigvereine aufgefordert werden, die Gelder monatlich abzuliefern, wie dies das Statut vorschreibt. Für die Zukunft müßten die Vorständen sowie die Revisoren bei Kassenanträgen ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden; auch die Hülfställer müßten jede Woche abrechnen, was ganz besonders den Kassierern zur Kenntnis bringen möchte. Sollte dieses ferner keine Bedeutung finden, so würden vom Gauvorstand Revisionen auf Kosten der Zweigvereine angeordnet werden. Infolge der Erstaltung unserer Organisation hätten sich auch die Unternehmer organisiert, was gerade nicht zu bedauern sei, da bei Lohnbewegungen dann besser zu unterhandeln sei. In elf Zweigvereinen haben die Unternehmer im letzten Jahre unsere Organisation anerkannt, und weitere werden noch folgen; der Einfluß in den einzelnen Orten ist groß. Die Kollegen müßten sich also organisieren und dafür sorgen, daß ihre Organisation anerkannt werde. Den Christlichen schenkt Horler keine Beachtung, und er erfuhr, die Delegierten, ihm darin nachzuahmen. Im Heidelberger Gebiet seien die Christlichen zum großen Teile zu uns übergetreten; er glaubt auch, daß die übrigen in futurer Zeit folgen werden. In Speyer haben sie sich als Streitbrecher entpuppt und sind nachträglich vor Gericht als Zeugen gegen unsere Kollegen aufgetreten. In unserem Gau haben

belebungen zu sprechen und gab eine übersichtliche Erklärung über Beginn des Streits, was zu seiner Führung notwendig ist, wann der Streit abgebrochen werden muß und wie die Arbeit aufzunehmen ist. Vor allem aber dürfe ohne Genehmigung des Gauvorstandes nichts unternommen werden. Kollege Vogt hatte das Referat über die Agitation übernommen. Die Ausdehnung der Agitation habe gegen früher bedeutende Fortschritte gemacht; der heutigen Mitgliederzahl entsprechen müsse also doch gesagt werden, daß es möglich sei, zu organisieren. Der Referent gab die Zahl der organisierten Kollegen von jedem Zweigverein bekannt und gleichzeitig die Zahl derjenigen, die dem Verband noch fern stehen. Ferner machte er Vorschläge, wie die Indifferenzen am besten dem Verbande zugutezu führen sind. Um die Belehrung und Aufklärung der Mitglieder möglichst zu fördern, sei es notwendig, daß sie viele gute Bücher lesen. Außerdem müßten möglichst viele Versammlungen abgehalten und den einzelnen Zweigvereinen Redner zur Verfügung gestellt werden. Auch die Verbreitung von Blättern sei zu empfehlen. Um die Christlichen sollte man sich im allgemeinen nicht viel kümmern. In die Zweigvereinsgebiete, die keine Beamten haben, seien vielleicht einige rednerische Begabte auf drei bis vier Wochen zu senden, um sie zu bearbeiten. Kollege Philipp sprach das Baudelegiertenystem und ersuchte um seine bessere Ausgestaltung, denn gerade durch die Baudelegierten könne die Agitation gefördert werden.

In dem Gauvorstand wurden gewählt: R. Horler, Vorsitzender; A. Müller, Kassierer; B. Eberle, Beißiger; Dr. Niedermayr, Vongner, A. Füller, Revisor.

Das Gehalt der Gauleitung wurde mit Rückwirkung vom 1. Mai 1905 um M. 20 erhöht, weil der Kollege Horler über die übrigen Gauvorstände gleichgestellt sein soll. Dem Kassierer wurde für seine dreijährige Tätigkeit eine Gratifikation von M. 100 gewährt. Mit Wirkung des Beschlusses vom 11. Februar 1906 wurden die Diäten wie folgt festgesetzt: Für einen Tag mit Übernachtung auf M. 7, für einen Tag ohne Übernachtung auf M. 5 und für einen halben Tag ohne Übernachtung auf M. 3.

Hierauf wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung geschlossen.

**Melle.** Am 19. Februar hielt unter hiesiger Zweigverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Günther führte die Mitglieder in die Verhandlung der Kommission mit den Unternehmern einander. Die Unternehmer wöhnen sich auf die von uns gestellte Forderung nicht einzulassen. Sie wollen vielmehr den Stundenlohn auf 82½ Pf. herabsetzen. Es wurde beschlossen, an dem geforderten Stundenlohn von 85 Pf. festzuhalten. Als Delegierten zum Gautag nach Bremen, der am 26. März stattfindet, wurde Kollege Heinrich Müllmann gewählt.

**Wittenbörne.** Sonntag, den 7. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung in Neulengenwohl ab, die nicht gut besucht war. Der Kassierer verlas querst den Kassenbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Beide wurden von den Delegierten bestätigt. Sodann wurde nochmals über den Lohntarif diskutiert und dieser einer kleinen Änderung unterzogen, weil jener von den Bauunternehmern einige weigerten, ihn zu unterschreiben. Die Wahl eines Delegierten zu der Konferenz nach Berlin fiel auf den Kollegen Volz, an dessen Stelle im Fall einer Krankheit Kollege Haag tritt. Für Reisegeld und Bezugspfosten wurden M. 3 bewilligt. "Berichtigtes" wurde beschlossen, bei einer Beerdigung daß jeder Kollege zu erscheinen; die Kollegen, die nicht daran teilnehmen und keinen triftigen Grund dafür haben, sollen M. 4 zahlen. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Volksstelle aufrecht erhalten wird.

**Mülheim a. d. Ruhr.** In der "Baugewerkschaft" Nr. 8 befindet sich ein Artikel mit der Spitznamen: "Wie die Freien agitieren". In diesem wird uns eine Schauermärktezählung, wie doch die armen "Christen" von der teuflischen roten Gesellschaft aufgerufen werden sollen. Anlaß hierzu ist, daß der Kollege Reinhold Schentendorf aus dem christlichen Verbände zu uns übergetreten ist. Wenn der Schreiber in der "Baugewerkschaft" von einem Diebstahl spricht, so ist dieses doch etwas zu stark, um es so durchzuspielen zu lassen. Der betreffende Kollege ging bei einer Festlichkeit mit mehreren seiner Landsleute in unter Verkehrsstolz, wobei es, wie von organisierten Kollegen nichts anders zu erwarten, das Gespräch auf die Organisation kam. Genannter Kollege erklärte sich bereit, zu übertraten, wenn ihm seine Verbandszeit in der christlichen Organisation angerechnet würde. Da unsere Kollegen keine Hammelherde sind, sondern Leute, die ihre Organisationsstatut kennen, so konnte dem Kollegen eine angenehme Antwort gegeben werden. Es ist also deshalb schwierig, darüber zu urteilen, ob das Buch, da Kollege Schentendorf es nicht überbrückt, der Zweigvereinsleistung übergeben wurde und die den Übertritt bewertete. Es ist also Dummkheit oder Schlechtigkeit, von Diebstahl zu reden, weil der Kollege anstandslos seine Wintermarschbeitragsliste lebt; würde dieses Delikt vorhanden sein, so würde sich der Kollege schwer hüten, bei den Personen, die ihn befreit haben, auch noch Beiträge zu zahlen. Der Grund seines Musters ist vielleicht, wie mir der Kollege erst vor ein paar Tagen sagte, die unchristliche und schlechte Behandlung, die er von seiner früheren Organisation erdulden mußte. Dieses der wahre Sachverhalt, erklärte Christ. Weil wir nun einmal dabei sind, wollen wir auch gleich noch eine alte Abrechnung begleichen. Zur vorigen Frühjahr erklärte mir ein Hülfställer, daß ein Teil der Mitglieder in seinem Bezirk "neue Mitgliedsbücher" und zwar vom christlichen Verband in Händen hätte. Auf Nachfragen stellte sich heraus, daß der christliche Kölner, "Leuen" Angedenktafel leitens der christlichen Organisation, den unteren Büchern abgenommen und waren direkt wieder ausgetauscht habe. Auf Vorstellung eines übergeschriebenen Kollegen wurden die Bücher nicht zurückgegeben. Tatsache ist, daß jetzt verschiedene wieder zu uns übergetreten sind. Als in einer öffentlichen Versammlung von uns dieses unter Angabe des Namens gekennzeichnet wurde, man sich dumm. Als man in dieser Sache dem Vorstand der christlichen Organisation mit Beweisen dienen wollte, erklärte Kölner, daß dieses von seiner Orts-

Kraft bei Lohnbewegungen. Die Lohnbewegungen waren die letzten Jahre äußerst lebhaft. Von 30 Zweigvereinen hatten im Jahre 1905 17 Lohnbewegungen. In 11 Zweigvereinen und 5 weiteren Orten wurden Tarife abgeschlossen. Die Tarife umfassen 40 Orte; für 11000 Maurer wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6½ pro Stunde erreicht; für 5000 wurde die Arbeitszeit verkürzt. In 38 Orten wurde noch über zehn Stunden gearbeitet. Hier müßte vor allem im Jahre 1906 darauf geachtet werden, daß die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt werde. Im Jahre 1905 wurde in ganz radikaler Weise in einigen Orten die zehnstündige Arbeitszeit durchgesetzt, indem beschlossen wurde, um 6 Uhr aufzuhören; der Beschluß wurde auch einmütig zur Durchführung gebracht. Redner kam dann auf die Vorarbeiten bei Lohn-

ganisation abgelehnt sei. Wie nennt man ein solches Vorgehen mit dem richtigen Namen, verehrte Zentralchristen? Weiter ist es wohl angebracht, noch einen Fall am evangelischen Vereinshaus der Christenheit zu entrichten. Als nach langem Hin- und Herreden zwischen einem Zentral- und christlichen Verbündeten, ersterer sein Buch vorzeigte, was schnell der andere bereit, ihm dieses abzunehmen, doch wurde dem „Christen“ so deutlich, wenn auch nicht mit dem Baumsaal, so doch durch ein anderes Mittel zu verstehen gegeben, daß er an die falsche Adresse geraten sei. Wir hätten von allem kein Wort fallen lassen, wenn man von jener Seite nicht solche Dinge aufgetischt hätte. Hrust! Du meinen Judentum, hau ich Deinen! Wir werben in Zukunft in derselben Weise verfahrt. (Anmerkung der Redaktion: Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn die „Vereinigung gewerkschaft“ als solche gebrandmarkt werden, nur meinen wir, daß man damit nicht unser Blatt belästigen sollte. Man sollte vielmehr in allen Fällen, wo die „Vereinigung gewerkschaft“ von der Arbeit abweicht, dieses Blatt auf Grund des Preßgesetzes zwingen, den wahren Tatbestand zu bringen. Wir meinen, dies sei das beste Mittel, die „Christen“ zur Wahrheit zu erziehen.) Es hat sich aber auch jetzt schon in Würzburg gezeigt, welche Organisation sich bei dem Unternehmertum Respekt zu verschaffen weiß. Wir werben auch ferner darauf hinzu, daß jeder etwas denkfähige Kollege solcher Organisation den Rücken lehnt und sich dem Zentralverband anschliebt. Möge dann die Handball verbündete Zentralgewerkschafter so lange bilden, als es ihr Spaß macht.

**Mühlhausen i. Thür.** Freitag, den 16. Februar, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Zunächst hielt Kollege Kinderbauer einen einstündigem Vortrag über das Thema: „Arbeitsgebot und Arbeiterklasse“. Redner führt aus, das Geboren eines Teiles der Unternehmer am Ort, insbesondere das Verhalten und die Tätigkeit des Maurermeisters Groß, treibe ihn dazu, dieses Thema zu behandeln. Nachdem sich die Arbeiterorganisationen eine mächtig gebildete Stellung gegenüber den Unternehmerorganisationen errungen hätten, und ein Teil der Unternehmer zu der Einigkeit gekommen waren, daß auf die Dauer nichts gegen die Arbeiterorganisationen auszurechnen sei, versuchten sie es mit einem anderen Mittel, um einen Teil zwischen den Arbeitern zu trennen und Uneinigkeiten unter ihnen hervorzurufen. Insbesondere versuchte es Meister Groß, in seinen Gesellen die Schrift nach der guten alten Zeit wachzurufen. Er ergähzte ihnen wie es wünschte doch so schön gewesen sei; es häste da wenigstens noch etwas Harmonie zwischen Meistern und Gesellen bestanden. Jetzt sei es anders geworden. Die Gesellen möchten sich doch einmal ihre Kranthalöse ansehen, wie weit es damit gekommen sei; sie können kaum noch bestehen. Herr Groß stellte es so hin, als ob die bösen Verbandsgefechte, die im Vorjahr gesessen haben und noch sitzen, schuld hieran seien. Kollege Kinderbauer führte demgegenüber aus, daß nur die Unternehmer allein im Bunde mit der Regierung daran schuld seien, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr besteht. Auch habe es die wirtschaftliche Entwicklung mit sich gebracht, daß es jetzt anders sei. An Stelle der Handwerksbetriebe, in welchen früher die Meister zum größten Teil noch mit arbeiten, seien jetzt große Fabrikbetriebe und Unternehmungen getreten. Diese Unternehmungen würden von Direktoren und Meistern geleitet, so daß die Arbeiter manchmal den Unternehmer nicht einmal kennen. Auch habe heute der Unternehmer kein Mitgefühl mehr mit den Arbeitern. Er deutet sie nach allen Regeln der Kunst aus und befimmere sich den Teufel darum, ob es dem Arbeiter gut oder schlecht gehe. Im Gegenteil, wenn er nicht mehr genug leisten könne, werfe man ihn aufs Pfaster. Wenn man sich jetzt das Verhalten der Regierung und der gegnerischen Parteien ansieht, dann würden den Arbeitern die Augen schon geöffnet werden. Man lasse es den Arbeitern so recht spüren, daß er zur Klasse der Reichen gehöre. Man habe in unserem lieben Vaterlande wohl Pflichten zu erfüllen, aber man habe keine Rechte. Die fortwährende Verschlechterung des Wahlrechts zu Ungunsten der Arbeiter sei der beste Beweis dafür. Ferner sollte man sich jetzt die Folgen des Bollartars ansehen: statt daß sich der Arbeiter besser nähren und Kleider könne, trete jetzt das Umgekehrte ein. Die Folge davon sei, daß der Konsum zurückgehe, und das rufe große Arbeitslosigkeit hervor. Not und Elend sei die Zukunft des Arbeiters. Das ist ein Teil der Unternehmer angehörig einer solchen Situation den Verlust macht. Moralpredigten zu halten, um die Arbeiter zur Umkehr zu bewegen, sei ein unsinniges Beginnen. Ebenso, wie es unsinnig sei, christliche Organisationen zu gründen, nachdem sich die freien Gewerkschaften zu einer solchen Stärke entwickelt hätten. Diese Gegenorganisationen würden nur gegründet, um dem Unternehmertum Hinterbänke zu leisten. Der größte Teil der Arbeiter habe aber seine Lage erkannt, und sein Mittel würde ihn abhalten von dem Kampfe für bessere Lohn und Arbeitsbedingungen, für Freiheit und Recht. Vor allem aber müsse der Staats- und Beutezug der herrschenden Gesellschaft, der in dem Bollartar zum Ausdruck kommt, damit beantwortet werden. Lohnforderungen zu stellen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ungehorende Kämpfe würden geführt werden müssen. Wir aber müssten beitreten daran denken, unsere Kriegslasse zu füllen; denn zum Kampf gehören auch Geld. Klaren Bildes müßten wir in die Zukunft schauen, dann würden uns auch Erfolge sicher sein. Reiches Beispiel lobte den Redner für seine Ausführungen. Hierauf wurde die Einführung einer Einheitsmarke von 40 Pf. beschlossen. Die Lofatkondomarken werden also abgeschafft. Die Kollegen bezahlten infolgedessen pro Woche 2 Pf. über pro Jahr bei 40 Beitragsblättern 80 Pf. mehr. Im Wintervierteljahr wird demnach nichts mehr bezahlt. Die Notwendigkeit dieser Neuerung wurde damit begründet, daß sich ein Teil der Kollegen geweigert hat, den bisherigen Lofatkondomarken von monatlich 10 Pf. zu bezahlen. Dies müsse anders werden; es müsse heißen: „Gleiche Drüber, gleiche Rappen.“ Wir müßten in Zukunft darauf bedacht sein, mehr Agitation zu betreiben, wir müßten hinaussehen aufs Dorf, damit auch diese Kollegen der Organisation zugeführt würden. Bei der Tariferneu-

rung im nächsten Jahre müßten wir geschlossen dastehen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Versammlungen, die nunmehr wieder Freitag stattfinden, regelmäßig und zahlreich besucht werden möchten.

**Nortorf.** Die hiesigen Mitglieder haben beschlossen, eine Forderung an die Meister zu stellen. Der Lohn soll von 42 Pf. auf 45 Pf. pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden verkürzt werden. Ferner soll auf jedem Neubau eine Baubude mit Tischen und Bänken vorhanden sein, ebenso Abort und Verbandsküche mit Verbandsstühlen. Für Landarbeit wird ein Stundenlohn von 33 Pf. nebst voller Belohnung gefordert. Wird weiter als 7 Kilometer im Umkreis gearbeitet, so wird ein Landgeld von 5 Pf. pro Kilometer bezahlt. Maßregelung darf unter keinen Umständen stattfinden.

**Nortorf.** Am 18. Februar fand hier eine außerordentliche Versammlung unseres Zweigvereins statt. Sie war nicht gut besucht. Die Kollegen von Hollensen, von denen nur ein Kollege erachteten war, halten es nicht für nötig, eine Versammlung zu beschließen. Ihnen wäre sehr zu empfehlen, daß sie einmal einer Versammlung beitreten würden; denn von den 43 Kollegen findet sich nicht einmal einer bereit, den „Grundstein“ zu verbergen. Als Delegierte nach Hannover wurden die Kollegen Sölling und Kaufhold gewählt. Hierauf wurde über eine Agitationsschlacht nach Hillerich gesprochen; zwei Kollegen erklärten sich bereit, diese Arbeit zu übernehmen. Alsdann wurden die Kollegen Maile aus Gitterbaum A. 4 für die Kolportage gewählt. In „Verchiedenes“ ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden zum fleißigeren Besuch der Versammlungen und schloß dann die Versammlung um 6 Uhr.

**Pinne.** (Zum Kapitel: Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen) Der Herr Bürgermeister Wohlt in Pinne hat gerufen, den Gaukongress Brücke dabei zu bescheiden, sich am 31. Januar nach seiner Amtsstube zu verfügen. Dort eröffnete er ihm, daß er sein Amt nicht mehr den Mauern zu Versammlungen zur Verfügung stellen dürfe, denn diese seien „Demokratien“, die häften Flugschriften und Agitationsskalender in ihrem Besitz und dies gefährde die Ordnung, Religion und gute Sitten. — Der Gaukongress hat aber seine Zuständigkeit in der Arbeiterklasse und wagte das gegen den Stadtwächtligen zu erwähnen. Der Stadtverordnete von Pinne stellte aber dem Gaukongress in Aussicht, daß er, wenn er sein Amt nochmals hergebe, Konkurrenzschwierigkeiten zu gemäßigt habe. Brücke mußte versprechen, seine Pläne lieferlich zu lassen. Eine halbe Stunde später erschienen die übrigen Lokalinhäber. Ihnen wurde eröffnet, daß, wenn sie ihre Lokale ebenfalls nicht den Mauern gäben, dann die Demokratien verübt seien. Zum Wimmer glauben nun, es würde durch die Weisheit des Stadtoberhauptes gelingen, den Arbeitern bis Ende der Welt nach ihrem Wohlgefallen das Fell über die Ohren zu ziehen. Auch die Kollegen in Grünberg i. P. haben seit Jahren einen Kampf um ein Amt. Haben sie einmal eins, so werden die schofeliesten Mittel angewandt, um es ihnen wieder zu entreißen. In letzter Zeit hielt sie lt. Sauer (18 Km von Grünberg) ihre Versammlungen ab. Dieses Amt hat jetzt einen neuen Besitzer erhalten. Bei Aufstellung des Konkurses wurde diesem Lokalhaber angezeigt, daß der Konkurs davon abhängt gemacht würde, daß der Sozial-Arbeiterversammlungen nicht mehr hergegeben wird. Wenn die Herren Rechtsbeichter denken, daß sie damit die Arbeiterbewegung erdrücken können, so mag ihnen gesagt sein; wenn sie bereits verfaul sind, wird der Zentralverband der Mauer Deutschlands noch immer wirken und kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, auch in der „Östmark“.

**Rathenow.** Sonntag, den 18. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Hanke aus Berlin über die Schäden der Alfordarbeit in unserem Betrieb referierte. Da im vorigen Jahre die Alfordarbeit hier an Orte einen Höhepunkt erreicht hatte, wie noch nie zuvor, so war es ein breitpendiges Bedürfnis geworden, diesen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Dem ausgezeichneten Referenten saß sich eine äußerst lebhafte Debatte an, in der die meisten Redner dem Referenten zustimmten. Eine vom Vorsitzenden angegebene Abstimmung ergab, daß nur drei Kollegen für die Beibehaltung der Alfordarbeit stimmten. Der Vorsitzende legte nun den Kollegen dringend ans Herz, diesen Beschuß unter allen Umständen hochzuhalten. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Mauer geflossen. Ferner ist noch zu berichten, daß die Kollegen der Hülfsschule Höhnow den Unternehmern eine Forderung zu stellen wollen. Sie lautet: 35 Pf. Mindestlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. In Frage kommen 18 organisierte und 8 unorganisierte Kollegen, von denen einige ihr jetztes Versprechen abgegeben haben, sich unserem Verbande anzuschließen.

**Salzwedel.** Ein preußischer Landrat als Gewerkschaftsagitatator. Der Landrat des Kreises Salzwedel, Herr v. d. Schulenburg, hatte zum 28. Januar dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr, sämtliche Mauer und Zimmerer von Salzwedel durch den Bauunternehmer Neuling zu einer Versprechung auf das Landratsamt eingeladen. Dieser Einladung waren 23 Mauerer, 2 Zimmerer und ein Töpfer gefolgt. Der Herr Landrat brachte zunächst seine Freude darüber aus, daß so viele der Gedachten erschienen seien. Alsdann rückte er mit seinem Anliegen heraus. Es handle sich darum, einen neuen Gewerbeverein zu gründen, mit dem Herrn Landrat als Vorsitzenden. Es sei beabsichtigt, daß der Bauhandwerker dem sozialdemokratischen Verband angehören, in dem ihnen die Liebe zum Vaterland, zu Kaiser und Reich verloren gehe. In dem neuen Verein, mit dem Herrn Landrat an der Spitze, solle dieses anders werden. Die Liebe zum Vaterlande, sowohl wie zu Kaiser und Reich, sollte in erster Linie gepflegt werden. In Salzwedel könne man mit der Gründung dieses neuen Arbeitervereins den Anfang machen, Gardelegen und Osterburg würden folgen und unter Umständen sei auch in Stendal Fuß zu setzen, doch sei nicht zu vernehmen, daß das letztere schwer halten würde. Wenn man aber nicht geneigt wäre, diesen neuen Verein zu gründen, dann solle man sich an den Herrn Pastor Boigt in Werder wenden. Dieser Herr leite den evangelischen Arbeiterverein von Salzwedel-Werder. Man könne diesem Verein beitreten;

dagegen habe der Herr Landrat nichts einzubringen, natürlich nicht, nachdem eine Ausführung zwischen dem Landrat und Pastor statthaft gewesen wäre. Der Sammelteil des Papier für die freirenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Vor allem aber sollten die Bauhandwerker ihre Beziehungen zur Sozialdemokratie aufheben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Boebel vertheidigte die Arbeiter in unendlicher Weise und mache Versprechungen, die nicht erfüllt würden. Auch sei es mit dem Leidens des Herrn Boebel nicht weit her. Er bewohne in Berlin eine große städtische Wohnung, zu der für Herrschaften der Ginga vorne sei; Arbeiter und so weiter dürfen nur durch eine Hintertür befreit werden. Auch bestieß Herr Boebel auf der Schweiz eine schöne Villa. Alles dieses beweise, daß Herr Boebel nicht mit den Arbeitern teile. Es fügte der Herr Landrat dann hinzu, ihm, dem Landrat, gebe es auch gerade nicht schlecht, aber es sei nicht seine Schuld gewesen, daß er von reichen Eltern geboren sei, die häften Flugschriften und Agitationsskalender in ihrem Besitz und dies gefährde die Ordnung, Religion und gute Sitten. — Der Gaukongress hat aber seine Zuständigkeit in der Arbeiterklasse und wagte das gegen den Stadtwächtligen zu erwähnen. Der Stadtverordnete von Pinne stellte aber dem Gaukongress in Aussicht, daß er, wenn er sein Amt nochmals hergebe, Konkurrenzschwierigkeiten zu gemäßigt habe. Brücke mußte versprechen, seine Pläne lieferlich zu lassen. Eine halbe Stunde später erschienen die übrigen Lokalinhäber. Ihnen wurde eröffnet, daß, wenn sie ihre Lokale ebenfalls nicht den Mauern gäben, dann die Demokratien verübt seien. Zum Wimmer glauben nun, es würde durch die Weisheit des Stadtoberhauptes gelingen, den Arbeitern bis Ende der Welt nach ihrem Wohlgefallen das Fell über die Ohren zu ziehen. Auch die Kollegen in Grünberg i. P. haben seit Jahren einen Kampf um ein Amt. Haben sie einmal eins, so werden die schofeliesten Mittel angewandt, um es ihnen wieder zu entreißen. In letzter Zeit hielt sie lt. Sauer (18 Km von Grünberg) ihre Versammlungen ab. Dieses Amt hat jetzt einen neuen Besitzer erhalten. Bei Aufstellung des Konkurses wurde diesem Lokalhaber angezeigt, daß der Konkurs davon abhängt gemacht würde, daß der Sozial-Arbeiterversammlungen nicht mehr hergegeben wird. Wenn die Herren Rechtsbeichter denken, daß sie damit die Arbeiterbewegung erdrücken können, so mag ihnen gesagt sein; wenn sie bereits verfaul sind, wird der Zentralverband der Mauer Deutschlands noch immer wirken und kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, auch in der „Östmark“.

**Schöpsbach.** Sonntag, den 11. Februar, tagte hier eine allgemeine Maurerversammlung. Als Referent war Kollege Joh. Merkel aus Nürnberg anwesend. Er bestrach den Punkt: „Welcher Organisationen benötigen die Bauhandwerker, um ihre Lebenshaltung zu verbessern.“ Dieser Punkt der Tagesordnung wurde in ganz ausführlicher Weise behandelt, wobei von der sehr gut besuchten Versammlung, der auch Frauen beihatten, dem Referenten großer Beifall gezollt wurde. Mit kurzen, aber eindrucksvollen Worten wies Redner darauf hin, wie großen Nutzen die Organisation für jeden Kollegen hat. Ferner hob er noch besonders hervor, daß jeder Kollege nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert sein müsse. Zum Schluss wurden die Kollegen aufgerufen, ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie ohne Unterlass agitieren. Es sei jetzt zu befürchten, daß die christlichen Arbeiterverbände eine größere Anzahl Kollegen, die noch nicht organisiert sind, zu sich heranziehen, da ja die Pfosten großen Einfluß machen. Auch wäre es von Wichtigkeit, daß jeder Kollege seine Frau über den Zweck der Organisation aufzklärt, damit diese nicht widerwillig, sondern bereitwillig die Beiträge bezahlt. Referent war, bevor er, unsere Versammlung einleitete, in dem Städtebau beschäftigt, und hielt dort eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung ab. Hier wurde er vor dem dortigen Führer des christlichen Verbandes gefragt, worin der Unterschied zwischen dem christlichen Arbeiterverband und den freien Gewerkschaften bestände; Kollege Merkel wies ihn dann darauf hin, daß der christliche Arbeiterverband nur ein Werkzeug des Zentralverbandes sei. Wir seien also hier, daß die Christlichen nicht wissen, welches Prinzip sie verfolgen.

**Senftenberg.** Sonntag, den 11. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung erledigte der Kassierer Gerber durch Vorlesen der Quärsatz- und Jahresabrechnung. Danach hat die Lokalfasse eine Einnahme von M 918,46 und eine Ausgabe von M 733,15; Bestand also M 180,51. L 100 sind auf Haushalte hinzu zum Konsumvereinsneubau Senftenberg zu 4 Pf. einzeln angelegt. Nachdem der Kassierer Decharge erledigt worden war, erstellte der Vorsitzende Krimm den Tätigkeitsbericht pro 1905. Infolge der hier herrschenden guten Baufonctionjur hat sich der Zweigverein um 300 Pf. an Mitgliedern vermehrt. Die Zahl der Mitglieder ist von 97 auf 269 gestiegen. Es sind drei Zweißellen, B 1 zw. 1, B 2 zw. 1 und B 3 zw. 1 errichtet worden. Auch eine Wohnbewegung hatten wir zu verzeichnen. Der Rohr ist von 36 auf 88 Pf. gestiegen und ist löntrachtig festgelegt worden. Zur Erleichterung der Verbandsgeschäfte wurden 6 Sitzen, 15 Mitglieder und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Zur Verbreitung des „Grundstein“ waren 18 Hülfsschüler tätig. Bei der Vorstandswahl wurden der bisherige Vorsitzende, Kollege Krimm, und als Kassierer Kollege Math. Lehmann wiedergewählt. Den beiden Kollegen wurde ein Monatsgehalt von M 6 zugesetzt. Zur Gaukonferenz wurde der Vorsitzende Krimm delegiert. Nachdem der Vorsitzende den Bericht der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrats erfasst und darauf hingewiesen hatte, daß die konfektionierte Vorlage von Wolf und Beuster zu meiden seien, erinnerte er in einem kräftigen Schlusssatz die Kollegen zur rücksichtigen Agitation für den Verband, damit unter Zweigvereinen, der sich im vergangenen Jahre verbreitete, immer mehr erstarkte. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Mauer Deutschlands wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Strasburg i. Els.** Am 7. Februar fand hier eine Versammlung der hiesigen Einzelmitglieder des Verbandes statt. Zunächst erstaute Kollege Voigt Bericht über die Lohnbewegung. Der Redner streift mehrmals kurz die schwierige Wohnkommission und Annahme gepflanzten Verhandlungen und teilte zum Schlus mit, daß nunmehr ein Arbeitsvertrag zwischen den Firma und den hiesigen Einzelmitgliedern des Zentralverbandes der Mauer Deutschlands abgeschlossen wurde. Dann verlas Kollege Voigt die Abrechnung vom 4. Quartal. Nachdem die Richtigkeit der Firma von den Beiräten bestätigt worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erstattete Kollege Voigt einen ausführlichen Bericht über den Geschäftsgang im Jahre 1905. Er wies in der Sitzung seines Dienstes auf die Verschmelzung der beiden Gau Strasburg und Mannheim hin, wodurch die Amtststellung eines neuen Beamten notwendig wurde. Während der Tätigkeit Voights wurden

88 Mitglieder- und 8 öffentliche Versammlungen abgehalten, die fast auf Straßburg und die umliegenden Ortschaften verteilen. Ferner wurde die Lohnbewegung in Colmar vom Kollegen Voigt geleitet, auch führte er die Verbundungen mit den Unternehmern. Streitigkeiten mit den Unternehmern, soweit sie gemeldet wurden, sind zur allgemeinen Bekämpfung der Beteiligten erledigt worden. Wie weiter aus dem Bericht hervorgeht, sind einer großen Anzahl Kollegen Rat in den verlaufenen Angelegenheiten ertheilt und Schriftstücke angefertigt worden. Beuerlenswert ist noch der Anteil an das Kartell. Infolge des neuen Vereinigungsgesetzes machte sich die Auflösung des Zweigvereins notwendig. Das Resultat des verlorenen Jahres ist gut. 451 Kollegen haben sich der Organisation angeschlossen gegen 277 im Vorjahr. Leider mußte wieder eine Anzahl von den neu eingetretenen Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Kollege Voigt betont, hier sei in Zukunft der Hebel einzusezen, damit die neu eingetretenen Mitglieder auch dem Verband erhalten bleiben. Vor allem mußte die Bücherverkontrolle auf den Bauten stärker werden. Der Tarif sei wohl abgeschlossen, aber um denselben auch Geltung zu verschaffen, sei eine starke Organisation notwendig. Hierauf folgte die Wahl des dem Hauptvorstand in Vorschlag zu bringenden Vertrauensmanns. Wiederum gewählt wurde einstimmig Kollege Voigt. Von den Neuwahlen wurde einer wieder und zwei neu gewählt. Als Kartellempfehlte wurden drei Mitglieder und zur Gaufonferenz in Mainzheim Kollege Voigt gewählt. Kollege Voigt berichtete dann über die Beurteilung des Kartells, der die Errichtung eines Arbeiterssekretariats. Das Gewerkschaftsstellare habe sich in seiner Sitzung mit der Frage beschäftigt und die Notwendigkeit der Aufstellung eines Arbeiterssekretärs sei von allen Seiten anerkannt worden. Was die finanzielle Frage anbetrifft, so seien in Straßburg rund 5000 Arbeiter organisiert; diese seien in der Lage, ein derartiges Initiativ zu unterhalten. Es wurde einstimmig dem Vorschlage des Gewerkschaftskartells zugestimmt. Nachdem noch einige Votabanglegenheiten erledigt waren, machte Kollege Voigt auf den § 18 des Verbandsstatuts aufmerksam, wonach bei einem Stundenlohn von 47,- bis 50,- ein Beitrag von 5,- erhoben wird. Hierauf ergab sich der Verhandlung.

Weimar, Dienstag, den 13. Februar, hielt unser  
Bewegverein seine Mitgliedsversammlung ab. Kollege  
Borchert gab den Agitationsericht, danach kam seit Schulz  
des 4. Quartals 37 Kollegen wieder dem Verband zugeführt  
worden, die zum Teil vor Jahren schon Mitglieder waren  
und damals aus kleinlichen Gründen dem Verband den  
Rücken lehnten. Hier hat sich die Haussagitation wieder  
einmal bemüht. Um aber die gewonnenen Kollegen als  
treue Kämpfer in die Organisation einzureihen, fehlt  
es notwendig, ihr Bildungs niveau zu heben. Dies  
könne aber nur gelingen, wenn der Gewerkschafts-  
und der Parteileiter mehr Beachtung als bisher  
geehncht würde. Kollege Schmid gab ein Schreiben  
des Gauvorstandes bekannt, in dem auf ein im  
März, zur Ausgabe gelangendes Flugblatt vom Haupt-  
vorstand hingewiesen wurde. Es meldeten sich zu seiner  
Verteilung eine Anzahl Kollegen. Aus dem Kartellbericht  
des Bordert ist ersichtlich, sei bemerkt, daß der Vorstand  
des Kartells sich bereit erklärt, in den einzelnen Gewerkschaften  
Vorträge zu halten. Nachdem noch einige interne  
Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte mit einem  
Anlaß auf die Gewerkschaftsbewegung Schulz der Versammlung

**Württemberg.** Die hierigen Kollegen hatten eine Lohnforderung an die Unternehmer gestellt. Der Lohn sollte für die Stadt von 42 auf 45  $\varnothing$  erhöht werden. Für Überstunden würden 55  $\varnothing$ , für Nacht- und Sonnabendsarbeit 70  $\varnothing$  und für Dachserarbeit ein Aufschlag von 10  $\varnothing$  pro Stunde gefordert. Am 11. Februar stand hier nun eine Versammlung statt, zu der auch die Unternehmer eingeladen waren, um mit ihnen über den neuen Lohntarif zu verhandeln. Die Forderung wurde von den Unternehmern anerkannt und der neue Vertrag von ihnen nach einigen kleinen Verhandlungen unterzeichnet. Der neue Tarif tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Winfen a. d. Luhe. Sonntag, den 18. Februar, fand hier in Stalbaus Gothaus eine öffentliche Bauarbeiterver-  
sammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bauarbeiterdurch-  
2. Berichtenes. Zum ersten Punkt war der Genosse Hen-  
aus Homburg als Referent erschienen. Er führte aus, dass die  
Baustände im Bauwesen in früheren Zeiten noch schlechter ge-  
wesen wären als jetzt, und doch man früher stets gefragt hätte,  
es ließe sich daran nichts ändern; denn es wäre schon unne-  
ssig gewesen und müßte auch so bleiben. Die Folge war, dass  
die Zahl der Unfälle sich stetig meisterte. Sehr weder es anders  
luden die organisierten Arbeiter mit allen ihren Mitteln an Gebot-  
stehenden Mitteln dann trachten, einen besseren Schutz für ihr  
Leben und ihre Gesundheit zu erlangen. Kollege Luhe führte  
aus, dass hier in Winfen betreffs des Bauarbeiterdurchsatzes noch  
lebt, die zu tun sei, da hier noch vieles im armen Stege.  
Zweiter Punkt "Berichtenes" gab Stadtmeter aus Bödenheim bekannt,  
dass er dort einen Rosenalten gründen wolle. Es forderte von  
den Kollegen der umliegenden Ortschaften auf, sich diesem anzuschließen.  
(Anmerkung des Schriftführers: Die Winfener Kollegen  
tun gut, wenn sie diesen Nachbarnlegen einmal gehörig unter die  
Luhe nehmen, ebenfalls da in Homburg). Was wollten Sie eigentlich  
mit ihrer Vereinsmeister bezwecken? Der Referent teilte  
dieses Vorhaben denn auch und nannte es beim richtigen Namen  
natürlich als Vereinsmeister. Da sag niemand mehr zum Vor-  
mehrheitlos, soll der Moränenverein die Herrenmannschaft.

zuvore, wodurch der Vorstand die Versammlung.  
**Beitz.** Am 17. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Obgleich die Mitglieder häufig eingeladen waren, hatten es viele nicht für möglich befunden, in der Versammlung zu erscheinen. Und doch gehörten die Beizer Verhältnisse zu den traumhaften Deutschlands. Fast alle umliegenden kleineren Ortschaften haben bedeutend bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als Beitz. Zunächst hielt Genosse Pörlin einen ausführlichen Vortrag über Alters- und Invalidenversicherung, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Am Schlusse seines Referats verurteilte Genosse Pörlin in scharfen Worten das Leben der bürgerlichen Presse durch die Arbeiter. Er forderte die Kollegen auf, sich dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen und die Parteipreise an teilen. Es wurde der Bericht laut, es möchte in nächster Zeit ein Vortrag über das Unfallrecht

gesetzes gehalten werden. Genosse Böcklin erklärte sich hieran bereit. Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt: Lanzendorf, Unterbörger, Vorhinger, und Wanke, Rassiere, Untere „Betriebsredakteure“ wurde vom Kollegen Seifert gewünscht, daß wir in diesem Jahr mehr für die Agitation tun möchten; besonders in der Landjugend müßte sich optimieren werden, um die Maurer, die auf den Höfen ihren Wohnsitz haben, der Organisation zuzuführen. Um nun die Agitation gut betreiben zu können, wurde eine Agitationskommission, dielebend aus den Kollegen Hermann Mengel und Seifert, gewählt. Dann kamen die Missstände auf den Bauten der Grube „Böhme“ bei Wiss-Mondorf, Unterbörger, Bosman & Schnier, zur Sprache. Hierauf erfasste der Kollege Lanzendorf Bericht von der letzten Karteikündigung. Weiter wurde beschlossen, die Kolportage- und die Lotofondsmarken wieder einzuführen. Um 10 Uhr erfolgte der Schluss der Versammlung.

## **Centralkrankenkasse.**

(Grundstein zur Einigkeit.

**Berlin.** Ein Sonntag, den 18. Februar, hier im Gewerbschaf-  
tshauses tagende Mitgliederverfammlung nahm der Kassen-  
bestand von 4. Quartal 1905, sowie die Jahresabrechnung ent-  
gegen. Die Einnahme betrug, infl. M. 4803,25 Bestand vom  
3. Quartal, M. 57 102,20; die Ausgabe M. 51 870,94, davon  
stand M. 4000, an die Hauptfasse gelangt. Der Bestand betrug  
M. 5231,26. Mitglieder 7046, Aufnahmen 196, getorben sind  
20 Mitglieder. Aus der Jahresabrechnung, welche diesmal  
zum erstenmal gedruckt vorlag, ist zu entnehmen: Rein-  
einnahme M. 201 171,80, Aufschuß von der Hauptfasse  
M. 16 000, dazu der Bestand von 1904 M. 2800,92, ergibt  
die Gekämmte Einnahme von M. 219 972,22. Die Geräumte  
Ausgabe betrug, infl. M. 25 000, die an die Hauptfasse gelan-  
gten wurden, M. 214 740,96, so daß ein Bestand von M. 5231,26  
verbleibt. Die Ausgaben verteilen sich folgendermaßen:  
Strafanwalt an Mitglieder M. 96 402,20, an Angehörige  
M. 6708,74, und Pfandschuld M. 1347,22, 55 Sterbefall erster  
Klasse und 13 Sterbefälle zweiter Klasse M. 7900, Arzthonorar  
M. 15 841,50, Medizin M. 18 931,62, Bäder M. 4984,70, Brillen  
und Bandagen M. 1354,86, Mosaffen und Schriften M. 2538,70,  
Bahnzettelchen und Etat M. 2334,50, erste ärztliche Hilfe

M. 1815,10, für und Verpflegung. in Kronenenthalten  
M. 21 485,91, Kronentransport M. 604,70, Kronenkontrolle  
M. 157,88, laut § 5 des Statutus M. 111. Sonstige Ausgaben  
M. 74,80, § 2 p3. Vermaltungsförder M. 12 909,73, an die  
Hauptstifts gehandelt M. 25 000. Die durchschnittliche Mitglieder-  
zahl betrug 6454. Im Laufe des Jahres erkrankten 2221 Mit-  
glieder = 34,41 p3l, durch Vertriebsunfall erkrankten  
449 = 20,21 p3l. Die Krankheitsstage betragen insgesamt  
48822 oder auf jede Erkrankung runde 22 Tage. Die Kranken-  
dauer, auf die durchschnittliche Mitgliederzahl berechnet, beträgt  
pro Mitglied 7,56 Tage. Die Krankheitsstage der durch Unfall  
Erkrankten betragen 255. Gestorben sind im Laufe des Jahres  
89 Mitglieder, darunter 5 an den Folgen des Unfalls. Das  
Durchschnittsalter der Gestorbenen beträgt 48 Jahre. Monate.  
Ausgeschlossen wurden 4 Mitglieder. Die Sterbefälle zählen  
299 Mitglieder, und betrug die Einnahme M. 233,28, der eine  
gleiche Ausgabe gegenübersteht. Gestorben sind 2 Mitglieder.  
Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig; Bücher,  
Belege und die Kasse stehen in bester Ordnung vorgefundene  
worden. Der Kassierer wurde darauf entlastet. Bei dem  
dann vorgenommenen Wahl der Verwaltung wurde als  
erster Kassierer Herm. Fischer, als zweiter Bevollmächtigter  
Max. Union, als zweiter Schriftführer Gust. Schwarz und als  
Revisor Herm. Krüger und Heinr. Beier gewählt. In Ver-  
einigung mit dem Kassierer und dem Schriftführer wird  
die Verwaltung ausgetüftelt.

schieben“ beschwerte sich ein Mitglied Jacob über inhumanen Behandlung seitens des Bodenbesitztümers Wilms.

In der dadurch hervorgerufenen sehr erregten Debatte wurde der Antrag gefestigt und auch mit Mehrheit angenommen. „Den Bodenbesitztümern vor seinem Recht zu entheben und innerhalb 14 Tage eine Versammlung einzuberufen und eine Reihuald vorzunehmen.“

In der Woche vom 18. bis 24. Februar sind folgende  
Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in  
Rowomes M. 400, Potsdam 400, Lübeck 400, Reinbekedorf  
300, Harburg a. d. Elbe 300, Hamburg-Eppendorf 200, Groß  
Schönbedo 150, Nauen 100, Wittenau 100, Neumünster 100,  
Summa M. 2350. Beihilfe erhielten: Breslau M. 400, Minden  
400, Stuttgart 300, Halberstadt 300, Minden in Westf. 200,  
Eisen a. d. Ruhr 100, Herbeden 100, Hildes 50, Boffzen 50,  
Eppelheim 50, Niederbreitbach 50, Genthin 50, Summa M. 2050.  
Summa für die 24. Februar 3400.

---

## Dom Bau.

---

(Die Gewerbevereinsvorstände werden dringend erucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit furer Ausführung der Regel umstände und der überlebenden Folgen, umgehend an den „Grundermittlungsausschuss“ zu berichten. — Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Berufsverhandlungen, sowie über den Ertrag von Arbeiterschadensleistungen.

**Berlin.** Eine schwere Baustatstrophe, bei der vier Personen schwer und teilweise lebensgefährlich verletzt wurden, hat sich am 19. Februar in der städtischen Heimstätte Buch ereignet. Auf dem dortigen Terrain ist zur Zeit ein Neubau für ein Hospital in der Errichtung begriffen. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache brach gestern Morgen plötzlich das Gestell des Gebäudes ein und begrub vier Arbeiter unter den einstürzenden Trümmermassen. Die Ursache des Gerüsteinsturzes ist jedenfalls auf allzufreie Belastung zurückzuführen. Beim Aufrütteln von eisernen Trägern brach plötzlich der Aufzugsturm und darauf folgte der Einsturz. Aus einer Höhe von etwa 10 m stürzten die vier Arbeiter mit dem Gerüste in die Tiefe hinab. Die Verlegerungen sind um so gefährlicher, als sie von herabstürzenden Eisenstücken hervorruhen. Einem Schlosser wurde der Brustkorb vollständig eingedrückt. Es ist kaum Hoffnung vorhanden, ihm am Leben zu erhalten. Die Arbeiter Krause und Laché sowie der Zimmermeister Sorgentei haben teils Arme und Beinbrüche, teils innere Verlegerungen davongetragen. Alle vier Verunglückten sind in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert worden.

### Aus anderen Berufen.

\* Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Bergarbeiterverband gibt keine Abrechnung für das Jahr 1905 bekannt. Die Einnahme beträgt infolge eines Verhandlungs von M. 354 817,73 insgesamt M. 1 620 375,42. Von den einzelnen Posten erwähnen wir: Einsichtsgehalt M. 85 002,40, Beiträge der Mitglieder M. 1 189 658,83, Sparer M. 17 540,12. Von dem Ausgabenverdienst folgende Konten besondere Erwähnung: Anteile der Lotsalaffa M. 200 672,27, Agitation M. 54 852,62, Streikgelder M. 80 100, Gewerkegrulerunterstützung M. 15 187,74, Streikunterstützung M. 60 000, Arbeitslosunterstützung M. 2815,80, Krankenunterstützung M. 60 889, Rechtsförderung M. 61 326,83, Verbandsorgane und andere Drucksachen M. 181 166,64. Die Gehaltsaufwendungen betragen M. 786 845,04, so daß also ein reiner Ueberschuss von M. 708 712,66 zu verzeichnen ist. Das Vermögen des Verbandes beträgt M. 1 238 445, wovon M. 810 358,31 per Bank belegt ist, während das übrige durch das Inventur und das Verbandsgrundbuch präsentiert wird.

\* Abrechnung vom Bergarbeiterstreit. Die Streik-  
kasse des Bergarbeiterverbandes veröffentlicht ihre  
Einnahme und Ausgabe schließlich mit je M. 664 832,81 ab.  
Zu den Einnahmen stellen die von den Gewerkschaftsvertretern,  
Bergarbeitersekretariaten usw. aufgebrachten Beiträge mit M. 645 705,08  
den größten Posten. Dann folgen die Summenslisten des Berg-  
arbeiterverbandes - mit M. 310 294,81, die Parteiteile mit  
M. 277 874,71, die Zentralkassen der freien Gewerkschaften mit  
M. 204 467,93, das Ausland mit M. 158 030,76, die sozialistischen  
Brosche mit M. 118 10,77 usw. Von der Ausgabe entfallen  
M. 1 793 940 auf die Streitunterstützung, M. 86 576,67 auf Ent-  
schädigung für Strafabsätze, M. 14 829,40 auf Strafen und  
Prozeßkosten.

Aus christlicher Werkstatt.

Ein günstiger Wind hat uns wieder ein Rundschreiben der katholischen Fachabteilungen zugetroffen. Die Leutchen haben entschieden Red. Raum geht auf ein Schriftstück hinaus in die Gaue, so liegt es auch schon auf unserem Redaktionstisch. Wir lassen Ihnen bald hier folgen:

Nicht zur Veröffentlichung  
in Zeitungen u. dergl.

Bezirksvorstand d. Fachabt. f. d. Kath. Arbeiterverein,

Bezirk Breslau.

Breslau, den 4. Februar 1906.

Schätz Herr!

Aus dem Arbeiter-Almanach 1906 habe ich ersehen, daß Sie Vorsteher der dortigen Bauarbeiterabteilung — Brüder — des kath. Arbeitervereins sind. Ich gestatte mir daher hiermit, mich an Sie mit der hoffl. Bitte zu wenden, mir umgehend (spätestens bis 10 d. M.) gültig mitteilen zu wollen, wie viel Maurer und Zimmerer aus Ihrer Fachabteilung, Ihrem Verein, und sonst von dort oder Umgegend genötigt wären, jetzt zum Beginn der Bausaeson nach Breslau zu kommen.

zu wünschen.  
Der Stundenlohn beträgt 50  $\text{S}$  pro Woche zirka 30  $\text{M}$ . bei zehntägiger Arbeitzeit; läufige Leute, und nur solche bitte ich mir zuzuwiesen, die schon in größeren Städten gearbeitet haben, haben event. Sommer und Winter Arbeit. Streikrecherarbeit wird dort uns nicht geleistet; Terrorismus durch andres Organisations ist ausgeschlossen. Wir schicken die Leute nur auf solche Bauten, die von Grund aus durch unsere Leute ausgeführt werden und auf denen Sozialdemokraten nicht eingesetzt werden.

In besondere aber bitte ich Sie, Ihren Einfluss daßtzt zu verwenden, daß, wenn nicht anders möglich, wenigstens mehrere wichtige Mauter, Zimmerer und Bauarbeiter, die bereits Anhänger unserer „katholischen“ Organisation sind und diese verteidigen können (ein gutes Wunder wäre es zu haben), als Kolonisten (Vaudelgeleiter) herzuholen, um unsere Reise zusammenzuhalten. Wenn die Leute hier angefangen würden, werde ich Ihnen in Laufe des Februar (Anfangs Anfang März) noch mitteilen.

In der hoffl. Erwartung, daß Sie sich im Interesse unserer Sache die größtmögliche Mühe geben werden uns zu unterstützen, verbleibe ungernedem Befehl entgegen schreibend Hochachtungsvoll  
Fachhochschule der Bauwirtheit d. kath. Arbeitersverein. Preßburg.

Barbier der Valuareiter d. k. r. Arzneibücherei, Breslau.  
Die liebe Fachabteilung wird wohl in Ihren Christlichen Nachrichten entschuldigen, daß wir das Verbot, diesen Brief in Zeitungen zu veröffentlichen, überbreten. Als Einladung für den Seelenlämper können wir nur versichern, daß wir es unentgeltlich tun. Sein Abbdruck schulen uns daran zu vergeboren, weil unsere Breslauer Kollegen gegenwärtig in Unterhandlungen mit den Unternehmern stehen; es erscheint uns nämlich verdecklich, daß gerade zu dieser Zeit Fachabteilungen dritten nach Breslau gerufen werden. Es muß aber auch verdammt windig mit den Lebendrücken stehen, wenn sie von auswärts Leute „mit gutem Mundblatt“ nach Breslau losjen und dort die Fachgegenwart in die Höhe zu bringen.

Polizei und Gerichte

\* Das Schöffengericht in Remscheid hatte als lästlich des letzten Maure, teils gegen einige unserer Verbandsmitglieder wegen ganz geringfügiger Vergehen, die im gewöhnlichen Leben so oft vorliegen, Strafen von 10 Tagen, 14 Tagen, ja sogar von 3 Wochen Gefängnis hängt. Ein besonderen Berücksichtigung seitens des Gerichts erfreute sich der im Vordergrunde der Remscheider Lohnbemerkung stehende Kollege Palm, mit einer Gefängnisstrafe von zusammen ~~sechs~~ 14 Wochen bedroht worden war. Palm legte gegen sämtliche Urteile des Schöffengerichts Berufung bei dem Landgericht in Elberfeld ein, und die von diesem Gericht gefällten Urteile bewiesen, daß man über die Vergehen, deren sich Palm schuldig gemacht haben sollte, auch noch etwas milder urteilen kann, als es das Schöffengericht getan hat. In der ersten Einstellung, wo Palm angeklagt war, den „Arbeitswilligen“ Schnopf bedroht zu haben, wurde Palm zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, in Elberfeld hingegen freigesprochen. Im zweiten Fall standen bekanntlich sechs Streitende wegen Auffaßts unter Anklage und wurde Palm zu drei Wochen Bederf und Heinbänder zu je zehn Tagen Gefängnis und

Kramer, Mergenthal und Beckmann zu je ₣ 50 Geldstrafe verurteilt. In Elberfeld hingegen wurde das gesamte Urteil aufgehoben und erkannte man nur wegen Übertretung der Polizeiverordnung auf jeden Angeklagten ₣ 25 Geldstrafe. Hier spielte der Polizeisergeant die Hauptrolle. Der Fall, der am 18. Februar in der Berufungsstube in Elberfeld zur Verhandlung stand, betraf die Anzeige des bei der Firma Brüninga schon 24 Jahre in treuer Diensten stehenden Polters Schneider. Dieser hatte Palm beschuldigt, von ihm mit dem Kleingedrillt ins Gesicht gestoßen worden zu sein, weshalb das Schwäffengericht gegen Palm eine Woche Gefängnis verhängt hatte. In Elberfeld wurde er nach den bestehenden Angaben des Maurers Greyp zu ₣ 15 Geldstrafe verurteilt. Hier wäre es dem glaubwürdigen Zeugen Schneider beinahe passiert, daß er wegen Meinungsverschiedenheit die Anklage geflossen wäre. Man wollte Palm eine ordentliche Strafe aufsuchen und hätte beinahe vergessen, daß, wenn man nicht ganz die Wahrheit sagt, man sich allzu oft in den Fällen des Gesetzes verirren kann. Die sechs Wochen Gefängnis, die das Remscheider Schwäffengericht über Palm verhängt hatte, sind somit auf insgesamt ₣ 40 Geldstrafe zusammengekommen. In Zukunft werden die Herren Arbeitswilligen wohl etwas vorsichtiger sein und mit derartigen Angelegenheiten nicht gleich zum Kabi laufen. Die organisierten Maurer wissen sich ihr Recht zu suchen, selbst wenn es nicht in Klensheid ist. Sie werden sich auch bei künftigen Lohnkämpfen nicht irreführen lassen, sondern frohen Mutes vorwärts marschieren. Deshalb vorwärts! Durch Kampf zum Sieg!

\* Streikländer. Am 12. Februar stand der Kollege Edermann, Vorsitzender des Zweigvereins Unna, als Streikländer vor der 8. Strafkammer des Landgerichts Dortmund. Benannter Kollege befand sich am 4. August um 7 Uhr Abends zusammen mit dem Kollegen Claus in der sogenannten Ruhestube. Um dieselbe Zeit kamen die Arbeitswilligen des Unternehmers Währe von der Arbeit. Kollege Edermann trat an einen derselben heran, um ihn über die Ausperrung aufzuklären. Der von Edermann angeredete Maurer Löffel erklärte dann auch schließlich in ganz zuborrommender Weise, er wolle nicht mehr weiterarbeiten. Löffel sagte weiter: „Ich weiß ganz gut in der Verbandsgeschichte Bescheid, denn ich war früher auch schon mal im Verband. Währe hat gewußt, daß der Unternehmer Währe ausgeworfen hat, dann hätte ich überhaupt nicht angefangen. Auch hat mir am Bau seiner etwas von der Ausperrung gefragt.“ Diese zuborrommende Erklärung des Arbeitswilligen Löffel sollte für Edermann ein Nachspiel haben. Nach kurzer Zeit bekam er eine Anklage zugestellt. Am 17. November wurde vor dem Schöffengericht in Unna gegen Edermann verhandelt. Er wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Kollege Edermann Berufung beim Landgericht Dortmund ein. Ein Termin, der am 5. Januar stattfinden sollte, wurde aber vertagt, um bei der Behörde in Unna festzustellen, ob es sich um einen Streit oder eine allgemeine Ausperrung gehandelt habe. Der nächste Termin fand am 12. Februar statt. Nach den Aussagen der vier geladenen Zeugen hatte keiner die intrimierten Worte: „Wenn du morgen früh wieder zur Arbeit kommst, kannst du die nur ein paar Schaufelteile mitbringen“, gehört. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof erkannte aber auf ₣ 50 Geldstrafe und Entzug der Rösten. Man sieht also, trotzdem vier Zeugen behaupten, die Worte seien nicht gefallen, und trotzdem der Polizeikommissar von Unna, der in Vertretung der Behörde als Zeuge erschienen war, dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellte, wurde dieses Urteil gefällt.

### Verschiedenes.

\* Gewerkschaften als Steuerzahler? Der Palles macht erforderlich. Der sächsische Staat hat viele Schulden. Er hat zwar auch eine Vermögenssteuer, die hat aber die für die Neiden sehr angenehme Eigenschaft, daß sie die großen Vermögen zu sehr kostet. Daher erinnerte man sich aber, daß man hier und dort von Lofatsfonds u. a. von Gewerkschaften gelebt hat und zog daraus die Ausgangswendung, daß da noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfistus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanznot zu steuern. Natürlich ist ohne weiteres klar, daß das ein Verlust mit unangemlichen Mitteln um unangemlichen Objekt bleiben muß. Die Kasinobestände der Lofatsverbindungen sind kein Vermögen, außerdem gehören sie den Zentralverbindungen und können morgen schon nicht mehr vorhanden sein. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften sich dieser „Stiefe“ des Steuerfistus zu ihren Mitteln zu entnehmen suchen und die höheren Zustonnen darüber interpellieren, ob ein solches Verfahren, das imponierbar den Preis der Neuheit haben dürfte, zulässig ist. Was wird man in Sachsen, dem Lande, der nach dieser Richtung hin unbegrenzte Möglichkeiten, nicht noch alles verjagen, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen? Vor längerer Zeit wollte man in Dresden den Gewerkschaften, die Vorträge halten ließen, Luftbarkeitsabgaben auferlegen. Man mußte diesen Verlust aber bald wieder aufheben. Auch diesmal wird sich der älteste Steuerfistus den Mund wischen müssen.

\* Ein Arbeitsbudget. Hierzu wird uns von einem anderen Dresdner Kollegen noch geschrieben: Der Maurer aus Dresden, dessen Haushaltshaushalt in Nr. 7 des „Grundstein“ veröffentlicht ist, wird gewiß zu den wenigen Glücklichen gehören, die im Winter volle Beschäftigung haben, entweder in einer Fabrik oder sonstwo. Es wird wohl in Dresden wenig Maurer geben, die sich nur auf ihr Handwerk stützen können; die meisten sind darum angewiesen, beim „Eilen“, das heißt bei der Füllung der Eisfester, oder beim Schneiderschiffen einen Winterverdienst zu suchen. Freilich trifft die Arbeitslosigkeit den einen schwerer als den anderen. Am schlechtesten geht es den Alteisenen. Ich bin 56 Jahre alt und nicht verheiratet. Wie oft haben wir Polter gezeigt, wenn ich um Arbeit anhelle? „Ich darf keine älteren Maurer annehmen.“ So haben sie das Handwerk! Und leider muß es gezeigt sein, auch unter den jüngeren organisierten Maurern gibt es solche rohe Burschen, die sagen:

„Die älteren Maurer sollten sich hängen, die jungen haben ja nicht einmal Arbeit.“

Ich habe nun zwar nicht alte Ausgaben auf Heller und Pfennig aufgeschrieben, im ganzen kann ich es aber deutlich genug angeben. Im Jahre 1905 habe ich verdient:

Vcl. 181 ₣ 65. Maurerarbeit ..... ₣ 653,63

Beim Schneiderschiffen, Aushilfe und Krautengeld ..... ₣ 55,91

Summa ..... ₣ 709,54

Wegen Arbeitsmangels habe ich gefeiert: 113 ₣ 60, wegen Materialmangels 5 Tage und 15 ₣ 60, wegen Krankheit 19 Tage, wegen anderer Urlaube 1 Tag ₣ 60.

Für meine Ausgaben kann ich folgende Angaben machen: In Ware aus dem Konsumbetrieb bezogen für ₣ 173, Miete für ein kleines Stübchen mit Frühstück ohne Brod ..... ₣ 180,

Kranken- und Invaliden-Vergütung bei Arbeitslosigkeit ..... ₣ 44,89

Maurerorganisation ..... ₣ 17,-

Politische Organisation ..... ₣ 5,20

Abonnement der „Arbeiterzeitung“ ..... ₣ 10,80

Postkarte ..... ₣ 5,20

Sonstige Bröckchen ..... ₣ 1,80

Buchbinderei ..... ₣ 11,80

Steinen (Kretele) ..... ₣ 10,50

Hundewurstzeug ..... ₣ 4,10

An 52 Sonntagen je 1 Brot, Fleisch & 60 ₣ ..... ₣ 81,20

Zwei Stollen zu Weihnachten ..... ₣ 3,15

Wäsche (mit Ausbessern) ..... ₣ 15,10

Schuhzeug ..... ₣ 11,70

Kleidung ausschließen ..... ₣ 12,10

Wannenbäder ..... ₣ 2,10

Bergnugungen ..... ₣ 1,60

Holz und Kohlen ..... ₣ 1,20

Eisen- und Straßenbahnen ..... ₣ 4,50

Summa ..... ₣ 496,04

Somit blieben mir noch ₣ 218,50 übrig. Das betrifft auf den Tag 58 ₣. Das betrifft sich nun so: Hatte ich Arbeit zum Frühstück, Mittag und Abend je für 10 bis 15 ₣ Wurst oder anderes Brodt und eine Flasche Bier. Beim Arbeitslohn, je wie es das Geld erlaubte, ein Mittagessen zu ₣ 35, 30, 25, 15 oder 10 ₣ mit einem Glas Bier oder einem Tropf Kaffee. Sehe ich nun Sonntags einmal aus, so läßt mich denken, was ich da mit 58 ₣ anfangen kann. Dann verbleibt sich wohl von selbst, daß ich als Unterbrecher an Sonn- und Feiertagen auch ab und zu im Restaurant essen will. Ich habe danach auf aller Einschränkung und Entbehrung noch ₣ 40 zugelegt. Trotzdem war aber das verloren Jahr noch nicht das schlechteste; im Jahre 1902 habe ich nur ₣ 448,85 verdient, darunter sind noch ₣ 28 für Schneiderschiffen. In diesem Jahr wird es vielleicht noch trauriger, denn ich bin jetzt bereits schon wieder seit 9 Wochen arbeitslos.

Soweit der Brief des Kollegen. Wir brauchen ihm nichts mehr hinzuzufügen. Er beweist, wie berechtigt das Streben der Organisation ist, fort und fort für die Erhöhung des Lohnes zu wirken.

### Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Das einzelne Heft kostet 25 ₣. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Althof, Vererbung und Sexualregen von Prof. Dr. A. Goerl. Der Verfasser ist der bekannte Schweizer Gelehrte, dessen Buch „Die sexuelle Frage“ ungemein Aufsehen erregte. Die Schrift ist im Verlag des deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes erschienen und kostet 25 ₣. Unser Leser haben bereits in Nr. 41 des „Grundstein“ etwas über den Verfasser und seine Ideen gelesen, als wir über den Antialcoholongang berichteten. Die Broschüre ist die Wiedergabe dieses dort gehaltenen Vortrages. Die Schrift verdient weiteste Verbreitung und Beachtung.

### Briefkasten.

Wismarzhütte, F. A. Wenden Sie sich an die Redaktion der „Volkswoche“ in Breslau um Auskunft. Wir sind nun den dreihundert Verhältnissen nach dieser Richtung hin zu wenig vertraut, als daß wir Ihnen Auskunft zu geben vermöchten.

Berlin. Das Protokoll haben wir zu den Akten gelegt.

Die Verhandlung fand am 8. Februar statt, die Nummer erscheint am 8. März, da kann die Veröffentlichung wirklich keinen Zweck mehr haben. Leiderwegen ist es überhaupt nicht zum Abdruck geeignet.

Nach Duisburg. Die Sperrre über Lohndienst ist gestrichen, weil bereits seit länger als vier Wochen nicht darüber berichtet worden ist, nicht etwa wegen der Karte, die hier ohne Unterschrift und Stempel eintrat.

Nicht verwendbar sind die Berichte aus Artern und Gaußfeuer.

### Anzeigen.

### Crefeld.

Der Vorsteher, Kollege Leo Vogt, wohnt Peterstraße 146, par., der Kassierer, Kollege H. Schlünder, wohnt Geldernsche Str. 179. [M. 1,50]

### Wiesbaden.

Die Adresse des Vorsteheren ist jetzt Karl Kasper, Göbenstr. 19, Milb.; die des Kassierers Chr. Petri, Feldstr. 18, Ohls. [M. 1,50]

### Wiesenburg.

Waut Verhandlungsbeschuß wird der Kassierer jeden Sonntag nach dem 1. in der Wohnung und jeden Sonntag nach dem 15. nur in der Verhandlung Beiträge einzugeben nehmten.

Der Vorstand. J. A. Otto Braatz.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todessäthe des Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 ₣.)

Berlin. (Sektion der Pucher): Am 12. Februar verstarb unser Mitglied Albert Menz aus Bielefeld an der Lungentuberkulose im Alter von 60 Jahren.

(Sektion der Pucher): Am 18. Februar verstarb unser Mitglied Wilhelm Büttner im Alter von 63 Jahren an Lungentuberkulose.

(Sektion der Pucher): Am 25. Februar verstarb unser Mitglied Bernhard Ott im Alter von 47 Jahren an Lungentuberkulose.

Bremen. Am 21. Februar verstarb unser Verbandsmitglied Wilhelm Hahn im Alter von 20 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Dresden. Am 12. Februar verstarb unser Kollege Max Richter aus Loschwitz im Alter von 58 Jahren an Lungentuberkulose.

Hannover. Am Sonntag, den 18. Februar, verstarb nach langer Krankheit unser Kollege Hermann Behrendt im Alter von 46 Jahren an Lungentuberkulose.

Stettin. Am 21. Februar verstarb unser Mitglied Fritz Gaefke im Alter von 50 Jahren an Lungentuberkulose.

Magdeburg. Am 22. Februar verstarb unser Kollege Karl Hammer im Alter von 40 Jahren an Bluthusten.

Witten. Am Mittwoch, den 21. Februar, verstarb unser Kollege Rudolf Schmidt im Alter von 63 Jahren an Leberverfärbung.

Penig. Am 24. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser treuer Verbandsmitglied Hermann Bretschneider im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.

Pirna. Am 19. Februar verstarb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied Max Felgner aus Neugrund im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.

Wetzlar-Brechenheim. Am 21. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser Kollege Wilhelm Hahn im Alter von 19 Jahren an Lungentuberkulose.

Weissen. Am 17. Februar verstarb das Mitglied Ernst Otto Weichelt in Wetzlar im Alter von 36 Jahren.

Welle. Am 22. Februar verstarb nach kurzen Leidern unser Kollege Herm. Niemann im Alter von 37 Jahren infolge Blutsucht.

### Versammlungs-Anzeiger.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 3. März.

Hartha. Generalsammlung. Tagesordnung: Kasch- und Jahresbericht, Neuwahl.

Sonntag, den 4. März.

Alsleben. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Artern. Nachm. 3 Uhr im Hotel „Zur Krone“.

Bockenem. Nachm. 3 Uhr bei Madensen.

Eimshorn. Nachm. 4 Uhr bei G. Maier.

Frankenhausen-Kyffh. Nachm. 3½ Uhr im „Barbarossa Garten“.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr bei Krebschmann in Schneideberg.

Häslingen. Mitglieder werden aufgenommen. Vollzähliges Treffen wird gewünscht.

Lücka. Im Vereinslokal bei Jakob Stark. „Zum goldenen Hirschen“. Besuch wird gebeten.

Nebra. Nachm. 3 Uhr im „Ratskeller“.

Roth a. Sand. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Wittstock. Nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal.

Zerbst. Nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal. Pünktliches und allzeitiges Treffen wird gebeten.

Altenburg. Im „Adler“. Besuch über Sekretariats- und Kolportage.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Wittwich, den 7. März.

Berlin. Räthianner. Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselfstr. 10. Bild eines jeden Kollegen ist es, zu erhalten.

Abends 8½ Uhr im Vereinslokal „Selbstver“. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Donnerstag, den 8. März.

Glogau. Abends 7 Uhr im Ratskeller. Um zahlreiches Treffen wird gebeten.

Spandau. Abends 8 Uhr bei Kume, Schönwalderstr. 80.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Gruppe 8 im „Bärenhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Schleiz. Abends 8 Uhr bei Herrn Rant, Gardestrasse 10. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Templin. Abends 11 Uhr im Lokale des Herrn Hermann. Kein Kollege darf fehlen.

Oeffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 4. März.

Dellitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Bärenhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Leipzig. Abends 8 Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Lauf. Beim Gastwirt Böhm in Mühlendorf.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T. O.: 1. Bericht und Rücksicht, 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmen. Das Treffen soll möglichst spät ausfallen.

Sonntag, den 11. März.

Berlin. Vom 10. Uhr bis 12. Uhr im „Gärtnerhof“. T.